

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 21. April 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Ein Brief über Samoa.

Die winzige Inselgruppe in der Südsee, welche Samoa genannt wird, mit einer Bevölkerung nicht größer als die eines der kleineren Reichstags-Wahlkreise, spielt in der modernen deutschen Politik eine hochbedeutende Rolle. Sie ist das Versuchsfeld für unsere leitenden Politiker geworden, hat in fast klassischer Weise deren Politik ad absurdum geführt und uns eine Lehre gegeben, die, wenn wir Staatsmänner befähigen, die sie verstanden und befolgt hätten, für unsere ganze Entwicklung von außerordentlichem Vorteil gewesen wäre — trotzdem sie so teuer erlauft worden.

Auf dieser Inselgruppe sollte die Kolonial- und Weltpolitik Bismarcks eingeweiht werden, als dieser zu Anfang der 80er Jahre ein sah, daß er mit seiner inneren Politik auf den Sand geraten war. Hier sollte unter naiver, fast unbegreiflich naiver Verkennung der weltpolitischen Interessen- und Machtverhältnisse, mit Gründung eines deutschen Kolonialreichs begonnen werden, das durch schimmernde Nebelgebilde die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes von dem politischen Feind und der politischen Knechtschaft im Innern ablenken und das Befreiungswort der Socialdemokratie hindern sollte. Hier vermischte sich die Bismarcksche Politik, in Nachahmung der schlechtesten Beispiele des zweiten französischen Kaiserreichs, mit zweifelhaften Geldspeculationen — Gefährliche Papiere dienten zu ähnlichen Manipulationen, wie beim französisch-mexikanischen Krieg (der einem romantischen Habsburger das Leben kostete) die Papiere Lumpacius Jeder. Der unvermeidliche Kladderadatsch kam. Die Amerikaner waren der Sache fatt geworden, und eines schönen Tages, am 28. Dezember des Jahres 1888 — die Herrlichkeit hatte gerade 9 Jahre gedauert — erfolgte die Katastrophe: eine blutige Niederlage, unseren Blauschaden beigebracht durch die Inselbewohner unter Anführung des Amerikaners Klein. Ein Amerikaner mit deutschem Namen! Es ist eigentümlich, und fürwahr nicht bloßer Zufall, daß in dieser samoanischen Tragikomödie Amerikaner mit deutschem Namen und so verhängnisvoll sind. Vor diesem Klein, schon im Jahre 1873, hatte ein Amerikaner mit dem deutschen Namen Gerstenberger die Inselgruppe für Amerika, nicht für Deutschland, zu erobern versucht, und jetzt in der neuesten Krise, vor einigen Wochen, war es abermals ein Amerikaner mit deutschem Namen, und gewiß auch mit deutschem Blut, Admiral Rau, der mit unseren „schneidigen“ Konsuln und Prokonsuln so übel umgesprungen ist. Wir empfehlen diese drei Amerikaner mit den deutschen Namen — diese drei Deutschamerikaner dem Studium unserer Adressaten und Weltpolitiker, welche die Deutschen im Ausland ohne weiteres als Bausteine für ihr lustiges Zukunfts-Welt-Deutschland in Beschlag nehmen.

Die Katastrophe des 28. Dezember 1888 zerstörte die weltpolitischen Luftschlöffer Bismarcks und führte zur Teilung der „Oberherrschaft“ (des Dominiums) über die Inselgruppe zwischen Deutschland, England und den Vereinigten Staaten — ein unnatürliches und unsinniges Verhältnis, das eine Quelle fortdauernder Reibungen werden mußte und geworden ist. Aus ihm heraus — zu kommen, mit halbwegs gutem Anstand, ist jetzt Aufgabe und Pflicht der deutschen Politiker.

Von dem jüngsten Samoa-Standal — denn es war ein Standal, nicht eine Krise — reden wir nicht. Das einzige Ernsthafte an der Sache war die Samoa-Hag unserer Jingo's, die noch weit toller und vor allem viel dummer sind, als die englischen und amerikanischen. Ein Krieg war von vornherein ausgeschlossen. Er hätte zur See geführt werden müssen und an einen Seekrieg des Deutschen Reiches mit seiner in den ersten Anfängen befindlichen Flotte gegen die zwei größten Seemächte der Welt hätte nur ein Verdrüßter, der reiß für's Fremdenland, denken können. Allein die Gefahr einer Katastrophe für unsere deutschen Völkchen in Samoa war vorhanden, wenn unseren Hegepatrioten nicht der Mund gestopft wurde, und außerdem die größere Gefahr eines Vorkrieges mit Amerika und eines abermaligen Flotten-Katzenballets auf unseren Geldbeutel, was das offensichtliche Doppelziel der patriotischen Spekulanten und Spekulanten gewesen ist.

Kun, die Herren haben sich am vorigen Freitag eine gründliche Abfuhr und Olomage geholt — und mit der Hag ist auch die Gefahr vorüber. Es herrscht Ruhe über den Wasser, und in Washington und London denkt man ebensowenig wie in Berlin daran, sich durch den furor consularis, zu deutsch: den Kolonialkoller, einiger vom Größenwahn besessenen Subalternen in internationale Konflikte bringen zu lassen.

Ein Brief, den anlässlich der Freitag's-Debatte das englische Parlamentmitglied Michael Davitt, der berühmte irische Patriot (Patriot ohne Sänselbüchsen), der viele Jahre im Kerker verlebte und nur einer Amnestie seine Befreiung aus lebenslänglicher Zuchthausstrafe (hard labour) verdankt, an Liebtüchtler gerichtet hat, wirft einiges Licht auf die Lage in Samoa und auf den Ursprung des letzten Skandal's.

Es heißt in dem Brief:
 „Für die Samoa-Frage habe ich ein lebhaftes Interesse, weil ich diese liebliche Insel, von der Apia die Hauptstadt ist, einmal besucht, und die lebendige Aufnahme, die ich während meines kurzen Aufenthaltes bei einigen Ihrer Landsleute fand, in lebhafter Erinnerung habe.“

Die gegenwärtig auf der Insel erwachsenen Schwierigkeiten sind wesentlich das Werk einer Körpererschaft, die bekannt ist unter dem Namen „Londoner Missions-Gesellschaft“, und die versucht, die Macht Englands in Samoa vorherrschend zu machen. Diese Organisation hat eine fanatische Unterstützung gefunden in einem gewissen Mr. Chambers, der dort als Oberichter tätig ist. Er ist nominell Amerikaner, in Wahrheit aber ein Engländer, wie sein ganzes Verhalten bei den letzten Wirren zeigt. Er hat die Unruhen, welche die Londoner Gesellschaft hervorrief, dazu benutzt, den Plan der englisch-amerikanischen Alliance zu fördern. Und um das zu Stande zu bringen, hat er die unverantwortlichen Angriffe auf die deutschen Beamten in Apia gemacht. Ihnen hat er fälschlich die Verantwortlichkeit für Unruhen aufgewälzt, welche ihm selbst und seinen Missions-Verwandten zufällt, und dies alles nur, um böses Blut zwischen den Amerikanern und Deutschen zu erregen im Interesse der qualvollen Intriganten, welche die ganzen Unruhen angezettelt haben.

Die überwiegende Majorität der Samoaner ist für Mataafa; aber weil er von den Deutschen auf der Insel unterstützt wird, und weil er Katholik ist, gelang es der Londoner Missionsgesellschaft und ihrem Werkzeug, dem Mr. Chambers, englische und amerikanische Offiziere dazu zu bringen, daß sie die Küste in der Nähe von Apia bombardierten, — um das Volk einzuschüchtern und zur Einsetzung des Schlichters der Engländer zu zwingen — an Stelle des rechtmäßigen Königs, der sowohl das Volk wie auch die ganze deutsche Gemeinde für sich hat.

Der Zweck meines Schreibens ist, Sie zu warnen, daß Sie nicht das tadelnswerte Verhalten von einer oder zwei Personen, die im Namen der großen Republik ungesetzlich handeln, dem amerikanischen Volk zur Last legen. Sie können sich darauf verlassen, daß die Vereinigten Staaten alles gerecht und ehrenhaft regeln werden, so bald sie sich des Urkrungs der letzten Unruhen bewußt werden. Siderlich wird die Erkenntnis der Wahrheit die Handlungsweise Ihrer Landesleute auf Samoa rechtfertigen und dann wird ein Umschwung in den Gefühlen des Volks der Vereinigten Staaten zu Gunsten Ihres Landes eintreten, sobald man entdeckt, daß die englische Intrigue, welche voriges Jahr Verbitterung zwischen Amerika und Deutschland hervorgerufen suchte, auch in den Unruhen auf Samoa dasselbe perfide Spiel getrieben hat.

Es ist die Politik derjenigen, die Island regieren und zu Grunde richten. Sie wollen böses Blut zwischen allen anderen Nationen erregen, damit sie von der Eiferndt Vorteil haben. Sie wollen, daß die Amerikaner jetzt gegen die Deutschen unfremdlich sind, gerade wie sie die Amerikaner vergangenes Jahr glauben machen wollten, Deutschland helfe den Spaniern. Sie wollen zwischen Frankreich und Deutschland schlechte Beziehungen erhalten und Deutschland gegen Rußland in China hegen und die Wiederherstellung des guten Einvernehmens zwischen Italien und der französischen Republik verhindern; und während sie die ganze Zeit bemüht sind, zwischen ihren Nachbarn Streit zu erziehen, thun sie der Welt gegenüber, als träten sie für Frieden und Eintracht unter den Menschen ein.

Zum Glück wird Heuchelei erlännt, ebensowohl in Amerika wie in Europa, und wenn die Nationen, die England um seiner eigenen selbstsüchtigen Zwecke willen zu verhegen sucht, entdecken, wer der allgemeine Unheil-Stifter ist, dann wird die Ansicht auf einen wirtlichen, dauernden Frieden unter den Völkern der civilisierten Welt nicht mehr weit entfernt sein.“

So weit Michael Davitt, der als Inseländer England entschieden nicht gerät ist. Was aber seine Bemerkung angeht, daß die englischen Missionare wesentlich die Schuld an den samoanischen Wirren tragen, so entbehrt sie zweifellos nicht der Begründung. Die Missionare und die Konsuln — das sind die Urheber fast aller Straßhfe und Kämpfe in den Kolonialgebieten.

Jedenfalls können wir Deutsche uns freuen, daß das samoanische Intermezzo vorläufig erledigt ist. Es gilt nun, dafür zu sorgen, daß der Standal sich nicht wiederhole. Und beherrigen wir die Lehre, welche wir empfangen. Fest steht: wenn Herr Bismarck nicht die Samoa-Inseln zum Versuchsfeld seiner Kolonialpolitik gemacht hätte, wären die Samoa-Inseln heute in Wirklichkeit eine deutsche Kolonie. Aber der Chauvinismus, die Kolonialpolitik und die Weltpolitik haben alles verdorben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. April.

Die Verstaatlichung Berlins.

Während die „Frankfurter Zeitung“ die Nachricht von der Spreeprefektur zuerst als Aprilscherz behandelt hatte, wird ihr jetzt von sachkundiger Seite geschrieben: „Wenn man diese Meldung von vornherein als nicht ernstlich in Betracht kommend ansehen wollte, so thäte man Unrecht. Doch man im Ministerium eine Beschränkung der Berliner Selbstverwaltung und zwar eine sehr weitgehende Beschränkung, etwa nach Pariser Muster, schon wiederholt in Erwägung gezogen hat, ist sicher. Das Vorhandensein solcher Pläne ist mit ein Erläuterungsgrund dafür, daß alle noch so verlodenden Ausflüchte, ein „Groß-Berlin“ bilden zu können, vom Berliner Magistrat immer wieder und wieder abgelehnt wurden. Die Gefahr, daß die Regierung den Anlaß benutzen würde, hier besondere gesetzliche Bestimmungen zu schaffen und dabei an Stelle des angeblich zu engen Rahmens der Städte-Ordnung den noch engeren Rahmen einer alles erdrückenden Bureaukratie zu setzen, wird seit Jahren bereits so ernst genommen, daß man lieber alle Eingemeindungspläne fallen läßt, als daß man mit ihnen eine Handhabe zu gesetzgeberischen Eingriffen geben wollte. Nur die Meldung, daß eine derartige Vorlage schon für den gegenwärtig versammelten Landtag in Aussicht stehe, ist wohl nicht wahrscheinlich, weil einwweilen im Staatsministerium noch verschiedene Richtungen miteinander kämpfen. Der unlängst angekündigte Gesetzentwurf, der die Berliner Vororte als einen eigenen Regierungsbezirk umfassen will, läßt die Vororte als selbständige Gemeinden bestehen, sieht also dem Plane eines Spreepartements mit Spreeprefekten fern. Aber der eben jetzt bekannt gewordene Gesetzentwurf über die Gerichtsorganisation von Berlin und Umgegend legt sich über die Gemeindegrenzen mit einer derartigen Ungeniertheit hinweg, daß man die gegenwärtige Strömung deutlich vor sich sieht. Die Berliner sollen außer bei dem Amtsgerichts „Berlin Mitte“ noch bei 5 Amtsgerichten der Umgegend zu Gerichte gehen, die Charlottenburger außer bei dem eigenen Amtsgericht noch bei zwei anderen. Die Begründung nennt die kommunalen Grenzen geradezu „bedeutungslos“. Nun ist daran ohne Zweifel sehr vieles richtig. Aber wenn die auf ein „Groß-Berlin“ gerichtete Strömung mit selbstverwaltungsfremdlichen Plänen zusammenhängt — und an diesem Zusammenhang ist nicht wohl zu zweifeln — so handelt man nicht weise, Meldungen wie die des „Vorwärts“ einfach abzumun. Man wird vielmehr gut thun, schon bei diesem Gesetzentwurf, der übrigens auch manche rein juristische Bedenken hervorruft, sich zu vergewissern, wie weit derartige Pläne in der Regierung gediehen sind. Denn daß eine Decretdrückung der Berliner Selbstverwaltung nur das Signal dazu sein würde, auch gegenüber den übrigen preussischen Städten die Jügel straffer anzuziehen, das kann kaum einem Zweifel unter-

liegen. — Die Ausführungen dieser Zeitschrift finden, so bemerke das Blatt, eine gewisse Bestätigung durch die inzwischen erfolgte Feststellung, daß in der That dem Staatsministerium ein Entwurf über die Bildung einer Provinz Berlin vorliegt. Jedenfalls lassen die jetzt verschiedentlich gegebenen Erklärungen trotz aller Beschönigungen bereits unzweideutig erkennen, daß in der That die Absicht dahin geht, die Selbstverwaltung in wesentlichen Punkten einzuzugeln und ihr eine Reihe von Aufgaben zu entziehen.“

Wie die „Volkszeitung“ hört, will die neue Fraktion der Linken die Oberbürgermeister-Frage in der Stadiverordneten-Versammlung nochmals zur Sprache bringen. Ein liberaler Bezirksverein hat beschlossen, die freisinnige Volkspartei zu erziehen, im Landtag über die „Berliner Frage“ zu interpellieren. Das hätte in der That längst geschehen sollen; denn darüber kann kein Zweifel sein, daß der gegenwärtige Zustand einen Konflikt schärfter Art bedeutet, nur daß die Liberalen von heute nicht den Konfliktumut haben, den sie in den sechziger Jahren befehen. Die Nichtbestätigung des Oberbürgermeisters ist, wenn auch nicht formal — die Verfassung enthält an diesem Punkte eine Lücke —, so doch dem Geiste nach verfassungswidrig. Die Liberalen sind heute sehr geneigt, die Politik des gleichgültigen Wechenlassens von dem wirtschaftlichen Gebiet auch auf das Verfassungsleben zu übertragen. Weil sie keine Energie haben, den Sumpf unserer heutigen Politik trocken zu legen, so steigt das Grundwasser in dem eigenen Hause des Liberalismus immer höher, bis das Gebäude eines Tages als unbewohnbar wird polizeilich geräumt werden müssen, und die Selbstverwaltung durch die Diktatur der Polizeibureaukratie abgelöst wird. —

Das socialpolitische Nidwerk.

Der Reichstag setzte heute die Beratung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle fort. Alle Richtungen, die auf socialpolitischen Gebiet in Deutschland bestehen, kamen vollauf zum Vork. In Höhe die katholische Socialreform, die einen solchen Ueberschuß an Liebe hat, daß der Hag gegen die abscheulichen Mißstände der kapitalistischen Produktion wegeschwemmt wird. Herr Hise hatte Kupfendücken für alle Parteien und natürlich auch für die Regierung.

Nach dem Prediger der christlichen Liebe der Prediger des heiligen Manchesteriums, der Fortschrittler Venzmann. Gegen Ausbeutung hat er nichts einzuwenden, desto mehr gegen die Polizeimahregeln, durch die der Ausbeutung und sonstigen Uebelständen gesteuert werden soll. Das Wort Polizei hat allerdings einen sehr üblen Klang in Deutschland — und mit Grund —, aber doch bloß infolge des verderblichen Mißbrauchs, der mit dem, an sich durchaus notwendigen Institut der Polizei, zu politischen Reaktionszwecken getrieben wird. Die Verhinderung von socialen Uebelständen und Ungerechtigkeiten ist kein Eingriff in die persönliche Freiheit, wie die Manchesterleute behaupten. Freilich, insofern hat Venzmann recht: in die Gewerbefreiheit wird ein Loch nach dem andern gebohrt, und auch diese Gesetzesnovelle bezweckt die Bohrung einiger neuer Löcher.

Eine sehr gute Rede hielt wieder der „milde“ Abgeordnete Köstke. Er unterwarf die Regierungsvorschläge einer scharf unbarmerzigen Kritik, was nicht ohne ein paar scharfe Seitenhiebe auf „König Stumm“, den Selbstherrscher von Saarabien, abging. Mit großem Nachdruck trat Köstke für die Anstellung von weiblichen Fabrikinspektoren ein, wofür in dem Konfektionsgeschäft die beste Gelegenheit sei. Nachdem noch Heyl, der nationalliberale Industriemagnat, für seinen Antrag zur Regelung der Hausarbeit gesprochen, und der Antifemist Kaab für die Regierungsvorlage einige recht schwache Lanzen gebrochen hatte, ergriff unsererits Bebel das Wort, und ging mit der Regierungsvorlage sehr streng ins Gericht. Er zeigte, wie da jeder staatsmännische Gedanke fehle, — kein höherer Gesichtspunkt, kein Zusammenschaffen — verzetteltes Experimentieren, willkürliches Hereinziehen und Auslassen von Betrieben. — Kein System, keine Methode: planloses Durcheinanderwerfen der verschiedenartigsten Materialien. Kurz, Fliak- und Stückerbeit der schlimmsten Sorte. Bebel wies das an den einzelnen Paragraphen aufs eingehendste und padendste nach, und stellte der Regierungsvorlage den früheren Socialgesetz-Entwurf der socialdemokratischen Fraktion gegenüber, dessen Annahme all den Uebelständen, welche die Regierungsvorlage bekämpfen will, gesteuert hätte, und noch vieles mehr.

Nach kurzen Reden der Herren Bosadowsky, Stumm und Vassermann — eine Reihe persönlicher Bemerkungen, und in später Stunde — es war 1/7 Uhr geworden — wurde die Debatte geschlossen und die Gesetzesvorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Der Präsident erließ zum Schluß eine eindringliche Aufforderung an die abwesenden Mitglieder des Hauses, doch ja künftig den Sitzungen beizuwohnen, damit das Gespenst der Beschlußunfähigkeit gebannt werde, und beräumte, ohne wegen des „Gespenstes“ von seinem Kollegen Frege zur Ordnung gerufen worden zu sein, die nächste Sitzung auf nächsten Dienstag an, der Schwereinstag sein soll. Tagesordnung: Der antisemitische Antrag gegen das Schächten, Antrag über Arbeiterkammern u. —

Ausweisungen aus Preußen.

Zwei italienische Schriftsteller, die sich seit etwa 2/3 Jahren in Berlin aufgehalten haben, erhielten von dem Berliner Polizeipräsidium den Ausweisungsbefehl. Dieser wurde damit begründet, daß sie sich an socialdemokratischen

Bestrebungen beteiligt hätten. Die Ausgewiesenen müssen nach 14 Tagen das gasfreie Preußen verlassen haben.

Wäre es richtig, daß die beiden Italiener sich an socialdemokratischen Bestrebungen in Berlin beteiligt hätten, so würde der Ausweisungsbefehl zwar keine neue Weisheit der Polizei vorstellen, wohl aber ebenso wie frühere Ausweisungen ausländischer Socialdemokraten beweisen, für wie leicht unzulässig die fürsorgliche Behörde den Staat Preußen hält, so daß einige Ausländer, obwohl sie nicht das allermeiste Ungeheuerliche thaten, schleunigst über die Grenze gejagt werden müssen.

Doch in diesem Fall entbehrt die ängstliche Besorgnis der Polizei überhaupt jeglicher Begründung. Wir hatten Gelegenheit, die beiden jetzt ausgewiesenen Herren kennen zu lernen. Die Herren erteilten hier Sprachunterricht und schrieben Korrespondenzen über das Berliner Leben für italienische Zeitungen, u. a. auch für das Organ der italienischen Socialdemokratie, den „Avanti“; diejenigen wenigen Korrespondenzen, die politische Dinge behandelten, hielten sich durchaus im Rahmen der objektiven Berichterstattung. Und völlig unrichtig ist es, wenn die Polizei annimmt, die italienischen Herren hätten sich an socialdemokratischen Bestrebungen beteiligt, was offenbar sich auf irgend welche Mitwirkung an deutschen socialdemokratischen Dingen beziehen soll.

Dies könnte auch die Polizei wissen. Wenn sie dennoch zur Ausweisung schritt, so zeigt das, wie mächtig die Reaktionsgefühle angeschwollen sind, wie überaus eifervoll die Behörde ihren Windmühlkampf gegen die Socialdemokratie führen will.

Oder wollte man in Preußen der befreundeten italienischen Regierung eine artige Aufmerksamkeit erweisen? Will man Italiener, die sich in Preußen politisch völlig ruhig verhielten, in ihr Heimatland drängen, damit sie zur besonderen Freude der italienischen Regierung die Reihen derer mehrten, die dort socialdemokratische Propaganda betreiben? Wie würde es Preußen gefallen, wenn die italienische Regierung preussische Staatsangehörige, die sich in Italien aufhalten, ausweist, auf daß sie in Preußen sich eifrig in der Opposition gegen die Regierung betätigen? —

Der Kampf gegen die Feiertage.

Die „Nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller“ (Düsseldorf) hat an den Minister des Innern eine Denkschrift gerichtet, in welcher um die Bestimmung ersucht wird, daß an den in die Woche fallenden gesetzlichen Einzelseiertagen der Betrieb nur 12 Stunden, also von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends zu ruhen habe. Nach der Meinung der Befekten genüge schon die Sonntagsruhe vollkommen, die in den in Betracht kommenden Werken meist so geregelt ist, daß der einzelne Arbeiter einen Sonntag 12, den andern 36 Stunden Ruhezeit hat, den Arbeiter vor körperlicher Ueberanstrengung zu schützen und ihm die Erfüllung kirchlicher Pflichten zu ermöglichen. Die Industrie werde durch die vielen Feiertage geschädigt; diese Schädigung werde noch in erhöhtem Maße Platz greifen, wenn die dem Landtage zugegangene Vorlage betreffs des Karfreitags gesetzliche Kraft bekomme, und dann, so drohen die Unternehmer, würde kein Werk sich veranlassen sehen, an dem auf den Karfreitag folgenden Sonnabend arbeiten zu lassen. Dadurch würden mit den zwei Oftertagen vier Feiertage entstehen.

Welch ein Schaden wäre das für die Arbeiter. Die Unternehmer als gute Christen und Patrioten tragen ihren Anteil an dem Verlust natürlich gern — aber die Arbeiter, die armen Arbeiter. Die Eisen- und Stahlindustrie ist „nicht in der Lage“, den Arbeitern die Lohnausfälle „in irgend einer Weise zu ersetzen“, und sie kann daher nicht für die „durch die Lohnausfälle etwa entstehende Unzufriedenheit verantwortlich gemacht werden“.

Die Besorgnis der Oberen um das Wohl der Arbeiter ist in der That rührend, und die Fürsorge fällt umfomehr ins Gewicht, als es sich nur um eine recht geringe Zahl von gesetzlichen Feiertagen handelt. Aber selbst dieser geringe Lohnausfall soll die Arbeiter nach dem Willen der Unternehmer nicht mehr treffen. Darum fort mit den überflüssigen Feiertagen, hinweg mit dem Sah, „die Religion muß dem Volke erhalten werden“ —, sobald das etwas kostet. —

Der Kanal.

Das Verhalten der Minister zu der Kanalvorlage war höchst erstaunlich. Herr Miquel, der Oberherr im Staatsministerium, sprach so für die Regierungsvorlage, daß seine Worte den agrarischen Kanalfeinden biblische Rusit erlieferten, daß Graf Agnani sagen konnte: Wenn ich den Herrn Finanzminister recht verstanden habe, so hat er für die Vorlage gesprochen. Eine hochhoffähige Erklärung der „Nord. Allg. Ztg.“ versucht den fatalen Eindruck der Miquel-Reden abzumildern. Zwar mühte der Versuch, Miquels Worte umzubeden, mißlingen, aber für die weitere Behandlung der Kanalvorlage seitens der Regierung kündigt die „Norddeutsche“ an:

„Diejenigen, welche auf die Uneinigkeit im Staatsministerium spekulieren, werden sich durch den weiteren Gang der Verhandlungen bald enttäuscht finden. Es wird sich zeigen, daß das gesamte Staatsministerium einmütig die Vorlage vertritt.“ —

Deutsches Reich.

Eine Liebesgabe für ein Kulturwerk.

Die Kanalgegner haben, seitdem Herr v. Miquel in seiner letzten Rede am Dienstag die Regierungsvorlage nur so sehr lau verteidigte, wieder Oberwasser. Hat doch der einflussreiche und agrarierfreundliche Finanzminister kaum Zweifel darüber gelassen, daß er es den Agrariern nicht übel nehmen und daß die alte Freundschaft zwischen ihm und ihnen bestehen bleiben würde — auch wenn die ostelbischen Herren die Regierungsvorlage verworfen sollten.

Witten hinein in diese Situation kommt ein Vorschlag, der geeignet erscheint, die schmollenden Großgrundbesitzer mit dem Kanal auszuföhnen, weil ihnen ein neues und sehr annehmbares Liebespräsenchen dargeboten wird. Der Vorschlag knüpft an die Schaffung des Kleinbahnengesetzes im Jahre 1892 an, das namentlich den landwirtschaftlichen Kreisen ein billiges Transportmittel bringen sollte. Diesen Zweck erreichen die Kleinbahnen jedoch nicht so ausgiebig, wie es die Großgrundbesitzer wünschen, da ihnen die alten Nebenbahnen gewährt und den Kleinbahnen 1893 in Aussicht gestellten direkten Tarife mit Nachschuß der halben Abfertigungsgebühr noch verlastet sind. Dadurch wird, wie die „Allg. Ztg.“ ausführt, der Landwirtschaft jeder Wagon Heu, Getreide, Düngemittel usw., der von der Staatsbahn mittels der Kleinbahn bezogen oder nach ihr verfrachtet wird, um 6—8 Mark verteuert, weil mangels der direkten Tarife sowohl die Kleinbahn wie die Staatsbahn die volle Abfertigungsgebühr erhebt, während im anderen Falle nur die Hälfte der Gebühr erhoben würde.

Das genannte Blatt glaubt nun, daß, wenn der Eisenbahnminister den Kleinbahnen den Nachschuß der halben Abfertigungsgebühr in Aussicht stellen und damit den Gegnern der Kanalvorlage den Einwand nehmen würde, daß mit der Vorlage nur dem stehleurebier billige Tarife verschafft würden, kein Abgeordneter eines Wahlkreises, der ein Kleinbahnen besitzt, den Rat haben würde, gegen die Kanalvorlage zu stimmen.

Es ist nicht unmöglich, daß sich die Regierung dazu bequemen wird, den Ostelbieren ein Kulturwerk mit einer neuen Liebesgabe abzukaufen. —

Wie's unter der Iox Heitze werden wird. In der „Rheinischen Zeitung“ lesen wir:

Eine Berliner Firma kündigt in den Blättern ihre „Patent-Sprungfeder-Matrassen“ an. Zur Veranschaulichung der Elasticität und der Haltbarkeit des Artikels dient ein Bild, worauf man über der Matraxe ein Seiltänzerpaar sieht. Er, im Trikot, läßt sich von dem Seil auf die Matraxe fallen und wieder in die Höhe schnellen; sie, ebenfalls in Trikot, schreitet graziös auf dem Seil dahin und wird vielleicht im nächsten Augenblick ebenfalls herniederfahren. Die Dame ist, wie das bei Seiltänzerinnen selbstverständlich, oben und unten nur spärlich gekleidet, man sieht die Beine in ganzer Länge, die nackten Arme und — schrecklich! — auch Hals und Busen. Das sind nun alles menschliche, recht menschliche Dinge, und das harmlose Bildchen findet sich denn auch in den Zeitungen aller Meinungen und Richtungen. Nur in der katholischen „Allg. Volkszeitung“, wo Herr Julius Bachem das redaktionelle Scepter führt, finden wir das Bild verändert: An der Seiltänzerin ist die Taille züchtig bis unter den Hals hinaufgeschoben, und über die Oberbeine fällt bis zu den Knien ein falliges Gewand, einem Unterrock vergleichbar. Schöner ist dadurch die Gestalt nicht geworden — aber die Sittlichkeit ist gerettet, und J. P. Bachem hat das Intersatengeld.

Nur bis zu den Knien — auf der ganzen Höhe der Heitze-Sittlichkeit sieht auch die „Allg. Volksz.“ noch nicht. Ein Schleppekleid hätte das mindeste sein sollen. —

Deutschland auf der Pariser Weltausstellung. Vom deutschen Reichskommissariat für die Weltausstellung 1900, das jetzt sein Bureau in dem Hause Nr. 88 Avenue des Champs-Élysées einrichtet, wird folgende Mitteilung verbreitet: „Auf dem Terrain für die Weltausstellung in Paris ist am 13. dieses Monats dem Reichskommissar, Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Richter, der Platz für das deutsche Repräsentationsgebäude seitens der Ausstellungsleitung offiziell übergeben worden und es wird nunmehr mit der Ausführung des Gebäudes, die der bekannten Firma Philipp Holzmann u. Co. in Frankfurt a. M. übertragen worden ist, unverzüglich begonnen werden, damit die rechtzeitige Fertigstellung in jedem Falle gesichert ist. Uebrigens haben in diesen Tagen in Paris unter Leitung des Reichskommissars auch wichtige Konferenzen einer größeren Zahl von Vertretern der an der Licht- und Kraftlieferung für den öffentlichen Dienst der Ausstellung beteiligten deutschen Electricitäts-, Maschinen- und Kesselfirmen stattgefunden. Bei dieser Gelegenheit haben die betreffenden Ingenieure auch das Ausstellungsterrain besichtigt und sind übereinstimmend der Ansicht, daß die französischen Vorbereitungen in musterhafter Weise ausgeführt worden sind.“

Gegen die Verwendung von Konfirmanden im Landwirtschaftsbetriebe der Geistlichen hat das Konsistorium zu Königsberg i. Pr. eine Verfügung erlassen, welche den Geistlichen fortan jede Vermengung der Konfirmanden, auch außerhalb der Unterrichtsstunden, in ihrem persönlichen Interesse ebenso verbietet, wie dieses den Lehrern in betreff der Schüler verboten ist. — Die Ausbeutung der Säuglinge durch die Herren Seelforger muß doch einen recht großen Umfang angenommen haben, wenn schon das Konsistorium sich zum Einschreiten veranlaßt fühlte.

Direkte Landtagswahlen. Die zweite heftigste Kammer nahm nach dreitägiger Verhandlung in namentlicher Abstimmung mit allen gegen acht Stimmen den Antrag an, die Regierung zu eruchen, bei den Landtagswahlen das direkte Wahlrecht einzuführen. Ein an die Regierung gerichteter Ersuchen wegen Beseitigung der bestehenden Beschränkungen in betreff der Steuerzahlung, sowie wegen Einführung von geschlossenen Briefwahlen bei der Wahl wurde ebenfalls angenommen. Ein Antrag des socialdemokratischen Abgeordneten David, die Wahlen am Sonntag vorzunehmen, wurde abgelehnt. —

Ausland.

Die chinesische Krise.

Aus London wird telegraphiert: Bei dem heute stattgehabten Jahresessen der Londoner Handelskammer hielt der Herzog von Devonshire eine Rede, in der er ausführte, die englische Regierung sei bestrebt, nach den Prinzipien zu handeln, welche die Politik Englands in China stets geleitet haben. Er zweifelte sehr, ob die öffentliche Meinung jetzt auf Seite der Regierung sein würde bei irgend einem Abweichen von diesen Prinzipien, durch welches das Hereinbrechen der Krise in China beschleunigt werden würde, der Krise, welche weit entfernt, aber auch unmittelbar bevorstehend sein könne, die zu beschleunigen jedoch England kein Interesse habe. Hinsichtlich der noch nicht in Besitz genommenen Teile der Erde, erklärte der Redner weiter, sei die Regierung bemüht, sich ihren vollen Anteil zu sichern. Die Regierung sei bestrebt, die Bande enger zu knüpfen, welche die Kolonien mit England verbinden; zu diesem Zwecke bemühe sie sich, das Meer und die Flotte so stark zu machen, daß England im Stande ist, seine Kolonien und Besitzungen in allen Teilen der Erde zu verteidigen. Es sei möglich, daß die Ansichten einiger Gruppen des englischen Handelsstandes nicht auf Seiten des Friedens ständen; dessen ungeachtet gebe die allgemeine Ueberzeugung dahin, daß die Interessen des britischen Reiches in der Aufrechterhaltung des Friedens liegen. Er glaube, daß kein Staat der Erde mit größerem Eifer in die Friedenskonferenz einträte, als England.

Der „Times“ wird aus Peking vom 19. April gemeldet: Infolge des seitens Englands ausgeübten Druckes wurde die monatliche Rate für den Zinsendienst der Anleihe der nördlichen Eisenbahn, welche am 15. Februar fällig war, heute gezahlt. Es sind Schritte gethan worden, um die Zahlung des Zinseszinses zu beschleunigen. Im übrigen ist die Sachlage unverändert.

Frankreich.

Weitere Enthüllungen aus den Drehfus-Akten. Paris, 20. April. Der „Figaro“ veröffentlicht heute die Aussagen der Frau Pays, deren Wirtschaftlerin, des Hauptmanns Lebrun-Renaud, des Obersten Ribourge, des Oberleutnants Guérin, des Hauptmanns Anton, des Majors Nitry, des Unterleutnants Druet, des Generals Darras, des Controleurs Perrault und des Archivars Huenburger.

Die Pays giebt ihre Erklärungen zu den Verurteilungen ab, welche die Märtnerin ihr in den Mund gelegt. Sie stellt so ziemlich alles was ihr über Esterhazy unabweisbar ist, in Abrede. Esterhazy will sie nur zweimal gesehen haben. Das erste Mal, um ihn zu bitten, sie von der Zeugenschaft im Prozesse zu dispensieren; das zweite Mal habe sie ihn erucht, sie über den Ausgang des Prozesses gegen du Paty de Clam zu beruhigen. Die Generale Voisard, Gellieux und Mercier will sie niemals gesehen haben. Sie erkennt als richtig an, daß am Tage der Verhaftung des Obersten Geny drei Personen zu ihr gekommen seien, es seien aber nicht Offiziere, sondern Journalisten gewesen. Frau Pays stellt ferner in Abrede, die Namen der Verfasser des Vorderausgangs genannt zu haben; wenn sie das könnte, würde sie es sagen. Geny will sie nur zweimal gesehen haben, um die Zeit seines Duells mit Picquart. Sie berichtet die Esterhazy in den Mund gelegte Versicherung betreffend die Rückkehr Drehfus'. Esterhazy soll gesagt haben: Ich bin sicher, daß sie Drehfus dieselben Scheuklapp-

leiten angehen haben, wie mir. Drehfus wird damit der Vermählungen der tapferen Verteidiger zurückgehen, während ich verurteilt bleiben werde. Schließlich erzählt Frau Pays, wie Esterhazy davon benachrichtigt wurde, daß er angezeigt werden sollte.

Hauptmann Lebrun-Renaud erzählt die bereits bekannte Geschichte von den angeblichen Geständnissen des Drehfus und sagte weiter, er habe die Worte Drehfus' nach der Degradierung mehreren offizierten und Reserveoffizieren mitgeteilt.

Hauptmann Guérin sagte aus, daß er die Erzählungen Lebrun-Renaud's über die Geständnisse des Drehfus gehört habe. Die anderen militärischen Zeugen gaben an, daß sie von den Geständnissen des Drehfus durch andere Offiziere unterrichtet worden seien. General Darras, welcher die Truppen bei der Degradation kommandierte, machte keinerlei Aussagen von irgend welchem Interesse.

Der geheime Beschluß des Kassationshofes. Verschiedenen Blättermeldungen zufolge haben die vereinigten Kammer des Kassationshofes in geheimer Sitzung einen Beschluß gefaßt, den Major Freysträter, jenen Richter des Drehfus-Prozesses, der dringend gehört zu werden verlangt zu werden, den General Roget mit Verzicht auf Konfrontationen und den jetzigen Staatsrat und früheren Polizeipräsidenten Lépine, welcher dem Drehfus-Prozesse bis zu dem Augenblick, wo sich die Richter in das Beratungszimmer zurückzogen, bewohnte, vorzuladen.

Durch diesen Beschluß würde die Urteilsfällung allerdings wieder etwas hinausgeschoben, aber die Befehlungen von Freysträter, der über das „geheimen Aktensück“, das bei der Beurteilung des Drehfus eine so große Rolle gespielt, auslagern will, sind doch so äußerst wichtig für die weitere Entwicklung der Angelegenheit, daß die Verzögerung dafür wohl in Kauf zu nehmen ist. — Von anderer Seite allerdings wird berichtet, daß der Kassationshof keinen Beschluß wegen vorzunehmender Konfrontationen getroffen habe; die Entscheidung solle vielmehr erst getroffen werden. Ebenso heißt es: Vallot-Beaupré werde seinen Bericht erst am 29. d. M. fertigstellen, so daß der Spruch des Kassationshofes nicht vor Ende der ersten Woche des Monats Mai werde erfolgen können. —

Spanien.

Im Lager der Karlisten herrscht, wie „Imparcial“ berichtet, große Uneinigkeit, indem nur ein kleiner Teil der Parteigänger ein sofortiges Vorschlagen begünstigt. Die Mehrheit empfehle weiteres Abwarten; auch seien die der Partei zur Verfügung gestellten Geldmittel sehr geringe.

Aus Granada wird berichtet: Es verlautet, die Karlisten beabsichtigen an der Küste von Motril Waffen zu landen; infolgedessen wird die Küstengegend von zwei Kompagnien bewacht.

Amerika.

Auf den Philippinen beginnt es jetzt, den Amerikanern sehr leicht zu gehen. Schon vor einigen Tagen berichteten wir, daß die amerikanischen Eroberer eine Reihe von eingenommenen Städten wieder haben aufgeben müssen. Nunmehr hat der Ausschuh der Philippinen in Europa ein Telegramm aus Manila vom 14. d. M. empfangen, welches besagt: Eine Kolonne der Brigade des Generals Lawton aus 140 Offizieren und Mannschaften bestehend, wurde von eingeborenen Begleitern irre geführt und geriet bei Binanganom, halbwegs zwischen der Laguna de Bay und Valer in einen Hinterhalt. Alle Amerikaner wurden gefangen genommen. General Lawton zog sich auf die Nachricht hin auf Manila zurück, unter der Angabe, er sei von General Otis zurückberufen.

Nun, eine gute Audrede ist ja immer erlaubt, und vorläufig wird ja auch noch alles mögliche getan, um die Philippinen unter die Oberhoheit der Amerikaner zu zwingen. Man meldet:

Washington, 20. April. Vierzehntausend Mann reguläre Truppen werden, sobald die Transportschiffe bereit sind, zur Verstärkung der Armes des Generals Otis nach Manila abgehen. Aber interessant ist doch, daß jetzt schon allerlei amerikanische Stimmen laut werden, die einen baldigen Abschluß des Krieges als wünschenswert bezeichnen. —

Washington, 19. April. Der deutsche und der amerikanische Kommissar für Samoa, Legationstrat Baron Epok v. Sternburg und Partlett Tripp sind heute abgereist. —

Invalidenversicherungs-Kommission.

6. Sitzung vom 20. April. Bei § 22 (Lohnklassen) liegen Anträge aller Parteien vor; der socialdemokratische Antrag fordert: die Lohnklasse I umfaßt den Wochenverdienst bis 7 M., II 7—11 M., III 11—17 M., IV 17—24 M., V über 24 M. Wenn neben dem Gehalt bzw. Lohn oder lediglich Naturalvergütung gegeben wird, so ist der Wert derselben nach dem am Orte festgestellten Marktpreise zu bemessen. In Fällen, wo der Wochenverdienst niedriger ist als der sechsfache Betrag des ordentlichen Tagelohns gewöhnlicher Tagelöhner (§ 8 des Krankenlastengesetzes), sind Werten zu gebrauchen, welche diesem Betrag entsprechen. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten abgelehnt, dagegen folgender Centrumsantrag gegen drei konservative Stimmen angenommen: Hinter Absatz 2 folgenden neuen Absatz einzufügen: „Sofort im voraus für Wochen, Monate, Vierteljahre oder Jahre eine feste bare Vergütung vereinbart und diese höher ist als der nach Absatz 2 für den Versicherten maßgebende Durchschnittsbetrag, so ist diese Vergütung zu Grunde zu legen.“ Ein socialdemokratischer Antrag zu Gunsten der Seelente wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten, Raab (Antif.) und Stögel (C.) abgelehnt, ein socialdemokratischer Antrag zu Gunsten der freien Hilfsklassen gegen die Stimmen der Socialdemokraten und der Antihemiten abgelehnt, der ganze § 22 einstimmig angenommen. — Zu § 26 (Verrechnung der Invalidenrenten) wird ein Antrag Röske gegen 6 Stimmen abgelehnt, der ganze Paragraph dann einstimmig angenommen. § 29 wird mit einem Antrag Trimborn (C.), daß als Erben des Rentenanspruchs eines vor Auszahlung der Rente Verstorbenen in erster Linie der Ehegatte kommt, angenommen. Zu § 30 (Erstattung von Beiträgen, wird ein Antrag Franken (nat.) auf eine Art freiwilliger Witwenversicherung gegen eine Stimme abgelehnt, § 30 einstimmig angenommen. Zu § 31 wird ein socialdemokratischer Antrag, daß nicht nur den „ehelichen Kindern“, sondern den „hinterlassenen Kindern unter 15 Jahren, zu deren Unterhaltung der Verstorbene verpflichtet war“, die Beiträge, wenn noch keine Rente zugewilligt ist, zurückzuerstatten werden, gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt, ebenso ein anderer socialdemokratischer Antrag, auch im Fall die hinterlassenen Unvollrenten erhalten, die Beiträge zurückzuerstatten. Zu § 32 wird ein Antrag Trimborn (C.) angenommen, daß Beitragswochen ohne Beiträge nur solche Invaliden angerechnet erhalten, die eine Erwerbsverminderung von mehr als 20 Proz. erlitten haben. — Nächste Sitzung Freitag. —

Parlamentarisches.

Dem Bundesrat. Dem Bundesrat ist der Entwurf einer Axiordnung für die Binnenschifffahrt auf der Elbe zugegangen.

Lex Heitze. In der Reichstags-Kommission für die „Iox Heitze“ wurde heute der vom Centrum beantragte § 182a des Strafgesetzbuchs angenommen, wonach Arbeitgeber oder Dienstherren und deren Vertreter mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden, welche ihre Arbeiterinnen durch Androhung von Nachteilen u. zur Duldung oder Verübung von unzüchtigen Handlungen verleiten. Dafür stimmten 13 Mitglieder, dagegen 8 (Konservative, Nationalliberale und 2 Freisinnige). Hierauf wurde noch § 184 Abs. 1 nach der Regierungsvorlage einstimmig angenommen, der mit einem Jahre Gefängnis

bedroht das Vorrätighalten, Anpreisen oder Anfündigen unzüchtiger Schriften etc.

Postgesetze. In der Reichstagskommission für die Postnovelle wurden am Donnerstag der Abt. III von Art. 2, Art. 3 und 4 diskutiert, welche die Ausdehnung des Postregals, die Konzessionspflicht für neue Privatposten und die Entschädigungen für die Einschränkung der letzteren betreffen. Abg. Singer gab der Befürchtung Ausdruck, daß die Einführung der Konzessionspflicht für neue Privatposten zu politischen Vegetationen den Anlaß geben könnte. Abg. Müller-Fulda (C.) ist, obgleich sonst Gegner aller Monopole, doch für Ausdehnung des Postregals, zumal die Post, wie z. B. bei der Landbrief-Verstellung, auch Lasten übernehme. Angesichts solcher Pflichten müsse man der Post auch lucrative Geschäfte zugestehen. Die Zunahme der Einnahmen der Reichspost liege im Interesse der Steuerzahler. Wenn er aber auch die Ausdehnung des Postregals befürwortet, so erscheine ihm doch die Konzessionspflicht für neue Privatposten, welche Art. 3 fordert, unnötig. Staatssekretär v. Pöbblers verwarf sich dagegen, als wolle er die Konzessionspflicht der Privatposten zu politischen Zwecken ausnützen. Die Konzessionspflicht sei überhaupt nur deshalb vorgezogen, um den Uebergang zu erleichtern. Unter allen Umständen müsse verhindert werden, daß sich neue Privatposten bilden, welche später Ansprüche an das Reich erheben können. Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) ist gegen das Postmonopol und besonders auch gegen die Konzessionspflicht der Privatposten. Für die zweite Lesung kündigt er einen Antrag an, wonach Gebührenerhöhungen wie Portobefreiungen zu Gunsten privilegierter Klassen fortan nur auf Grund eines Gesetzes stattfinden dürfen. Abg. Dr. Lieber: Es handle sich bei der Vorlage gar nicht um ein neues Monopol, sondern darum, zu verhindern, daß Läden der Postgesetzgebung seitens der Privatgesellschaften benützt werden, um die Einnahmen der Reichspost zu schmälern. Die Erweiterung des Postregals sei nur eine Ausdehnung des bestehenden Rechts. Am liebsten wäre es ihm, wenn es gelänge, event. mit ausgedehnter Schenkung, den Privatpostbetrieb ganz abzuschaffen. Abg. Dr. Certeel-Sachsen (L.) ist für Erweiterung des Postregals auf Briefe und für ein Verbot neuer Privatposten. Die alten Privatposten, falls sie weiter bestehen wollen, möge man ohne Entschädigungsanspruch weiter vegetieren lassen. Müller-Sagan beantragt, die Bestimmungen des Art. 2, die die Ausdehnung des Postregals auf geschlossene Briefe betreffen, und Art. 3, betr. die Konzessionspflicht neuer Privatposten, zu streichen. Abg. Diez (Soz.) bringt den bedeutenden Betrieb des Buchhändlervereins zur Sprache. Der Betrieb umfasse Millionen und die Gefahr liege vor, daß die Reichspost in der Art der Versendung des Postens eine Defraudation erliden könnte. Er bitte um Klarstellung dieser Verhältnisse. Abg. Dr. Wachter (fr. Sp.) fragt nochmals an, ob, falls Privatposten weiter bestehen, diesen gestattet sei, geschlossene Briefe ohne Adressierung zu befördern. Staatssekretär v. Pöbblers: Selbstverständlich solle nach Annahme der Postnovelle jeder geschlossene Brief, auch ohne Adresse, unter das Postregal. Die Buchhändlerbestellung in Leipzig geschehe nicht gewerbmäßig, falls also nicht unter die Vorlage. Im übrigen treibe die Reichspost grundsätzlich keine Schenkungen nach dem Inhalt von Briefen und Paketen. Kämen Ausstellungen vor, so müßte allerdings richtigerweise Entscheidung anrufen werden. Abgeordneter Dr. Haffe (natl.) hält die Erklärung des Staatssekretärs nicht für verbindlich genug und beantragt daher zu Art. 2 und 3 folgenden Zusatz: Die Vorschriften dieser beiden Artikel beziehen sich nicht auf die Bestellungen des Buchhandels. Die Interessen des deutschen Buchhandels müssen durchaus gewahrt und jede Gefahr einer Erschlüpfung ausgeschlossen werden. Abg. Müller-Sagan: Für den Buchhandel dürfe keine Ausnahmestellung geschaffen werden, das sei unmöglich schon der Konsequenzen wegen. Abg. Müller-Fulda ist derselben Ansicht. Der Buchhandel müsse sich in die Verhältnisse fügen. Es müsse eine definitive Bestimmung über die Privatposten getroffen werden, welche jede Willkür ausschließe. — Die weitere Beratung wurde auf Freitag vertagt.

Die Petitionskommission des Reichstags verhandelte am Donnerstag über eine Reihe von Petitionen der kaiserlichen Werft- und Marinebeamten. Ueber eine Petition der Schiffsführer und Werftmaschinen betr. Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses, wird Uebergang zur Tagesordnung beschloffen. Die Marine-Beamtenpetitionen um Anerkennung des Subalternbeamten-Ranges und Gehaltsaufbesserung. Die Kommission beschloß, den ersten Teil der in der Petition enthaltenen Forderungen dem Reichskanzler zur Berücksichtigung, den zweiten Teil zur Erwägung zu überweisen. Die Werftanzustellen in Wilhelmshafen bitten um Gleichstellung mit den Intendanturanzustellen der Marine. Diese Petition soll dem Reichskanzler als Material überwiesen werden. Eine Petition betr. die Erhöhung des Fonds zur Unterstützung hilfsbedürftiger Kriegsveteranen wurde dem Reichskanzler als Material überwiesen und eine Reihe von Rechtschutzgesuchen als ungeeignet zur Erörterung im Plenum erachtet.

Patentamt. Bei dem kaiserlichen Patentamt haben sich die Gesuche vermehrt, daß die Bildung einer weiteren — sechsten — Abteilung für Patentanmeldungen in Aussicht genommen ist.

Der Reichstags-Abgeordnete Ehlinger wurde aus dem bayerischen Bauernbund ausgeschlossen. Das Vergehen wurde vom Bundesvorstand darin erblickt, daß Ehlinger in einem Circular zur Gründung eines „Niederbayerischen Bauernbundes“ aufgefodert hatte. Ehlinger ist der Führer der gemäßigten bayerischen Bauernbündler. Er hat nunmehr sein Reichstagsmandat für Straubing niedergelegt.

Die Kommissionsverhandlungen über die Kanalvorlage werden vermutlich am Dienstag nächster Woche ihren Anfang nehmen. In Abgeordnetentreffen zählt man unter den 25 Mitgliedern der Kommission 17 Gegner und 11 Freunde des Kanals, soweit die vorläufige Stellung zu dem Entwurf in Betracht kommt.

Partei-Nachrichten.

Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen die Maler und die Tabalarbeiter in Lübeck, die Schneider in Dresden, die Tabalarbeiter in Halberstadt und die Zimmerer in Baden.

Der Demmlersche Nachlaß. Bekanntlich hatte der verstorbene Posteigenosse Hofbaumeister Demmler in Schwerin den Maurern und Zimmerern Schwerins ein beträchtliches Legat vermacht, das jedoch von der Stadt Schwerin mit Erfolg angefochten wurde. Jetzt hat der Bürgerausschuß von Schwerin über die Verwendung des Geldes Beschluß gefaßt. Es sollen von den Zinsen Unterstützungen bezahlt werden an bedürftige Personen, die seit mindestens 3 Jahren im Gebiete der Stadt Schwerin wohnen und im letzten Jahre keine Armenunterstützung bezogen haben.

Kommunales.

Stadtvorordneten - Versammlung.

13. Sitzung vom Donnerstag, den 20. April 1899. Nachmittags 5 Uhr.
Zur heutigen Sitzung sind zwei dringliche Anträge eingegangen, und zwar beide aus Anlaß der Prügelpetition, die in dem katholischen St. Josephs-Waisenhaus zu Potsdam an dem von der Berliner Waisen-Verwaltung dorthin überwiesenen Knaben Steiner vollzogen worden ist. Der eine ist von der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht und lautet:
„Die Versammlung ersucht den Magistrat, schleunigst die von der städtischen Waisen-Verwaltung in dem genannten Hause untergebrachten Waisenkinder aus dieser Anstalt herauszunehmen.“
Der andere, von dem Stadtv. Fährndrich u. Gen. gestellt, besagt:
„Die Versammlung ersucht, anlässlich der Gerichtsverhandlung über einen im St. Josephs-Waisenhaus zu Potsdam vor-

gelommenen Vorfall, den Magistrat um Auskunft, welche Maßnahmen derselbe betreffs der diesem Waisenknaben überwiesenen Kinder zu treffen gedenkt.“

Ueber die Anträge soll am Schluß der öffentlichen Sitzung beraten werden, ebenso über einen dem Antrag Singer entsprechenden erst heute eingereichten Antrag Perls.

In den Ausschüß für den Antrag Kallmann, betreffend das Märkische Provinzialmuseum ist auch Stadtv. Bruns delegiert, in demjenigen für den Umbau der Eisernen Brücke Stadtv. Dupont und Herzfeldt. Dem Schulbauenausschüß gehören die Stadtv. Bruns und Tollsborn an, den Vorsitz in diesem letzteren Ausschüß führen die Stadtv. Architekten Schilmann und Cremer.

Der Tarif der Einzelpreise für Arbeiten und Lieferungen bei Ausführung der Haus- und Dachwasserableitungen für das Rechnungsjahr 1899 ist vom Magistrat gegen das Vorjahr nicht ermäßigt worden. Die Versammlung genehmigt den Tarif unverändert ohne Debatte.

Zum Etat der Sparkasse für 1899 tritt Stadtv. Liebenow für eine flottere und bequemere Abfertigung des Publikums an den Kassentischen im Sparkassengebäude, sowie für Decentralisierung des Geschäftsverkehrs ein.

Stadtv. Ramroth stellt in Abrede, daß die Verwaltung gegen das Publikum rigoros verfare, und kam sich mit den Reformvorschlägen des Stadtv. Liebenow nicht befreundend.

Der Etat wird genehmigt.
Die Fluhbade-Anstalt für weibliche Personen an der Leising-Brücke in Moabit, die belamlich im Dezember v. J. durch einen Sturm zerstört wurde, soll jetzt oberhalb der Moabiter Brücke gegenüber Cosß Gärtner errichtet werden. Die Versammlung stimmt dem zu.

Von der Notwendigkeit der Verbreiterung der Wendenstraße hat sich die Deputation nicht zu überzeugen vermocht, und der Magistrat hat das bezügliche Ersuchen der Versammlung abgelehnt.

Stadtv. Tollsborn: Meine Freunde und ich, der ich 17 Jahre in der dortigen Gegend wohne und die Notwendigkeit der Verbreiterung wohl beurteilen kann, stellen den Antrag, in gemäßigter Deputation über diese Angelegenheit zu beraten. Die Bevölkerung der dortigen Gegend hat sich in diesen 17 Jahren von 14 000 auf 110 000 Seelen vermehrt, die jetzigen Verkehrsverhältnisse sind unhaltbar. Der dichten Arbeiterbevölkerung der Gegend muß die verlangte Verkehrsbelegerung gewährt werden; nach dem Maßstabe der Steuerkraft kann man diese Frage doch nicht entscheiden. Die Arbeiter werden doch aus dem Centrum überhaupt immer mehr in die Peripherie gedrängt.

Der Antrag wird abgelehnt.
Am 16. Februar cr. hatte die Versammlung den Magistrat ersucht, wegen Erhaltung des kleinen Tiergartens westlich der Heilandstraße zwischen Alt-Moabit, Turm- und Ottostraße als Park in Verhandlung mit den Staatsbehörden zu treten. Der Magistrat hat sich an die Thiergarten-Verwaltung gewendet, aber von derselben den Bescheid erhalten, daß der Finanzminister diese Verhandlung ablehnt. Der Mittheilung des betreffenden Schreibens fügt der Magistrat aus eigenem die Bemerkung hinzu, daß in den Verträgen wegen Einrichtung und Unterhaltung der Verschönerungs-Anlagen im kleinen Tiergarten niemals von diesem Teil desselben die Rede gewesen ist, im Gegenteil dieses mit Vorzügen versehen und vor Alters auch bereits teilweise an der Otto- und Turmstraße bebaut, bebaut und geflossenlich von Fiskus, Magistrat und Versammlung von den Unterhandlungen ausgeschlossen worden ist, ohne daß hiergegen von einer Seite Widerspruch erhoben wurde. Der Magistrat läßt deshalb die Angelegenheit auf sich beruhen.

Auch die Versammlung hat heute desgleichen, von den alten Rechten, die die Stadt nach des Vorstehers Langers Hans früherer Darlegung aus einer Schenkung an den Großen Kurfürsten und dessen Gegenleistungsvorprechen herleiten konnte, ist nicht mehr die Rede.

Es folgt die Verhandlung der oben mitgetheilten dringlichen Anträge.

Stadtv. Fährndrich: Das Erziehungssystem, welches von Schwester Karola in Potsdam zur Anwendung gebracht ist, muß ebenjowohl, wie es die Gerichte und die Deffentlichkeit beschäftigt hat, auch in dieser Versammlung zur Erörterung gelangen. Die Art der Vollziehung der verhängten Prügelstrafe an einem Waisenkinde ist so unangenehm, daß sie nicht in einem Waisenhaus, sondern in einem Korrektionshause gelübt worden zu sein scheint. Der Bruder Wastian, aber, wie er dort heißt, Bruder Nicolaus, ist zur Hülfeleistung herbeigehzogen worden. Der Knabe wurde auf eine Bank gebunden; und nachdem ihm 20 Stockhiebe verabsolgt worden waren und der Bruder Wastian einhielt, ist er von der Schwester aufgebodert worden, fortzufahren; und der Knabe hat im ganzen einige 50 Stockhiebe bekommen. (Auf auf der Jubelstimmung: Hui!). Nach 8 Tagen sind blutunterlaufene Stellen und Anschwellungen polizeilich zu constatieren gewesen. Gegen diese Erziehungsmethode erheben wir hier öffentlich Protest, namentlich gegen das ärztliche Gutachten des Professors von Vergemann, welches dem Knaben das Kainmal auf die Stirn brüht und ihn wegen seiner vermeintlichen Schädelbildung zur Verbrechensclausdahn prädestiniert. Der Antrag Singer verlangt schleunigste Entfernung der städtischen Kinder aus jener Anstalt. Auch wir haben diese Frage erwogen, aber der Verwaltung könnten Schwierigkeiten erwachsen, wenn sie diese 78 Kinder sofort anderweit unterbringen soll. Leute, die wir als geeignete Kindererzieher nicht betrachten können, dürfen ihr Erziehertum auch nicht weiter fortführen. In Zukunft dürfen die Kinder keinesfalls dort gelassen werden, aber die Verwaltung muß Zeit behalten, die Aenderung durchzuführen.

Stadtv. Singer: Wenn Herr Fährndrich unsere Gründe gehört haben wird, dürfte er hoffentlich seinen Antrag zu Gunsten des ungeringen zurückziehen. Der Thatbestand ist erschöpfend dargestellt worden. Die Schwester Karola kann würdig dem Klosterbruder Heinrich von den Aegianern zur Seite gestellt werden. (Zuruf: Sie können sich ja heiraten!) Heiterkeit. Den Grundfragen der Erziehung, welche wir vertreten, schlägt die Verhandlung des Knaben Steiner geradezu ins Gesicht. Es handelt sich um einen Waisenkinder, der von unserer Verwaltung dort in Pflege gegeben worden ist. Wenn ein weibliches Wesen, welches einen der Caritas gewidmeten Beruf ergriffen hat, dem Feind gegenüber: Es ist noch nicht genug! und den angebundenen Knaben den Händen festhält, so ist ein solches Verhalten unter jeder Kritik (Zustimmung). In der Beurteilung dieses Verfahrens ist die Versammlung einzig. Ein Gutachter ist in dem Prozeß gehört worden, der ebenfalls nahe Beziehungen zu unserer Stadt hat. Herr v. Vergemann steht an der Spitze der Rettungsgesellschaft; seine Methode, ins Praktische überseht, wird kaum zur Rettung der Gesellschaft beitragen (Heiterkeit); er ist ägriert, daß man ihn wegen einer Mißhandlung citiert, da es sich doch um eine Jüchtigung handle! Das erinnert mich an ein Wort Napoleons: „Grattes le Russe, vous trouvez le barbare!“ Kratzt den Russen, und der Barbar kommt zum Vorschein. Sein von Lombroso übernommenes Wort von der Schädelbildung des Knaben ist, abgesehen von der Verwerflichkeit der Ausdruckweise, um so weniger motiviert, als über diese Theorie die Gelehrten noch lange nicht einig sind; wenn man dochhaft sein wollte, könnte man ebenso gut sagen, eine ganze Anzahl der angeblichen Rohheits- und Verbrechertypen haben eine verweirte Gehirnlage mit der Schädelbildung anderer Menschen und auch der des Herrn Professors v. Vergemann! (Heiterkeit). Ich habe geglaubt, die Empfindung unserer Waisenverwaltung würde auch nicht um eines Haars Breite abweichen von der Entrüstung, die allgemein über den Vorfall herrscht. Die Waisenverwaltung ist zwar unmittelbar nach der Mißhandlung zusammengetreten und hat in gerechter Entrüstung über den Vorfall beschlossen, daß keine städtischen Waisenkinder mehr dahin gegeben werden sollen, daß

die dort befindlichen Kinder entfernt werden sollen und nur so lange bleiben sollen, bis es gelungen ist, andere Stellen für sie zu finden. Diese Beschlüsse, die gewiß sehr schonend mit dem Waisenhaus umgingen, sind aber nicht ausgeführt worden. Eine Subkommission unter Leitung des Vorsitzenden der Waisenverwaltung sollte die nötigen Schritte thun; aber einige Tage später wurde die Waisenverwaltung zu einer neuen Sitzung zusammenberufen, und da ich vorgebracht worden, das erneute Verhandlung notwendig sei, weil in der Zwischenzeit ein Schreiben des Vorstandes dieses Waisenhauses eingetroffen sei, worin um Rücknahme des Beschlusses gebeten wurde, weil dessen Existenz an diese Waisenkinder geknüpft sei. (Große Bewegung.) Ich verstehe diese Haltung vom geschäftlichen Standpunkte aus, aber als unwürdig sehe ich eine solche Zumutung an die Stadt an. Außerdem war eingelaufen ein Schreiben der Kaiserin, welches die Bitte des Vorstandes lebhaft unterstützte, und ferner ein Schreiben des Freiherrn v. Mirbach, der außerdem in einer Unterhaltung mit dem Leiter unserer Waisenverwaltung diesen Herrn für jene Bitte zu gewinnen suchte. Jenes Schreiben des Vorstandes hätte sofort eine Zurückweisung erfahren müssen. Wie Herr v. Mirbach dazu kommt, sich in die städtische Verwaltung zu mischen, ist mir ganz unbegreiflich. Eine übermäßige Qualifikation für die bürgerliche Auffassung des Freiherrn kann ich nicht darin sehen, daß er sich für eine Sache verwendet, welche mit Recht der Beratung der Bürger verfallen ist. Und wenn die Kaiserin sich für den Verein verwendet hat, so macht das ihrem guten Herzen alle Ehre, aber die Berliner Verwaltung hat nicht die Pflicht, allein aus Humanität und Gutherzigkeit an einem ihrer Kinder vorgekommene Verbrechen zu entschuldigen, und die Waisenverwaltung hätte in aller Eile nach und mitzueingegriffen auch in aller Unterthänigkeit sofort der Kaiserin mitteilen lassen sollen, daß ihrem Wunsche nicht willfahren werden könne. Aber die Verwaltung hat die ersten Beschlüsse aufgehoben. (Hört, hört!) Hier wird Gefühl genug vorhanden sein, zu begreifen, daß man aus Romidernz und Liebeshörigkeit über solche Dinge nicht hinwegsehen kann. Wenn Sie glauben, durch Entlassung der Schuldigen oder andere Maßnahmen genügend vorbeugt zu haben, so irren Sie; es giebt nur eine Entscheidung: absolute Scheidung von dem Institut, wo solche Dinge vorgekommen sind. In hämischer Weise hat man sich den Sonntag ausgedacht, um die Jüchtigung an diesem Knaben zu vollziehen; mit voller Kraftvolligkeit ist sie vollzogen worden; erhebliche Veränderungen werden in dieser Verwaltung nicht eintreten. Wir verlangen also Abhilfe, da diejenige städtische Deputation, die zuerst hätte Remedur schaffen müssen, versagt hat. Wir mühten zu der Ueberzeugung kommen, daß dort nicht dasjenige Maß von Selbstständigkeit und Bürgerthum vorhanden ist, welches seine einzige Aufgabe darin sieht, dafür zu sorgen, daß unsere städtischen Waisenkinder nicht in Anstalten leben, wo sie in dieser schmerzlichen Weise behandelt werden. Hat sie nicht ihre Pflicht gethan, so wollen wir sie thun! (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Kämpf: Nachdem der Verwaltung zu Ohren gekommen war, daß ein Knabe in absolut ungebühriger Weise geprügelt worden, hat die Waisenverwaltung über die zu ergreifenden Maßnahmen beraten. Die Meinungen gingen weit auseinander. Einige wollten die 50 Knaben und 23 Mädchen sofort entfernen, andere wollten sich damit begnügen, zu verlangen, daß fünfzig ein eine ähnliche Mißhandlung nicht vorläme (Lachen), noch andere wollten dem Vorstande in empfindlicher Weise zu Gemüte führen, welche Ungehörigkeit in dem Vorkommnis liege, und das sollte dadurch geschehen, daß zunächst am 15. April die 28 Mädchen entfernt und im Wilmersdorfer Waisenhaus untergebracht werden sollten. Daß die Bitte um Befreiung der Kinder erfolgen würde, war sicher, und diese Bitte wollte die Verwaltung abwarten, um dann ihre Bedingungen zu stellen. (Hört! hört!) Ferner ging der Beschluß dahin, Kinder von neuem nicht in dieses Waisenhaus zu bringen. Am 7. April lief das Schreiben ein, in welchem ausdrücklich betont wird, daß der Vorstand die Jüchtigung mißbilligt und verurteilt, daß eine Jüchtigung noch nicht vorgekommen sei, und daß der Vorstand bedauere, daß eine solche Jüchtigung stattgefunden habe. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß dieses Haus der Stadt Berlin wesentliche Dienste geleistet habe bei Unterbringung der katholischen Waisen, desgleichen der Stadt Potsdam, und daß bisher Klagen nicht zu Tage getreten seien. Wenn ein gemachter Fehler offen anerkannt wird, bin ich stets geneigt, Miße walten zu lassen. Das Waisenhaus erlernt in rüchhaltigster Weise an, daß ein großer Fehler gemacht worden ist, und verspricht, daß dieser Fehler nicht wieder vorkommen wird. Die Erziehung daselbst ist nach allen Verichten eine gute; so berichtet uns auch unser Erziehungsinspektor. Darum ist die Verwaltung von ihrem ersten Beschluß zurückgekommen, und auf Grund lebigher dieser sachlichen Erwägungen hat sie beschlossen, von der Abholung abzusehen unter folgenden vier Bedingungen: Schwester Karola wird aus dem Hause entfernt (Zuruf: Prügelt anderswo!); eine Jüchtigung darf nur stattfinden nach eingeholter Genehmigung (!) des Vorstandes; Jüchtigungen dürfen nicht unter festgeschlossenen Vorhängen vorgenommen werden, und die Kosten wegen der Verhandlung mit Wilmersdorf übernimmt das Josephs-Waisenhaus. Das Waisenhaus hat diese Bedingungen angenommen. Damit ist die Sache für uns erledigt.

Stadtv. Perls: Ich hoffe, daß wir von unserm Recht, einen anderen Standpunkt einzunehmen, recht ausgiebig Gebrauch machen werden. Wie wir jetzt hören, sind also die ganzen ersten Verhandlungen in der Waisenverwaltung nur pro forma gefaßt! Man hat eine finstere Miene aufgesetzt, um die andere Seite zu veranlassen, um gut weiter zu bitten! Man hat gedroht ohne ernstliche Absicht. Die vier Bedingungen genügen nicht; daß man von der selbstverständlichen Entfernung der Schwester Karola überhaupt noch spricht, muß mich wundern. Es muß einmal ein Gemüsel statuiert werden. Dieses Waisenhaus können wir unsere Waisenkinder nicht mehr anvertrauen.

Stadtv. Hugo Sachs hält die gegebene Auskunft nicht für genügend. Der Antrag Fährndrich sei erledigt. Der Antrag Singer sollte wegen der verschiedenen noch nicht aufgestellten Punkte in einem Ausschüß vorbereiten werden. (Widerpruch.) Was sollte mit dem Knaben geschehen? Weder wendet sich dem besonders gegen das Gutachten des Professors v. Vergemann. In dem Josephs-Waisenhaus müsse ein gewisses System der Prügelpädagogik bestehen, denn der Bloß und der Stock seien nicht von ungebühr dagesewen. Das Ziel müsse sein, jede Jüchtigung durch einen Lehrer zu verbieten. (Bewegung.)

Stadtv. Singer! Ich bezweifle nicht die ehrsüchtige Entrüstung des Vorredners, aber diese kommt in dem Antrage auf Ausschüßberatung nicht genügend zum Ausdruck. Die Knaben sollen ebenso wie die Mädchen schleunigst aus dem Hause entfernt werden. Herr Sachs will einen Anti-Prügelausschüß; wenn er von der pädagogischen Verwerflichkeit des Prügels, wovon auch die Berliner Schulen nicht frei sind, durchdrungen ist, soll er lieber einen Antrag stellen, der Magistrat möge verfügen, daß in den Schulen nicht mehr geprügelt werden soll, ich garantiere ihm für unsere familiären Unterzichten. Dem Verdacht, daß die Herren bloß kräftig reden, nicht aber auch handeln möchten, entgeht Herr Sachs am besten dadurch, daß er unseren Antrag nicht in einem Ausschüß ein Begräbnis zweiter Klasse bereitet. (Oh!) Die Auskunft des Magistratsvertreters finde auch ich nicht genügend; aber in einem Ausschüß bekommen wir auch nichts weiter zu hören. Nicht sich der Magistrat in seiner Gesamtheit von der opportunistischen, der Bürgerchaft unbegreiflichen Auffassung des Stadtv. Kämpf leiten, daß er in solchen unerhörten Falle Miße walten lassen will, so mag er das verantworten, die Versammlung aber soll sich davon freihalten. Wir sind höflich genug und parlamentarisch gebildet genug, um seine Versicherung als wahr anzunehmen, daß die Verwaltung nur aus sachlichen Gründen gehandelt hat; draußen in der Bürgerchaft aber glaubt man das nicht, dort glaubt man nicht, daß der Einfluß der Kaiserin und des Herrn von Mirbach ohne Wirkung auf die Entschlüsse der Verwaltung gewesen ist.

Nehmen Sie, nachdem die Auskunft des Magistrats sich als ungenügend erwiesen hat, unsern Antrag an!

Stadttr. Kämpfe: Ich muß der Behauptung von dem angeblichen Einfluß der Schritte des Herrn v. Mirbach bei mir entgegen treten. Herr Singer hat schon mit Recht betont, daß es dem Herzen der allerhöchsten Frau alle Ehre mache, wenn sie sich hier für den Vorstand bedient hat. Auch in dem Fall, daß die Bürgererschaft unsere Entschliessung nicht verstehen sollte, würde ich in mir ganz ruhig über meine Auffassung sein. (Stadttr. Singer: Das ist Geschmacksache!) Daß ich von dem als richtig Erkannten nicht abgehe und es durchführe, auch wenn Herr v. Mirbach zu derselben Ansicht gekommen ist, versteht sich doch von selbst. Ich werde also ruhig die Schritte der Bürgererschaft abwarten. (Stadttr. Singer: Wird Ihnen nicht vorschweben bleiben?)

Stadttr. Rosenow: Wir halten die zweiten Beschlässe der Waisenverwaltung für so schlecht, daß wir mit denselben nichts gemein haben wollen.

Stadttr. Matterno ist eigentlich für den Antrag Singer, verspricht sich aber von Ausschüßberatung sehr viel, denn in den anderen katholischen Waisenhäusern sehe es doch nicht viel anders aus. Eine fundamentale Aenderung des Systems der städtischen Waisenverwaltung müsse Platz greifen.

Stadttr. Meyer hält die Reden von Singer und Perls für abtrago gehalten. (Widerpruch.) Die arme Bürgererschaft müsse zu allem möglichen herhalten. Man brauche doch zunächst noch die fremden Institute; Sorge man vorerst dafür, daß wir sie nicht mehr brauchen, daß wir eigene städtische Einrichtungen dafür haben.

Stadttr. Fährndrich beantragt, alle drei Anträge dem Ausschüß zu überweisen.

Stadttr. Tollsdorf: Ich gehöre der Waisenverwaltung seit sechs Jahren an und habe dort erfreulicherweise auch manche Anerkennung für Reformvorschläge gefunden, die von mir ausgingen; aber es ist mir ganz unerklärlich, wie der erste Beschluß dort wieder umgestoßen werden konnte. Diese Umstosung ist nicht ohne energischen Protest der Minderheit erfolgt. Seit Jahren haben wir schon Klagen dort gehabt, über die Zustände in den katholischen Waisenhäusern in Potsdam und Moabit, über bedeutende Entlassungen usw. (Hört, hört!) Wir haben ja auch über diese Häuser keine ordentliche Kontrolle, höchstens eine einmalige im Jahre; und dann reden immer die Herren Prediger dahinter und machen uns Scherereien. Die Kinder sind in Privatpflege viel besser untergebracht, event. baue man doch eine städtische katholische Waisenanstalt! (Beifall.)

Stadttr. Hugo Sachs: Gerade diese Rede spricht für Ausschüßberatung. Der Magistrat hat zu uns noch nicht gesprochen. Was mit dem Knaben geschehen soll, darüber wissen wir nichts. Im Ausschüß werden wir erfahren, ob ein System vorliegt oder nicht. Der Entscheidung will ich nicht aus dem Wege gehen.

Stadttr. Singer: Es hat sich kein Moment gegen sofortige Fassung eines Beschlusses ergeben, dessen moralische Wirkung über den Einzelfall hinaus nicht ausbleiben wird. Meint Herr Meyer, es gehöre zur Sachlichkeit, daß erst einige Kinder tot geprügelt sind? Herr Matterno sucht den Kulturkampf wieder lebendig zu machen; dagegen müssen wir aufs entschiedenste protestieren. Uns ist es nicht gleichgültig, wenn in unserer Waisenverwaltung solche himmelschreiende Barbarei vorkommt.

Nachdem Stadttr. Matterno sich gegen Kulturkampfgeflüste verwahrt hat, wird Ausschüßberatung mit 48 gegen 35 Stimmen beschlossen.

Schluß 8 Uhr.

Der Bergarbeiterstreik in Belgien.

Der Vorstand des „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Vereins“ erklärt in der „Rhein-Westf. Arbeiter-Zeitung“ einen Aufruf an die deutschen Bergleute, in dem es heißt:

Mindestens dürfen jetzt, so lange der Streik in Belgien tobt, keine Uebersichten zur Erhöhung der Förderziffern auf den deutschen Kohlengruben verfahren werden. Die Werksbesitzer werden, um den belgischen Bedarf zu decken, noch mehr Uebersichten wie heute einlegen wollen. Jeder denkende Bergarbeiter muß sich weigern, die Uebersichten zu verfahren!!! Dazu hat er gesetzliches Recht, da kein Zwang zu Uebersichten (es seien denn Reparaturarbeiten) ausgeübt werden darf!

Deutsche Bergleute, helft Euren belgischen Brüdern, indem Ihr Euch weigert, mehr zu fördern! Helft nicht dem belgischen Kapital, welches die Arbeiter unterdrückt will. Es kommt die Zeit, dann haben die deutschen Bergleute die Hilfe der belgischen Kameraden notwendig. Also keine Uebersichten mehr! Weigert Euch einmütig, so lange der Streik in Belgien dauert! Das ist die wirksamste Hilfe für die belgischen Kameraden.

Dann auch geht schleunigst an die finanzielle Unterstützung der Streikenden. Jeder gebe für die Sache der Bergarbeiter nach Kräften. Wir sind gern bereit, Gaben in Empfang zu nehmen und sie den belgischen Kameraden zu übermitteln.

Deutsche Bergleute, thut Eure Pflicht. Seht, wie sich die Kapitalisten international unterstützen! Wollt Ihr Euch von dem Kapital beschämen lassen?

Der Streik hat in allen vier Kohlenrevieren an Ausdehnung zugenommen. Im Kohlenrevier von Charleroi streiken, den letzten Nachrichten zufolge, bereits etwa 18 000; im Borinage sind es jetzt auch schon mehrere Tausend; im Lütticher Becken ist die Lage ebenfalls bedeutend ernster geworden.

In der belgischen Kammer haben die sozialdemokratischen Abgeordneten eine Interpellation eingebracht, deren Diskussion bis zum heutigen Freitag verschoben ist. Die Sozialdemokraten wünschen die Vermittlung des „Arbeitsrats“. Was jetzt hat die Regierung kein anderes Hilfsmittel gewußt, als eine Menge Truppen nach dem Streikgebiet zu entsenden. Bisher konnten die Soldaten aber nicht in Aktion treten, da sich die Ausständigen vollkommen gesetzmäßig verhalten.

Die Streikenden hoffen, wie uns aus Brüssel geschrieben wird, daß der Streik nur von kurzer Dauer und siegreich für sie sein werde. Dafür spricht allerdings manches. Der Mangel an Kohlen macht sich bereits fühlbar. Eine Anzahl Glasbläsereien, Eisenwerke usw. müssen schon jetzt mit der Möglichkeit rechnen, ihre Betriebe stillsetzen zu lassen. Auch der Kohlenvorrat der Eisenbahnen wird bald aufgebraucht sein. Tritt dieser Mangel ein, dann würde die Kalamität innerhalb der belgischen Industrie eine sehr große werden und die ganze Bevölkerung in Mitleidenschaft ziehen.

Die deutschen Bergwerksbesitzer werden natürlich bestrebt sein, ihren belgischen Kollegen zu helfen; machen sie doch bei den Kohlenlieferungen noch ein gutes Geschäft. An den deutschen Bergleuten aber wird es sein, ihren kämpfenden Brüdern nicht in den Rücken zu fallen.

Am Donnerstagabend wird aus Charleroi telegraphiert:

Die Truppen versuchen heute eine Gruppe Ausständiger auszu-einander, weil sie versuchten, Arbeitswillige zum Ausstand zu bewegen. Die Zahl der Ausständigen ist hier auf 24 000 gestiegen. Die Glasfabriken haben nur noch für acht Tage, die Eisenwerke für zwei Tage Kohlenvorrat, und verschiedene der letzteren mühten bereits ihre Fabrikation einstellen. Man spricht von einer Eisenbahn-Linie, welche innerhalb einer Woche den Betrieb wegen Kohlenmangel einstellen muß. Die Kohlenverkäufer sind in größter Verlegenheit, da sie ihre Kunden nicht mehr bedienen können. Man glaubt, daß der Ausstand nächsten Sonnabend ein vollständiger sein wird. In Mons ist die Lage wenig

verändert. Der Ausstand wird erst morgen zur Geltung kommen, da alsdann die Arbeiter ihren Monatslohn empfangen werden. Im Mittelbecken zählt man jetzt 6000 Ausständige. In den Kohlenwerken von Anderlues hat die Verwaltung ein Manifest erlassen, worin sie den Arbeitern eine 10prozentige Lohnerhöhung vom 1. Mai ab anbietet. Augenblicklich wird in diesen Gruben noch voll gearbeitet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Töpfer Berlin und der Umgegend. Gemäß dem Beschluß der letzten Vertrauensmännerversammlung findet am Mittwoch, den 26. April, abends 6 Uhr, bei Scholz, Frankfurterstraße 74, eine öffentliche Versammlung der Töpfer Berlins statt. Diese Versammlung soll darüber entscheiden, ob für die Berliner Töpfer es zweckmäßig erscheint, in eine Lohnbewegung einzutreten. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Es sei ferner hervorgehoben, daß man auf vielen Bantzen unterlassen hat, einen Vertrauensmann zu wählen. Dies muß noch im Laufe dieser Woche geschehen, damit von den Bantzen die Berichte über die dort herrschenden Zustände, unter denen die Kollegen zu arbeiten gezwungen sind, an die Offenheit gelangen. Auch sei darauf hingewiesen, daß die Sammlungen zum Streifonds energischer betrieben werden müssen.

S. David, Vertrauensmann.

Deutsches Reich.

Die Former der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik in Rathenow befinden sich im Ausstand.

Genossen und Genossinnen! Es wird allen wohl in lebhafter Erinnerung sein, daß die organisierten Schuhmacher in Burg im Jahre 1894 gegen das vereinigte Unternehmertum in der Schuhwarenbranche einen heißen Kampf geführt haben, der leider mit einer Niederlage der Arbeiter sein Ende erreichte. Unsere jäheligen Gegner sind die Inhaber der allbekanntesten Firma Conrad Lad u. Cie., die Herren Alfred Zweig und Lad jun. und als Dritter im Bunde schließt sich der Direktor der Firma, ein Herr Raier, würdig an. Diese Herren bringen Unglaubliches fertig. Eine bloße Annahme dieser oder jener Arbeiter konnte organisiert sein, führt zur sofortigen Entlassung. Jede Zugehörigkeit zur Organisation ist während der letzten fünf Jahre streng verboten. Eine Anfrage seitens unseres Centralvorstandes in Rürnberg, ob die Herren nunmehr gewillt seien, außerhalb der Fabrik ihren Arbeitern in der Ausübung ihres Koalitionsrechts nicht mehr hinderlich zu sein, blieb unbeantwortet. Auch die abgeforderten Kommissionen des Ortsvereins wurden wiederholt mit diesem Eruchen abschlägig beschieden. Am 11. April machten wir auf alleseitigen Wunsch der hiesigen Schuhmacher nochmals den Versuch, den Gewaltigen näherzutreten, um zu ergründen, ob nicht doch die Herren bereit wären, die seit fünf Jahren gegen uns geführte rücksichtslose Kampfweise einzustellen. Alle die von uns in dieser Unterredung angewandten vernünftigen Vorschläge wurden verworfen. Entgegen wurde, daß die Herren in Bezug der Belämpfung der Schuhmacher-Organisation ihren Standpunkt in keiner Weise geändert hätten und sich dabei sehr wohl fühlten. Sie hätten ihren Arbeitern selbst einen Verein gegründet, und diese wären damit vollständig zufrieden. Der Verein, welcher von der Firma gegründet wurde, besteht nahezu 5 Jahre und ist jeder Arbeiter auch Arbeiterin verpflichtet, diesem anzugehören. Derjenige, welcher sich weigert, wird entlassen. Die Beiträge werden von den Wertmeistern am Montage jeder Woche eingezogen. Vorkühender ist der Chef der Fabrik. Was der Vorstand beabsichtigt, haben die Mitglieder einfach gutzuheißen. Auf unser Vorhalten, daß die Herren ihre Produkte in den Arbeiterzeitungen feil bieten, wurde uns geantwortet, das läge nicht an sie, sondern es seien die betreffenden Zeitungen selbst, welche um ihre Inserate bitten, da dieselben das Geld der Firma sehr gern verdienen, auch wäre es ihnen sehr gleichgültig, ob inseriert werde.

Auf unseren Hinweis, daß die Arbeiterschaft sich sehr überlegen werde, die Schuhwaren einer Fabrik zu kaufen, die so das Koalitionsrecht der Arbeiter mißachtet, wurde uns entgegnet: „Das können Sie uns nicht weis machen, früher haben wir auch einmal daran geglaubt, jetzt nicht mehr.“

Genossen und Freunde der Arbeiterbewegung, an Euch wenden wir uns in unserer Bedrängniß! Laßt es nicht geschehen, daß diese Herren der Firma Lad u. Co. recht behalten. Steht uns bei in diesem gegen die Organisation geführten Kampfe! Fort mit den Tausenden Schuhwaren! Wird in diesem Sinne gehandelt, werden wir den Fabrikanten begreiflich machen, daß der Verein deutscher Schuhmacher ein Recht hat zu existieren. Wir bitten alle Genossen und die Gewerkschaftskartelle, hierzu Stellung zu nehmen. Aus den Orten, in welchen die Firma Conrad Lad u. Cie. Geschäfte unterhält, erbitten wir Auskunft an folgende Adresse: Mag Kaschube, 1. Bevollmächtigter, Burg, Untere Hagen 14.

Alle Arbeiter-Zeitungen bitten wir um Abdruck.

Ueber den Ausstand der Krefelder Weber wird uns telegraphisch berichtet, daß nunmehr in 8 Fabriken, wo eine Verständigung mit den Arbeitern herbeigeführt ist, die Arbeit ausgenommen wurde. In 5 Fabriken wird der Ausstand aufrechterhalten und ist mithin noch weiter dringend die Unterstützung notwendig, um den Sieg zu einem vollständigen zu machen.

Die Lohnbewegung der Holzarbeiter. In Würzburg haben die Tischler und Wüldhauer über die Firma Willigheimer die Sperre verhängt.

Anfänglich des Holzarbeiter-Streiks in Fürth haben die Holzindustriellen einen neuen Lohnarif ausgearbeitet. Wenn dessen Annahme nicht erfolgt, soll eine allgemeine Aussperrung der Arbeiter erfolgen. In einer Holzarbeiter-Versammlung wurde angeregt, als Entgegnung hierauf die 54stündige Arbeitszeit zu fordern. Das wurde abgelehnt unter dem Hinweis darauf, daß der Streik ein Abwehrstreik sei, sollten aber die Unternehmer auf ihrem aggressiven Vorgehen beharren, so werde der Kampf auf der ganzen Linie entbrennen. Die am Streik nicht beteiligten Holzarbeiter verpflichteten sich, während der ganzen Dauer des Streiks wöchentliche Extrabeiträge zu leisten, und zwar die Unverheirateten 1 Mark, die Verheirateten 50 Pf.

In Hildesheim hat die Polizei-Direktion eine Bekanntmachung erlassen, in der im Hinweis auf den Tischlerstreik der § 153 der Gewerbeordnung in Erinnerung gebracht wird. Zum Schluß heißt es dann:

„Außerdem ist durch höchstgerichtliches Urteil anerkannt, daß das Streikpostenstreichen als grober Unfug zu bestrafen ist. Alle die es angeht, wollen sich hiernach gebührend richten.“

So einfach liegt die Sache nicht, wie die Polizei-Direktion annimmt. Es sind auch höchstgerichtliche Urteile vorhanden, die das Gegenteil besagen.

In Bielefeld hat der Streik einen günstigen Verlauf genommen und befinden sich noch 34 Mann im Ausstand.

In Offenbach a. M. haben die Tischler durch Vereinbarung mit den Unternehmern die gesetzmäßige Arbeitszeit, 7 Prozent Lohnerhöhung und einige weitere nicht unbedeutende Vergünstigungen erreicht.

Die Stuccateure in Stettin befinden sich wegen der ihnen angedrohten Lohnabzüge im Ausstand.

Die Maurer in Flensburg haben auf mehreren Bantzen die Arbeit eingestellt, um einen Stundenlohn von 40 Pf. durchzusetzen.

Die Errichtung eines Gewerbegerichts in Arnstadt ist von der Regierung mit der Begründung abgelehnt, daß die größeren Unternehmer vorher nicht gefragt worden seien.

Ausland.

Aus Prag wird gemeldet: In Georgenthal streiken über 200 Weber und Weberinnen. Sie verlangen Lohnerhöhung und Freizeigung des 1. Mai. — In der Bodenbacher Snopfabrik von Pächter streift eine Anzahl von Arbeitern, wodurch die Kündigung anderer notwendig geworden ist. Der Fabrikant will eine geringe Lohnerhöhung bewilligen, mit der die Arbeiter nicht einverstanden sind. — In Ringelsheim und Schönbach ist ein Bahnarbeiterstreik ausgebrochen. Verhandlungen zur Beilegung desselben sind im Zuge.

48 000 Italiener sollen bis Ende März bereits mit der Gotthardbahn in die Schweiz gekommen sein gegen 42 000 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Insgesamt betrug die Gesamtzahl der letzten Jahre mit der Gotthardbahn beförderten italienischen Arbeiter 58 000.

Die streikenden Erdarbeiter an der Elässer Bahnlinie bei Basel haben eine Lohnerhöhung erzielt und hierauf die Arbeit wieder aufgenommen.

Eine Konferenz der Metallarbeiter der Großindustrie in der Schweiz beschloß die Forderung eines Minimallohnes, die Abschaffung des Accordsystems, die Regelung des Lehrlingswesens, wofür die Industriellen in ihren Fabriken eigene Lehrlingswerkstätten einrichten sollen; die Arbeitszeit soll nicht mehr als drei Jahre betragen. Bezüglich der Arbeitszeit wurde beschloffen, für Einführung des gesetzlichen Jehnstundentages zu wirken und die Maschinenindustriellen in einer Eingabe zu ersuchen, mit dem Jahre 1900 den Neunstundentag einzuführen.

Sociales.

Die obligatorische Krankenversicherung der Hausindustriellen stellt sich ein Ruf nach dem Gewerbeberichters O. Weigert, der im letzten Hefte des Schmoller'schen Jahrbuchs für Gesetzgebung u. in Deutschen Reiches“ erschienen ist. Der Verfasser weist darin auf Grund statistischer Erhebungen des Gewerbegerichts nach, daß in der Hausindustrie die ungünstigsten Lohnverhältnisse bestehen. In Berlin und seinen Vororten werden rund 120 000 Hausindustrielle beschäftigt, deren Mehrzahl der Konfektion angehört; sämtliche Familienmitglieder würden zur Mitarbeit herangezogen und zwar oft in einer das zulässige Maß überschreitenden Weise: die tägliche Arbeitszeit betrage 14, meistens aber auch 18—20 Stunden! Dabei sei die Ernährung schlecht und unzureichend; sie bestehe größtenteils in minderwertigen Nahrungsmitteln, insbesondere Kartoffeln, und als „Stärkungsmittel“ oder „Erfrischungsgetränk“ diene eine „Brühe von Eichorien und dem kaffee ähnlichen Surrogaten“. Die durchgängig ungenügenden Wohnungen dienen gleichzeitig auch als Arbeits- und Schlafraum, als Küche, event. auch Krankenzimmer. Aus alledem zieht Verfasser den Schluß, daß die zwangsweise Versicherung der Hausindustriellen eine Notwendigkeit ist, die nicht dem Belieben einer jeden Kommune unterstellt werden darf, sondern entschieden durch Reichsgesetz einheitlich geregelt werden muß.

Mit den Erhebungen über die Lage der Kellner und Kellnerinnen durch die Reichskommission für Arbeiterstatistik beschäftigt sich ein Artikel von Arthur Cohen in München in der „Soz. Pr.“ Er vermischt in der Unterredung namentlich eine genügende Scheidung zwischen den „Anmierksneipen und den Betrieben mit reeller Kellnerinnenbediening. Er warnt nachdrücklich davor, daß man in der Absicht, die Stillschließung der Kellnerinnen (erwachsenen Personen, die auf anständige Weise ihr Brot verdienen) zu fördern, das Wohnen der Kellnerinnen beim Arbeitgeber vorschreibe; dadurch würde man nur dem Unternehmertum, das natürlich ein Interesse daran hat, die Arbeiter möglichst in Abhängigkeit zu erhalten, Vorkampfdienste leisten.

Also man trenne, wenn man zur gesetzlichen Regelung schreitet, die Anmierksneipen vom Kapitel Kellnerinnen! Die Anmierksneipen seien Gegenstand der Polizeigesetzgebung. Beim Kapitel Kellnerinnen aber verberge man nicht, daß es sich um die Ausarbeitung eines Arbeiteraus-Gesetzes handelt und nicht um ein Gesetz zur Bevormundung einer Klasse von Arbeitern.

Zur Vervollständigung der Erhebung hält er noch folgendes für erforderlich:

1. Es hätte eine Umfrage bei den Regierungen der Einzelstaaten stattzufinden, ob beziehungsweise in welchem Umfange auch solche Kellnerinnen, die keine häuslichen Dienste zu verrichten haben, von den Verwaltungsbehörden noch als Dienstboten angesehen werden und daher ein Dienstbuch führen müssen.

2. Es wären die Erfahrungen festzustellen, die man in den Kantonen der Schweiz, wo Gesetze zum Schutze der Kellner und Kellnerinnen oder nur letzterer bereits bestehen, damit gemacht hat. Dies wäre nun allerdings Sache eines ständigen Arbeitsamtes, nicht einer bloßen Kommission.

Arbeiterstift. Bei einer Dampfessel-Explosion in Rosenhal (Neuch) kamen am Donnerstag früh 7 Personen ums Leben. — In Senftenberg wurde am Sonnabend ein Güterbodenarbeiter von den Puffern zweier Lokomotiven erdrückt, zwischen die er geraten war, und in der Grube Viktoria zwei Bergleute durch niedergehende Erdmassen verschüttet. Sie konnten nur als Leichen hervorgezogen werden. — In Drossen, gleichfalls in N.-O. Frankfurt a. O., wurde am Sonnabend ebenfalls ein Bergmann in einer Braunkohlengrube getötet. — Auf einem Dominium bei Rensdorf O.S. fielen am Sonnabend zwei Arbeiter in ein mit tosender Schlempe angefülltes Wassin. Einer starb nach wenigen Stunden, der andere verdrühte sich am Unterkörper derart, daß ihm die Haut vom Körper fiel.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Geestemünde, 20. April. (W. T. B.) Der hier angelommene Lloyd-Dampfer „Vonn“ rettete bei schwerem Wetter auf dem Atlantischen Ocean die 10 Mann starke, völlig erschöpfte Mannschaft der im Sinken begriffenen norwegischen Bark „Triumph“.

Bozen, 20. April. (W. T. B.) In voriger Nacht fanden im Eisadithal, unweit von Glunau, große Eisrutschungen statt, wodurch die Bahngelände an vielen Stellen verschüttet wurden.

Paris, 20. April. (W. T. B.) Im Ministerrat teilte der Kriegsminister seinen Kollegen einen Brief mit, welchen er von Biquart erhalten hat und worin dieser ihn ersucht, eine Untersuchung einzuleiten über die Nachenschaften des Generals Gouze, des Obersten Path de Clam und des Personals des Nachrichtenbureaus, sowie über die Nachenschaften anderer Personen gegen ihn und seine Anstrengungen, Esterhazy als Verräter zu entlarven. Biquart zählt die Nachenschaften der Reihe nach auf und spricht die Hoffnung aus, der Kriegsminister werde im Interesse der Wahrheit sein Gesuch annehmen.

Paris, 20. April. (W. T. B.) Die „Agence Havas“ nimmt von den im Justizpalast beharrlich sich behauptenden Gerüchten Notiz, daß die Mehrzahl der Räte des Kassationshofes der Revision des Dreyfus-Prozesses feindsich zu sein scheine und zwar entsprechend der Ansicht des Berichterstatters. Es würde sich dann nur um die Entscheidung der Frage betreffen die Annulierung des Urteils des Kriegsgerichts wegen Angefährlichkeit handeln.

Paris, 20. April. (W. T. B.) Der russische Kaiser, Mitglied der Akademie, ist heute infolge von Influenza gestorben.

Madrid, 20. April. (W. T. B.) Der Papst hat ein Rundschreiben an die Bischöfe erlassen, in dem er dieselben auffordert, keine revolutionären Bemühungen der Karlisten zu unterstützen.

Petersburg, 20. April. (W. T. B.) Da festgestellt worden ist, daß die Studentenbewegung von russischen Socialdemokraten unterstützt wurde, ordnete die Regierung eine scharfe Ueberwachung der letzteren an, sowie die Errichtung von 160 neuen Polizeiamtern in den Fabrikschaften.

Reichstag.

70. Sitzung, Donnerstag, 20. April 1899, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowski. Der Abg. Schlager (Bayr. Bauernbund) hat sein Mandat niedergelegt.

Die erste Beratung der Gewerbenovelle in Verbindung mit den Anträgen des Abg. Hehl zu Herrnsheim (nass.) und des Abg. Baffermann (nass.) wird fortgesetzt.

Abg. Hige (C.):

Der Antrag des Abg. Baffermann, betr. die Gleichstellung der Techniker mit den kaufmännischen Angestellten in Bezug auf die Kündigungsfrist, dürfte in seiner Ausführung wohl schwerlich auf Schwierigkeiten stoßen. Wir können ihm daher nur zustimmen. Die Anträge des Abg. v. Hehl begründen wir als einen kräftigen Schritt zur Vereinfachung der lang empfundenen Mißstände in der Hausindustrie. Doch dürfte sie nicht durchweg so einfach in der Praxis auszuführen sein. Wir müssen unterscheiden zwischen den Hausindustrien, die nur rüchständigen Formen der Produktion darstellen, und denen, die die normale Art der betreffenden Produktion sind. Beide Arten müssen durchaus verschieden behandelt werden, und es ist sehr fraglich, ob wir da überhaupt eine einheitliche gesetzgeberische Norm finden können. Das beste dürfte daher wohl sein, daß wir in der Kommission den Weg der Resolution beschreiten und die nähere Ausführung den verbündeten Regierungen überlassen. Was die Regelung der Lage der Schantwirtschafts-Angestellten betrifft, so wollen wir da den Vorschlägen der Kommission für Arbeiterstatistik nicht vorgehen.

Die Regierungsvorlage selbst hat unsere volle Billigung. Es ist selbstverständlich, daß wir uns principiell auf den Standpunkt derselben stellen. Freilich, einige Einwendungen kann man auch hier machen. Das schlimmste, das alle socialpolitischen Maßnahmen an sich haben, hat auch diese Vorlage: die Schablone. Man kann eben nicht genügend differenzieren. So geht uns auch diese Vorlage zum Teil zu weit, zum Teil nicht weit genug. Die zehnstündige Mindestruhezeit für Ladenangestellte nimmt zu wenig Rücksicht auf die durch den Ort und die Branche bedingten Verschiedenheiten; ja, man hat schließlich gegen sie dieselben Bedenken geltend machen, wie gegen den allgemeinen Schluß-Ladenabschluß. Die einheitliche Festsetzung der Mittagspause kann zu großen Schwierigkeiten führen. Man denke z. B. an die Kolonialwaren-Geschäfte in kleinen Städten. Eine solche einheitliche Regelung ist überhaupt nur durchführbar, wo der Betrieb sehr intensiv ist und das ist in den größeren Städten der Fall.

Eine besondere Kategorie von Angestellten möchte ich der Aufmerksamkeit der Kommission empfehlen: das sind die Schreiber und Bureaubedienstete der Rechtsanwalte und bei den Gerichten. Kollege Trimborn hat mir da ein umfangreiches Material zur Verfügung gestellt. Es wäre sehr zu wünschen, daß auch Bestimmungen, die sich mit der Lage dieser Leute beschäftigen, in das Gesetz hinein-gearbeitet werden.

Mit der Ausdehnung der Konzessionspflicht auf die Gewerbenvermieter bin ich ganz einverstanden. Die weiteren Ausführungen des Redners werden zunehmend unverständlich. Er schließt mit dem Wunsche, daß die Vorlage noch in diesem Jahre Gesetz werden möge. Er rechnet dabei auf die Unterstützung der Herren Socialdemokraten, die hoffentlich nicht zu viel Schwierigkeiten machen werden.

Abg. Lenzmann (fr. Sp.):

Die Regierungsvorlage zeigt wie die meisten der Neuzeit, namentlich auf socialpolitischem Gebiet, ein doppeltes Gesicht: ein socialpolitisches und ein polizeilich-schlechtes. Eine ganze Reihe Bestimmungen der Novelle können wir mit Freuden begrüßen, so die Einrichtung von Arbeitsbüchern und Lohnzetteln. Ich glaube allerdings, daß vielfach Lohnstreitigkeiten vermieden werden, wenn die Gewerbetreibenden gezwungen werden, ihre vertragsmäßigen Arbeitsbestimmungen schriftlich zu formulieren. Nur darf es dem Bundesrat nicht überlassen werden, über die Notwendigkeit dieser Arbeitsbücher zu entscheiden. Man muß sie entweder für alle Gewerbe obligatorisch machen — und ich glaube durchaus nicht, daß dies in irgend einem Falle eine zu große Belastung der Prinzipale bedeuten würde — oder man sollte wenigstens im Gesetz die Gewerbe festlegen, bei denen nach den gemachten Erfahrungen eine solche Bestimmung notwendig ist. Erstreckt bin ich auch über die Maßregeln zu Gunsten der Handlungsgehilfen und Lehrlinge. Die Lage dieser Angestellten gegenüber den Prinzipalen ist eine geradezu unerträgliche geworden. Ich gebe dem Herrn Staatssekretär zu, daß dieses Gebiet ein so schwieriges ist, daß man da mit kleinen Anfängen beginnen muß und nicht von vornherein alle Wünsche erfüllen kann. Demzufolge belege ich es durchaus nicht, daß man zunächst sich mit der zehnstündigen Ruhezeit begnügt hat, obgleich ich der Ansicht bin, daß diese einer vierzehnstündigen Arbeitszeit entsprechen wird, die ich natürlich für zu lang halte.

Aber ich betrachte diese zehnstündige Ruhezeit nur als Abschlagszahlung, die Verzögerung der Arbeitszeit wird sich dann später von selbst ergeben. Für völlig verfehlt halte ich aber die Bestimmung, daß eine angemessene Mittagspause für diejenigen eingeführt werden soll, die im Hause des Prinzipals beschäftigt werden. Wer soll denn beurteilen, welche Dauer für diese Pause „angemessen“ ist, die Polizei, der Prinzipal oder vielleicht der Bundesrat? Für diese Mittagspause halte ich gar keine gesetzliche Bestimmung für nötig, denn der Prinzipal kann die Leute doch nicht vom Tisch jagen, bevor sie satt sind! (Lachen bei den Socialdemokraten.) Dagegen halte ich die ein-stündige Mittagspause für Angestellte, die nicht im Hause des Prinzipals beschäftigt werden, für zu kurz, und sie muß ersetzt werden durch die zweistündige Pause. Die Regelung der Frage des Ladenabschlusses halte ich im Interesse der Angestellten für äußerst wünschenswert, es muß aber dafür gesorgt werden, daß auch die Interessen des Publikums dabei berücksichtigt werden. Es darf dem Arbeiter nicht unmöglich gemacht werden, persönlich nach Schluß seiner Arbeitszeit noch Einkäufe zu besorgen. Die Interessen der Angestellten und des Publikums müssen also gleichmäßig berücksichtigt werden. Die Regelung der Frage im Wege der Vorlage halte ich vorläufig für durchaus praktisch, es muß nur in dem Gesetz klar ausgedrückt sein, daß nur die Geschäftsinhaber einer bestimmten Branche innerhalb derselben über die Frage des Ladenabschlusses zu entscheiden haben und nicht etwa auch ihre Entscheidung für andere Geschäftszweige gilt. Ueberhaupt muß bei all diesen Einzelbestimmungen mit größter Vorsicht vorgegangen werden. Es kommt oft vor, daß Polizei-Verordnungen, die aus ganz humanen Gesichtspunkten erlassen sind, sich als durchaus zweckwidrig erweisen. So war durch Polizei-Verordnung im Ruhrgebiet der Verkauf von Schnaps vor 8 Uhr morgens verboten. Dies hatte aber nur zur Folge, daß die Bergarbeiter, die bei ihrer schweren Nacharbeit unbedingt den Schnaps zur Erholung brauchen, diesen am Abend einlieferten, dann schon gegen 12 Uhr damit fertig waren und so allmählich immer größere Quantitäten Schnaps mitnahmen. — Den Wunsch des Abg. Baffermann nach Handels-Inspektoren teile ich nicht.

Für ganz verunglückt halte ich folgende Bestimmung: „Der Landesgesetzgebung bleibt vorbehalten, die fernere Benutzung bestehender und die Anlage neuer Privatstärkerien in solchen Orten, für welche öffentliche Schlachthäuser in genügendem Umfange vorhanden sind oder errichtet werden, zu untersagen.“ Statt „für welche“ muß es heißen „in welchen“, denn es kommt vor, daß eine Gemeinde einer anderen vertragsmäßig die Mitbenutzung ihres öffentlichen Schlachthauses überläßt und in einem solchen Falle würden die Schlächter des einen Dorfes einen un-verhältnismäßig langen Weg zu dem gemeinsamen öffentlichen Schlachthaus haben. — Auf dem Gebiete der Stellenvermittlung sind gewiß Mißstände vorhanden, man hätte sie aber auf andere

Weise beseitigen müssen, als durch den Konzessionszwang, der im Gesetz vorgesehen ist. Man hätte sagen sollen, derjenige verliert die Berechtigung zur Stellenvermittlung, der wegen bestimmter Delikte bestraft ist. Bei dem Betriebe des Hausgewerbes haben wir eine solche Bestimmung schon. Es ist gestern schon von den Theater-agenten gesprochen worden, die man ja auch unter die Stellenvermittler rechnet. Es besteht sogar eine preussische Ministerialverordnung, wonach für die Künstler eine Art Gewerbebuch ausgestellt werden muß, in dem ihr Rationale verzeichnet ist. Sehr angefehene Theateragenten sind schon bestraft worden, weil sie das Alter einer Schauspielerin nicht richtig angegeben hatten. Als unterscheidender Maßstab muß durchaus das Institut dienen, für welches die Agenten Kräfte engagieren. Die Vorlage darf sich lediglich gegen die Theateragenten für die niederen Theatergattungen, die Zingeltangel usw. richten. — Mit dem socialdemokratischen Vorschlag, daß von den Prinzipalen und nicht den Angestellten die Gebühren für Stellenvermittlung erhoben werden, bin ich ganz einverstanden. In diesen Bestimmungen über die Stellenvermittlung bleibt auch wieder der agrarische Pferdeschuh durch. Es liegt den Herren vor allem daran, den ländlichen Arbeitern im Osten des Stellenfinden zu erschweren. (Widerspruch rechts.) Herr v. Wangenheim meinte neulich, er wüßte nicht, wie gerade ein Rechtsanwalt dazu käme, von agrarischer Habgier zu reden. Ich weiß nicht, ob er gemeint hat, ein Rechtsanwalt verstehe von agrarischen Dingen nichts, oder ob er dem Rechtsanwaltsstande den Vorwurf der Habgier machen wollte. Das muß ich ganz entschieden zurückweisen. Sie, meine Herren (nach rechts), verlangen stets und wir haben noch nie etwas verlangt. (Lärm rechts. Der Präsident Graf Ballestrem erhebt den Redner bei der Sache zu bleiben.) Ich will nur noch das eine bemerken, daß, wenn Herr v. Wangenheim habgierige Rechtsanwalte kennen gelernt hat, das jedenfalls daran liegt, daß er mit demokratischen Anwälten nicht verkehrt. (Lärm rechts, zahlreiche Jurufe. Der Präsident erhebt die Abgeordneten, den Redner nicht zu unterbrechen.)

Die Anträge des Herrn v. Hehl zu Herrnsheim sind gestern, wie ich angeben muß, von Herrn v. Stumm ganz richtig widerlegt worden. Gegen die Anträge des Herrn Baffermann habe auch ich nichts einzuwenden. Ich bin damit einverstanden, daß die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern gelangt und hoffe, daß sie in wesentlich verbesserter Gestalt aus der Kommissionsberatung herauskommt wird, dann wird sie uns als Jubiläum-Novelle willkommen sein.

Abg. Nische (würtl.):

Mit der Konzessionspflicht für Gewerbenvermieter will man eine Umkehrung der bisherigen Zustände erzielen. An Stelle der Nachprüfung soll die Vorprüfung treten. Doch fürchte ich, daß sich dadurch nichts gebessert werden, da eine genaue Prüfung durch die überlasteten Polizei-Organen nicht stattfinden kann. Die Uebelstände gerade auf diesem Gebiete werden ich keineswegs. Ich hoffe aber, daß sie immer mehr zur Einrichtung paritätischer Arbeitsnachweise führen werden. Es fragt sich nun, ob auch diese gemeinnützigen Stellenvermittlungen konzessionspflichtig sein sollen. Das Bedenkliche an jeder Konzessionspflicht ist die damit verbundene Willkür der konzessionierenden Behörden.

Die Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln für die Konzessions- und Wäckerbranche kann ich nur beifürworten. Sie würde eine wesentliche Verbesserung bedeuten. Doch all dergleichen Einzelheiten müssen noch ausführlicher in der Kommission behandelt werden. Die Notwendigkeit des Schutzes der Konzessionsarbeiterinnen wird ja von niemand mehr bestritten. Es handelt sich nur um das Wie. Die vorgeschlagenen Maßregeln scheinen mir nicht praktisch, da jede Möglichkeit der Kontrolle darüber fehlen würde, wie lange diese oder jene häusliche Arbeit dauert, sowie ob die betreffende Arbeiterin nicht von mehreren Unternehmern sich hat Arbeit geben lassen. Ich glaube, da kann nur die Selbsthilfe energisch eingreifen. Und zu dem Zweck ist wieder einmal die Erweiterung der Koalitionsfreiheit notwendig, die Hinwegnahme aller einschränkenden Bestimmungen. Insbesondere möchte auch der Ausschluß von Frauen aus politischen Vereinen endlich beseitigt werden.

Sehr erfreulich ist es, daß der Antrag Hehl wieder einmal die Frage der Hausindustrie aufs Tapet gebracht hat. Freilich dürfte die damit zusammenhängende Definition des Begriffs Werkstätte schwerlich ausreichen. In Bezug auf die Gastwirtsgehilfen bin ich mit Herrn Hige der Ansicht, daß wir erst einmal abwarten sollen, was die Kommission für Arbeiterstatistik uns bringt. Die Bestimmungen über die offenen Verkaufsgeschäfte bringen nicht nur einen Schutz der Gehilfen, sondern auch der Vester. Eine Ruhezeit von 10 Stunden für die Gehilfen ist in der That das allerbeste. Man könnte eine solche Mindestruhezeit ohne weiteres für alle Arbeiterkategorien festsetzen. Specialisiert man aber, wie das die Vorlage thut, so muß man für gewisse Kategorien noch einen Schritt weiter gehen. So ist für die intensive Arbeitszeit in den großen Städten diese Ruhezeit zu knapp bemessen. Die Mittagspause von einer Stunde dürfte sich auch als unpraktisch erweisen, weil die Angestellten da nicht die genügende Zeit haben, um sich zu entspannendem Preise ein Mittagessen zu besorgen. Die Lokale in der Nähe des Geschäfts sind vielleicht alle zu teuer. Es wäre daher vielleicht folgender Ausweg zu empfehlen: Man setzt eine elfstündige Ruhezeit fest, ermächtigt aber die Prinzipale, sie auf zehn Stunden zu ermäßigen, wenn sie eine zweistündige Mittagspause gewähren.

Zum Schluß will ich noch eine alte Forderung wieder vorbringen: die Einstellung weiblicher Gewerbe-Inspektoren; besonders für das Konzessionsgewerbe ist sie unerlässlich. (Beifall links.)

Abg. Freiherr Hehl zu Herrnsheim (nass.):

Und war es ernstlich darum zu thun, die Lage der Heimarbeiter zu bessern. Es ist für uns natürlich außerordentlich schwierig, positive Vorschläge zu machen, da uns nicht der große Hilfsapparat zur Verfügung steht, wie der Regierung. Auch leiden wir unter dem Uebelstande, daß unsere Reden nicht in dem Maße der Öffentlichkeit übergeben werden, wie die der Regierungsvertreter. Die Herren Korrespondenten auf der Journalistentribüne geben unsere Reden nicht wieder, wie wir sie halten, sondern wie sie wünschen, daß wir sie halten. (Heiterkeit.) Auch habe ich keine große Presse hinter mir; die Presse der Großindustrie ist mir keineswegs freundlich gesonnen. Die Herren Socialdemokraten lassen in ihren Zeitungen ihre Reden in vollen Umfang wiedergeben. Bei Rednern, die nicht zu ihrer Partei gehören, besorgen sie nicht die gleiche Praxis. Dazu kommt, daß die Herren Korrespondenten hauptsächlich auch beim besten Willen nicht immer dem Redner gerecht werden können, da sie ihn wegen der mangelhaften Klusit auf den einzelnen Wägen mehr oder weniger schlecht verstehen. Man hat uns vorgeworfen, daß wir uns englische, amerikanische und japanische Gesetze zum Vorbild genommen hätten, auf die deutsche Verhältnisse gar nicht paßten. Wir haben uns im wesentlichen aber nur an die Bestimmungen der schweizerischen Gesetze angelehnt, die für uns sehr wohl vorbildlich sein können. Unsere Vorschläge gehen auf die Initiative von durchaus sachverständigen und ruhigen Männern zurück, die wirklich socialpolitischen Verständnis haben. Der Herr Staatssekretär hat gemeint, wenn man unsere Vorschläge durchführen wollte, so ständen wir bereits mitten im Zukunftsstaate. Ich muß seiner Kritik gegenüber unsere Reformvorschlüge in allen Punkten aufrecht erhalten, so besonders bezüglich der Ausdehnung der Sonntagruhe. Der Herr Staatssekretär hat dann weiter, was ich außerordentlich bedauern habe, uns verspottet, daß wir jedem ein Huhn in den Topf geben wollten. Aber wer die Mißbräuche kennt, die in der Ernährung der Arbeiterinnen durch die Zwischenmeister geschehen, wie sie mit schlechtem Kaffee und Brot abgesetzt und ganz unzureichend ernährt werden, der wird begreifen, wenn wir dagegen etwas auf dem Wege der Gesetzgebung thun wollen, wenn wir die Zwischenmeister durch Staatsorgane kontrollieren lassen wollen, daß sie, so-

weit sie ihre Arbeiterinnen in Kost haben, für ausreichende und gesunde Nahrung für sie sorgen. Derartige Angriffe, wie sie der Herr Staatssekretär gegen uns gerichtet hat, die uns als unpraktische Schwärmer hinstellen wollen, erschweren in Verbindung mit der unzureichenden Berichterstattung über unsere Reden unsere Stellung den Freunden im Lande gegenüber. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Herr v. Stumm hat unferen Anträgen gegenüber seine Befürchtungen offensichtlich übertrieben. Ich mache ihn z. B. darauf aufmerksam, daß die Bestimmungen über das Verbot des Trudhsystems schon ein Vorbild für unseren Antrag enthalten. Ich hoffe, es wird auf Grundlage unserer Entwurfsge-lungen, die Mißstände in der Hausindustrie zu beseitigen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Graf Posadowski:

Mit den heutigen Ausführungen des Herrn Abgeordneten bin ich insofern ganz einverstanden, als er gesagt hat, seine Anträge sollten nur als Grundlage für die weitere Beratung dienen. Ich will sehr wohl, daß die Kontrolle jetzt nicht hinreichend ist. Daher habe ich ausdrücklich dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Zahl der Gewerbe-Inspektoren vermehrt werde. Ich habe die Mißstände nicht bestritten, ich habe nur gesagt, daß wir den Kampf mit geeigneten Mitteln aufnehmen müssen; und als solche kann ich die Vorschläge des Herrn Abg. Hehl nicht anerkennen.

Abg. Naab (nass.):

Der Herr Lenzmann sagte: die Rechtsanwalte fordern nichts. Ja, sie haben ja für sich längst einen Antrag häufig durchgeführt (Heiterkeit), nämlich einen bestimmten und festen Preis für ihr Gewerbe festgesetzt.

Mit der Vorlage bin ich im wesentlichen einverstanden. Sehr nach Wunsch ist mir die Einführung der Konzessionspflicht für Gewerbenvermieter. Die Vorschriften über die Konzessionsarbeiterinnen sind eine durchaus notwendige Ergänzung der bereits für sie er-lassenen Schutzvorschriften. Zu der Handlungsgehilfenfrage will ich bemerken, daß der späte Schluß der Postbestellung, 8 Uhr, schuld daran ist, daß die kaufmännischen Angestellten so spät beschäftigt werden. Wenn die Post die letzte Bestellung bereits um 6 Uhr machen würde, so wäre diesem Uebelstand ein Ende gemacht. Redner tritt sodann für die Einschränkung der Beschä-tigung weiblicher Personen in kaufmännischen Geschäften ein. Die Handlungsgehilfen haben bisher jedes Uebelwerden der Socialdemokratie jurisdigewiesen. Es ist daher zu wünschen, daß die Regierung für sie warm eintritt und es ihnen leicht macht, sich ihre nationale Begeisterung zu bewahren.

In übrigen möchte ich empfehlen, daß die Bestimmungen über die Arbeitszeit auch auf die Konsumvereine Anwendung finden, und daß so die Reichsgesetzgebung dafür sorgt, daß auch in den socialdemokratischen Konsum-vereinen endlich menschenwürdige Zustände zu herrschen beginnen. (Lachen.)

Abg. Nebel (C.):

Bei dieser Vorlage wird, wie ich glaube, ebenso wenig heraus-kommen, wie bei früheren dieser Art. Es sind zwar in der Debatte eine Anzahl Redner aufgetreten, die einen ernsten Willen zu social-politischen Maßnahmen bekundeten. Aber es sind dabei so viel Meinungsverschiedenheiten zu Tage getreten, daß ich meinerseits glaube, daß auch diesmal dasselbe geschehen wird wie sonst: daß ein Gesetz zu Stande kommt, daß in seiner Voll-heit nirgends genügt. Das ist ja eben der Fluch unseres ganzen Parlamentarismus, daß er für eine Gesetzgebung im großen Stille unfähig geworden ist, und dies nicht nur von seiten des Parlaments, sondern auch von seiten der Regierung. Es giebt keine feste Majorität, die konsequent nach einem bestimmten Ziele hinstrebt. Alles, was überhaupt geschieht, kann nur durch beständige Kompromisse auf allen Seiten erlangt werden. Es ist daher kein Wunder, wenn sich stets das nämliche Schauspiel zeigt: Wenn eine Vorlage erst kurze Zeit Gesetz geworden ist, dann sind schon an allen Ecken und Enden wieder Verbesserungen nötig. Nun gilt es zwar bei uns als ein Zeichen staatsmännischer Weisheit: daß man nur dann vorgeht, wenn ge-wisse Änderungen absolut unvermeidlich geworden sind. Ich kann aber darin beim besten Willen nichts Staatsmännisches erblicken.

Es wäre mir interessant zu erfahren, von welchen Gesichtspunkten eigentlich die Regierung ausgegangen ist, da sie uns gerade mit dieser Vorlage kam. Sie hätte nämlich ebenso gut von allen möglichen anderen ausgehen können und wäre dann auch zu anderen Entwürfen gekommen. Es fehlt nämlich überall, und es ist daher ganz willkürlich, daß man da einige kleine Punkte herausgreift.

Ich glaube aber, ich habe nicht unrecht, wenn ich sage: es ist wesentlich eine Frage, die dazu beigetragen hat, daß gerade dieser Entwurf zu Stande kam. Die anderen Punkte sind nur so angehängt worden, weil man mit dem einen allein nicht kommen wollte; man fürchtete wohl, zu sehr eine realistische Tendenz zu zeigen. Dieser eine Punkt betrifft die Stellenvermittlung. Die Regierung hat da offenbar dem Drängen von agrarischer Seite nachgeben wollen, für die die Frage der Gewerbe-vermittlung von der größten Bedeutung ist.

Nun, es fällt mir nicht ein, die öffentlichen Mißstände im Vermittlungswesen irgendwie beseitigen zu wollen. Aber die Art, wie man sie abstellen will, stellt keine Lösung der Frage dar. Der Entwurf zeigt, daß die Erlaubnis zum Betrieb des Gewerbes eines Gewerbenvermieters von dem Nachweis des Bedürfnisses ab-hängig gemacht werden soll. Das können wir unter keinen Um-ständen zugeben. Gewiß sind wir ganz bereit, die großen jetzt bestehenden Uebelstände zu beseitigen. Ich behaupte aber, daß dies bereits jetzt bis zu einem gewissen Grade möglich ist. Der § 138 der Gewerbe-Ordnung giebt bereits jetzt den Behörden an die Hand, einem Gewerbenvermieter das Gewerbe zu entziehen, wenn er sich als unzulänglich erwiesen hat. Wenn es daher der Regierung ernst ist um die Beseitigung jener Mißstände, so hat sie auch heute schon die Möglich-keit dazu. Der Ausdeutung der Stellenfindenden durch die Stellen-vermittler ist durch Maßnahmen, wie sie hier beliebt werden, nicht beizukommen. Die Hamburger Regierung, die bereits 1893 eine Specialverordnung dagegen erließ, hat das erfahren müssen. Es ist eben bewiesen, daß gerade in Bezug auf das Stellenvermittlungs-system unser Staat ganz andere Mittel und Wege ergreifen muß.

Wir wären auch Maßregeln gegen die Theateragenten sym-pathisch, denn auch in ihrem Geschäftsbetriebe sind arge Mißstände vorhanden. In der Beurteilung dieser Leute muß ich mich gegen die Herren Baffermann und Lenzmann erklären. Der Unterschied innerhalb der Theateragenten zwischen solchen Agenten, die für die großen Theater Künstler engagieren, und den Zingeltangel-Agenten kann nicht gemacht werden. Die Zustände, die auch auf diesem Gebiet des Arbeitsnachweises bestehen, sind ungeheuerliche. Ich will Ihnen nur einen einzigen Fall vorbringen, der mir kürzlich von einer Berliner Künstlerin mitgeteilt wurde. Die Dame sollte an das Theater einer großen rheinischen Stadt engagiert werden. Vorher sollte sie einen Revers unterschreiben, wonach sie 5 Proz. ihres Gesamteinkommens — vom Gastspieleinkommen 10 Proz. — innerhalb der ganzen Zeit ihres Engagements in monatlichen Raten an den Agenten zu zahlen hatte. Die Direktion hatte das Recht, ihr diese Prozente allmonatlich von ihrer Gage einzubehalten, also quasi für den Agenten den Kaffierer zu machen. Giebt sie das Engagement an und nimmt innerhalb sechs Monaten ein neues Engagement ein, das ihr durch einen Konkurrenten des früheren Agenten besorgt ist, so hat sie trotzdem die 5 Proz. an den ersten Agenten auch weiter zu zahlen. Wird das Engagement auf die nächste Saison ausgedehnt, so hat sie 3 Proz. in monatlichen Raten zu zahlen. Das ist die Sklaverei in reiner Form! (Sehr richtig!) Schon vor 8 Jahren hat mein Parteigenosse Reichhaus Ihnen eine ganze Reihe solcher Verträge vorgelegt. Man gab sich damals im Reich der Künstler der Kon-

nung hin, daß endlich einmal etwas gegen dies Unwesen geordnet würde, bis jetzt ist aber nichts geordnet. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, daß die meisten unserer Theaterdame gezwungen sind, sich außerhalb ihres Berufs die nötigen Mittel zu verschaffen. Also auch nach dieser Richtung hin müssen eine Reihe von Bestimmungen in das Gesetz kommen.

Mit den Bestimmungen zum Schutz der Konfektionsarbeiter, der Kaufleute u. s. w. sind wir natürlich einverstanden. Aber auch in anderen Gewerben, im Gastwirts- gewerbe, im Verlehrs- u. s. w. bestehen ganz ähnliche Mißstände. Daher muß die Bestimmung, daß dieselben Maßnahmen für andere Gewerbe, in denen gleiche Mißstände bestehen, gelten sollen, unbedingt in das Gesetz stehen bleiben.

Ich komme nun zu § 137a, der die Hausarbeit betrifft. Dieser Paragraph ist unmöglich, weil er undurchführbar ist. Das hat die Regierung aber in den Motiven mit klaren Worten ausgesprochen. Man will sich mit dem Bewußtsein Genüge leisten, daß man das Gute gewollt habe. Den Verfasser dieses Paragraphen sollte man in ein Tollhaus stecken. (Heiterkeit.) Das einzige Mittel, das die Mißstände der Hausarbeit wirklich beseitigt, ist nur die gänzliche allmähliche Beseitigung der Hausarbeit. (Sehr richtig! links.) Das will aber die Regierung nicht, eine solche Maßregel soll das Gewerbe schädigen. Ich fordere Sie auf, mir ein einziges Gewerbe irgend eines Landes zu nennen, das durch Arbeiterbeschützungsmaßnahmen ruiniert worden wäre. Das gerade Gegenteil ist stets eingetroffen.

In kurzer Zeit haben es stets Industrie und Gewerbe verstanden, sich den Arbeiterbeschützungsmaßnahmen anzubehalten. Es ist mehrfach auf das Gesetz im Ranton Jülich hingewiesen worden. Dies Gesetz ist 1894 durch Volksabstimmung angenommen. Das bedeutet noch etwas ganz anderes, als wenn hier im Reichstag ein solches Gesetz angenommen würde, wenn hier auch die Edeln der Nation anwesend sind. (Heiterkeit.) Ich frage damals einen Fabrikinspektor im Ranton Jülich, was das Gesetz für Aussichten habe, und er meinte, es werde durchkommen, denn die Bevölkerung habe an eigenen Leiden die großen gesundheitlichen Nachteile der Hausarbeit erfahren. Das Gesetz ist denn auch mit einer Mehrheit vom Volke angenommen worden, wie bis dahin kein einziges. Von 67 000 Abstimmenden haben 46 000 dafür gestimmt. Die Wirkung der Hausarbeit ist ja auch eine entsetzliche. Um 8 Uhr abends kommt eine solche Arbeiterin nach Hause, setzt sich bis 12 Uhr hin, um bis dahin vielleicht 15 Pfennige zu verdienen. Den nächsten Morgen muß sie dann früh um 7 Uhr wieder an die Arbeit und so geht es weiter, der ganze Körper wird ruiniert. Das Mädchen wird blutarm, und der Verdienst bleibt trotzdem ganz gering. Da ist es denn nicht zu verwundern, wenn solche Mädchen, um auch etwas vom Leben zu haben, die Prostitution zu ihrem Gewerbe machen.

Gleichzeitig ist es notwendig, die Heimarbeit unter die Fabrikinspektion zu stellen. 1890 haben wir energisch die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung bekämpft, wonach der Arbeitgeber der Gewerbeinspektion nicht unterliegt, der nur mit seinen Familienangehörigen arbeitet. Gerade in der Arbeit, die ausschließlich in der Familie verrichtet wird, ist die allerschwerste Ausbeutung der Kinder anzutreffen, gegen die der Staat in erster Linie einzuschreiten hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man spricht von der Heiligkeit der Familie; aber daß die Kinder dem Schulzwang unterliegen, gilt jetzt als ganz selbstverständlich. Das ist doch auch ein Eingriff in die Familie. Als ebenso selbstverständlich gilt, daß Eltern bestraft werden, die ihre Kinder in schwerer Weise mißhandeln oder hungern lassen. Dann aber hat auch der Gesetzgeber das Recht einzugreifen, wenn die Eltern, weil sie es nicht anders verstehen, ihre Kinder bis in die späte Nacht ausbeuten. Die Regierung hat bereits Erhebungen über die Kinderarbeit angestellt, und wenn es ihr Ernst ist mit der Beihilfe, dann muß die Kinderarbeit außerhalb und innerhalb des Hauses verboten werden. Der nächste Schritt aber ist, die Heimarbeitsbetriebe unter die Gewerbeinspektion zu stellen. Mein Freund Pfannschmidt hat gestern nicht das Verbot der Heimarbeit im Auge gehabt. Das wäre eine Härte. Zunächst müssen die schrecklichen Zustände durch die Gewerbeinspektion in der Heimarbeit abgestellt werden. Dann werden die Unternehmer schon im eigenen Interesse dazu übergehen, Werkstättenbetriebe zu errichten, sobald der Staat erst einmal die Maßregeln ergriffen hat, die zur Erhaltung und Entwicklung seiner eigenen Staatsangehörigen notwendig sind.

Die unumgängliche Ausdehnung der Gewerbeinspektion auch auf die Hausindustrie ist, dafür ein Beispiel: Vor einer Reihe von Jahren hat der Bundesrat eine Verordnung erlassen, die die Arbeit in Cigarren-Werkstätten regulieren sollte, und bestimmte Vorschriften über die Höhe der Räume usw. aufstellte. Welche Wirkung hat sie gehabt? Ein ganzer Teil der Werkstätten ist aufgelöst und die Arbeit der Heimindustrie übertragen worden. Lesen Sie nur die Berichte der Fabrikinspektoren! Sie berichten über die gewaltige Zunahme der Cigarren-Fabrikation in der Heimarbeit; gleichzeitig aber auch über die gewaltige Zunahme der Lungenschwindsucht, über die Massenerkrankungen der Familienmitglieder. Wie leicht kann auch auf die Cigarrenraucher da die Schwindsucht übertragen werden. Hier muß der Staat gründlich eingreifen.

Nun zu dem kaufmännischen Personal. Wir vertreten die Forderung, die die Angestellten in der Position niedergelegt haben. Wir sind ganz damit einverstanden, daß diese strengeren Forderungen auch auf die sozialdemokratischen Konsumvereine ausgedehnt werden, die es vorläufig gar nicht giebt. Denn mit Konsumvereinen hat die Partei nichts zu thun. Uebrigens sind die Mißstände, die in solchen Konsumvereinen vorkommen, gerade in der sozialdemokratischen Presse sehr nachdrücklich gerügt worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf der anderen Seite erfordert die Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß es eine ganze Reihe von Konsumvereinen giebt, die geradezu Musteranstalten in Bezug auf die Fürsorge für ihre Angestellten sind.

Eine ganz unglückselige Bestimmung ist der § 139a. Herr Raab scheint den Inhalt des Paragraphen gar nicht begriffen zu haben. Ueber die fakultative Einführung des Schluß-Ladenschlusses sollen danach nur die Geschäftsinhaber abstimmen, die selber Personal haben. Die Geschäftsinhaber ohne Personal schließen dann natürlich nicht um 8 Uhr, und die Geschäftsinhaber mit Personal werden sich unter diesen Umständen schwer hüten, für den Schluß-Ladenschluß zu stimmen. Nach zehn Jahren werden Sie mir nicht einen Fall anführen können, wo der Schluß-Ladenschluß durchgeführt ist. Das ist eine Art der Gesetzgebung, die einen aus der Haut bringen könnte. Den Angestellten werden allerhand schöne Dinge versprochen; kommt es aber zur Ausführung, dann sind die Gesetze ein Messer ohne Klinge, dem auch das Heft fehlt. Diese Bestimmung ist für uns ganz unannehmbar; und wird sie angenommen, so blamieren wir uns, gelinde gesagt, vor der ganzen Welt.

Ich will nun noch einige Bemerkungen zum Antrag Heyl machen. Ich erlaube mir eine Anzahl den Arbeitern wohlwollende Bestimmungen an. Aber so wie er vorliegt, wird der Antrag nicht auszuführen sein; wie sich Herr v. Heyl die Ausführung des § 4 z. B. denkt, wie die Kontrolle für ausreichende Ernährung der Angestellten Sorge tragen soll. Mit der Idee sind wir ja vollständig einverstanden und ich freue mich, daß gerade ein Rationalist mit diesem Antrag in den Verdacht eines verkappten Sozialisten gekommen ist. (Heiterkeit.) Wir wollen ja jedem Arbeiter ein Huhn im Topf und das Beefsteak gönnen, von dem Graf Posadowsky gestern gesprochen hat. Aber die Polizei soll damit nichts zu thun haben. Ich verweise auf den Organisationsentwurf, den wir früher einmal eingebracht haben, hätten Sie den angenommen, wir wären weiter. Auch mit den Bestimmungen des Antrages Heyl gegen die Heimarbeit sind wir einverstanden. Die Unternehmer werden sich bei Einführung dieser Bestimmungen bestimmen, ob sie Heimarbeit eintreten lassen oder nicht lieber einen Arbeiter mehr einstellen sollen. Dadurch kommen Arbeitslose von der Straße weg und das ist nur zu wünschen. Auch mit den Bestimmungen über den Schutz von schwangeren Arbeiterinnen sind wir einverstanden. Ganz ähnliche Forderungen haben wir damals in unserem Antrag aufgestellt,

ohne freilich irgend welches Entgegenkommen zu finden. Ich muß es ferner als Verdienst des Antrages Heyl anerkennen, daß er die Verhältnisse der Kellnerinnen bessern will. Ob der richtige Weg eingeschlagen ist, muß aber bezweifelt werden. Ich fürchte, die Gastwirte werden sich zu helfen wissen gegen den Antrag Heyl und werden einfach sagen, von heute ab sind meine Kellnerinnen Dienstmädchen und auf diese haben die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung keinen Einfluß. Auch die Schauspielerinnen sind ja so eine Art Gesinde, fallen nicht unter den Begriff der gewerblichen Arbeiter. Daher der Schluß, den die Herrschaften seit einigen Jahren veranlassen. (Heiterkeit.)

Alles was hier vorgetragen worden ist, ist keine Utopie, es sind Wünsche, die sich erfüllen lassen, wie ich behaupten möchte, zum Vorteil der bürgerlichen Gesellschaft. Sie sehen also, wie gern wir an der Erhaltung dieser Gesellschaft mitarbeiten wollen. (Heiterkeit.) Herr von Stumm bezweifelt gestern, ob wir den Sperling in der Hand nehmen würden, wenn wir die Taube auf dem Dache (den Antrag Heyl) nicht bekommen können. Er hat nicht Unrecht, denn der Sperling ist fürchtbar mager. (Heiterkeit.) Genießbares ist nicht an ihm. (Heiterkeit.) Wenn Sie uns aber die Taube auf dem Dache verschaffen wollen, so werden wir zugreifen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky:

Ich teile die Ansichten des Abg. Bebel über die Theateragenten. Das Material ist in einer Broschüre des Landgerichtsrats Wisch niedergelegt. Die Zustände sind aber nicht nur in Preußen so mißliche, sondern auch außerhalb Preußens. Herr Bebel ist dann auf die Gesetzgebung des Kantons Jülich eingegangen. Ich werde, wenn ich einmal Zeit habe, darauf näher eingehen und die Arbeiterbeschützungs-Gesetzgebung des Auslandes behandeln. Es wird sich dann zeigen, daß bei uns immer viel zu schwarz gemalt wird. In Jülich wird nach Herrn Bebel alles aus schändlich durchgeführt, bei uns nicht. Es wird intra und extra muros gesündigt. — In seiner Kritik der Bestimmungen über den Ladenschluß verwehrt Herr Bebel die §§ 139c und d. Der § 139c enthält die Bestimmungen über die Ladenschließung und die Mittagspause und diese beziehen sich natürlich nur auf die Geschäfte mit Personal. § 139d dagegen — ich stelle das zur Berichtigung der Gewerbetreibenden ausdrücklich fest — bestimmt, daß zwei Drittel der sämtlichen Gewerbetreibenden, die offene Geschäfte haben, oder zwei Drittel der Gewerbetreibenden in einzelnen Branchen beschließen können, ihr Geschäft um 8 Uhr zu schließen. Selbstverständlich müssen in diesem Beschluß die ausdrücklich von den Beteiligten die Rede ist, auch diejenigen mitwirken, die keine Geschäfte betreiben (Hört! Hört!), denn sie sind zwar nicht beteiligt an der Frage der Mittagspause des Personals, aber selbstverständlich an der Frage, ob die Läden zu schließen sind, denn wenn sie ihre Läden auflösen könnten, wäre das ganz natürlich die schwerste Schädigung der übrigen. Wenn die, die kein Personal haben mitzutun und ihre Läden mitzuschließen haben, dann müssen sie auch mitzutun haben. Herr Bebel hat sich in seiner Lebhaftheit also geirrt.

Abg. Gamp (Rp.) verweist sich gegen den Vorwurf der Jagier, den der Abg. Lengmann den Agrariern gemeint. Im übrigen tritt er für den Bedürfnisnachweis bei der Konzeptionierung der Vermittler ein.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) wendet sich gegen einige Ausführungen des Abg. v. Heyl. Herr v. Heyl hätte höchstens die Form der Resolution wählen sollen.

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage nebst den beiden Anträgen werden einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Präsident Graf Balkeström richtet an die Anwesenden und Abwesenden die dringende Bitte, stets zu den Sitzungen zu erscheinen. Die beständige Beschlussfähigkeit ist bedauerlich für die Würde des Reichstags. (Beifall.)

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. Antrag Liebermann v. Sonnenberg betr. Eintragung von Schlichterinnen. Antrag Lieber auf Erziehung von Arbeiterkammern. Schluß 6 1/2 Uhr.

Mordprozeß Guthmann.

Sechster Tag.

Auch in der gestrigen Sitzung blieb die Oeffentlichkeit zunächst ausgeschlossen. Aus der Verhandlung werden folgende zwei Momente bekannt. Zu Gunsten des Angeklagten sollen zunächst vier einmündige Zeugen Befragungen dahin gemacht haben: die ermordete Singer habe am ersten Pfingstfeiertage erzählt, daß sie Besuch von ihrem Verhältnis Hugo* nebst dessen Bruder und der Braut des letzteren erhalte. Dieser Hugo sei dann auch am ersten und zweiten Pfingstfeiertage zum Besuche bei der Singer gewesen, Figur und Gesicht dieses Hugo seien ganz verschieden von dem Angeklagten gewesen, außerdem ist der Angeklagte nach gegewissem Ansehen am ersten und zweiten Pfingstfeiertage in Frankfurt a. O. gewesen, kann also jenes „Verhältnis Hugo“ nicht gewesen sein. — Weiter soll sich auch die Beweisaufnahme darauf erstreckt haben, ob der Angeklagte hin und wieder „gekümmert“ hat, da zur Sprache gebracht worden war, daß die Singer sich gekümmert habe, ihr Hugo sei Kellner in Haffelwerder. Ueber diesen Punkt wurde der Vorsteher der Kellner-Kontrolle des Vereins Berliner Gastwirte, Herr Schröder, vernommen, der Auskunft geben sollte, ob etwa der Angeklagte durch das Bureau ab und zu Beschäftigung als Kellner erhalte und speziell einmal zu einer solchen Beschäftigung nach Haffelwerder geschickt worden ist. Herr Schröder mußte erklären, daß dies nicht der Fall sei und er den Angeklagten überhaupt nicht kenne.

Um 1 Uhr wird die Oeffentlichkeit wiederhergestellt.

„Hugo“ ein Schlosser.

Es wird ein Zeuge, Tischler Wudide vernommen, von dem der Staatsanwalt mitgeteilt hatte, daß er in Wöfensee sitze und Aussagen machen könne. Er kannte die Ermordete seit mehreren Jahren, ist Jubelhalter gewesen und wegen Stuppel mit 2 Monaten Gefängnis vorbestraft. Er hat von der Singer gehört, daß sie mit einem „Hugo“ ein Verhältnis gehabt habe. Sie habe mal Streit mit einem Manne gehabt, den sie Hugo nannte. Derselbe habe mit ihr verkehren wollen, sie habe aber nichts davon wissen wollen und da habe er gedroht: er werde es ihr schon besorgen, lebend werde sie mit einem andern nicht lange verkehren. Als er sie später einmal nach dem Grunde des Jantes gefragt, habe sie eine Antwort gegeben, aus welcher er geglaubt habe, entnehmen zu können, daß es ein Schlosser aus der Pingschen Fabrik sei. Der Mann habe einen blonden Schmirbart gehabt und dunkle Kleidung getragen. Als der Mord passierte war, habe er im August es für seine Pflicht gehalten, sich an den Kriminalkommissar Weich zu wenden. Dieser habe ihm ein Bild (das des Angeklagten) gezeigt und er glaube in dem Bilde den betr. Mann zu erkennen. Später habe er den Angeklagten einmal beim Untersuchungsrichter gesehen und da habe er gesehen, daß dieser der von ihm gemeinte Mann nicht sei. — Präsi.: Nun sehen Sie sich den Angeklagten heute mal recht genau an. — Zeuge: Nein, der Angeklagte ist jener Mann bestimmt nicht! Dieser hatte einen viel stärkeren Schmirbart und war größer. — Auf weiteres einbringliches Befragen durch den Staatsanwalt bleibt der Zeuge dabei, daß die Singer ihm auf seine Frage nach dem Grunde des Streites gesagt habe: „Ach, das war ein Schlosser von drüben!“ Sie habe gesagt, der Mann belästige sie, da er sie heiraten wolle. Bei dem Streite selbst habe sie den Mann „Hugo“ genannt. Als der Hugo seine Drohungen ausgesprochen hatte, habe sie ihm nachgeschimpft. — Auf Befragen des Vorstehenden nennt der Zeuge verschiedene Vorstrafen, darunter mehrere Vorstrafen wegen Diebstahls in Gesamtbüchse von sechs Jahren Gefängnis. — Rechtsanwältin Justizrat Sello: Sie sehen mit dem Angeklagten in gar keiner Beziehung? — Zeuge: Nein. — Kriminalkommissar Braun macht auf folgendes aufmerksam: Als der Angeklagte bei einer dieser Straffache geborenen Vernehmung ausgefragt wurde, habe schon damals der Angeklagte in etwas auffälliger Weise auf den Zeugen Wudide hingewiesen. Wudide sei später gefragt worden, ob er mit dem

Guthmann gesprochen habe und in Gegenwart von 4-5 Beamten habe er dies bestimmt in Abrede gestellt. — Präsi.: Angeklagter, Sie behaupten doch aber selbst, daß Wudide mit Ihnen gesprochen hat? — Angekl.: Ja, bin einmal nach der Gerichtsgebäude geführt, um dort einen Brief zu schreiben, dort war auch der Untersuchungsgefängnis Wudide anwesend und als er hörte, daß ich wegen der Singerischen Sache verhaftet sei, hat er gesagt, daß er die Singer kenne. Ich habe darauf gar nicht weiter mit ihm gesprochen, sondern mir nur seine Nr. 290 gemerkt. — Der Zeuge Wudide verbleibt dabei, daß er ohne irgend welche Anregung von Seiten des Angeklagten sich mit seiner Mitteilung bei der Polizei gemeldet habe.

Präsi.: Herr Kriminalinspektor Braun, befindet sich etwa im Verbrechenalbum ein Bild, welches dem des Angeklagten ähnlich sieht? — Zeuge: Nein. Ich kann nur bezeugen, daß eine von den Zeuginnen, welche das Verbrechenalbum durchsah, beim Anblick einer Photographie sagte: „So sah der Mann aus, der mit der Singer verkehrte und von ihr mit „Hugo“ angeteilt wurde.“ — Präsi.: Und wer war diese Zeugin? — Zeuge: Augenblicklich ist mir diese nicht erinnerlich. — Präsi.: Es wäre aber doch wesentlich, diese Zeugin zu ermitteln. — Inspektor Braun: Ich nehme an, daß sie sich hier unter den benommenen Zeugen befindet. — Eine Aufforderung des Präsidenten, die betreffende Zeugin möge sich melden, bleibt ohne Erfolg. Kriminalinspektor Braun ver- spricht, Ermittlungen anzustellen.

Präsident (zum Zeugen Wudide): Sie wissen doch, daß auf die Ermittlung des Täters eine große Belohnung ausgesetzt worden war; ist dies vielleicht ein Grund für Sie gewesen, sich zunächst bei der Polizei zu melden? — Zeuge: Nein, durchaus nicht. Ich verzichte auf die Belohnung in einer solchen Sache voll und ganz! Nur deshalb, weil ich auch schon einmal unschuldig verurteilt worden bin, habe ich nachträglich mich gemeldet, um meine Kenntnis von der Sache mitzuteilen. — Um die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen zu entkräften, weist Kriminalkommissar Braun darauf hin, daß der Zeuge früher behauptet habe, er habe mit Guthmann „am Bord“ gesprochen. — Auf Befragen der Verteidiger nennt der Zeuge drei Männer, denen er schon zu einer Zeit, als Guthmann schon in Untersuchungshaft saß, er aber noch auf freiem Fuße sich befand, dieselben Mitteilungen über seine Kenntnis gemacht habe. — Die betreffenden Personen sollen geladen werden.

Noch ein „Verhältnis“.

Alsdann tritt ein Zeuge Hefchen vor und bekundet: Die Singer habe ihm einmal verschiedene Photographien gezeigt und dabei auf ein Bild gezeigt mit dem Bemerken: dies sei ihr Verhältnis, der „Kaschmenterfäher“, dem sie einen Hund geschenkt habe. Den Namen dieses Mannes habe er nicht erfahren, doch könne er sagen, daß der Angeklagte der auf dem Bilde dargestellte Mann nicht sei. Der Zeuge erklärt weiter, daß er verschiedene Male Veranlassung gehabt habe, in der Kammer der Singer nach abhanden gekommenen Sachen zu suchen; er müsse die Behauptung einer Zeugin, daß die Singer in dieser Kammer Briefschaften bewahrt, bestreiten. Der Zeuge verbleibt auf Kreuz- und Querfragen dabei, daß die Singer ihm die betreffenden Photographien aus einem Album gezeigt habe. Die Wirtin der Singer aus jener Zeit, Frau Gottschalk behauptet, daß die Singer ihres Wissens ein Photographie-Album nicht besessen habe. Dagegen besitze sie selbst ein Album — blau mit gelben Ecken — in welchem sich aber nur Bilder von ihren Verwandten befänden. Der Zeuge Hefchen hält demgegenüber seine Behauptung aufrecht.

Der Staatsanwalt hat sich inzwischen das Strafregister des Zeugen Wudide kommen lassen und hält demselben vor, daß er nicht nur mit Gefängnis, sondern bereits dreimal mit Zuchthaus bestraft ist.

Ein Gespräch im grünen Wagen.

Der Staatsanwalt teilt mit, daß sich ein Mann als Zeuge gemeldet habe, der folgendes bekunden wolle: Er sei mit dem Angeklagten zusammen im grünen Wagen vom Polizei-Präsidium nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht worden. Die Verhafteten hätten sich unterhalten und Guthmann habe dabei erwähnt, daß er des Mordes der Singer beschuldigt sei. Der Angeklagte habe ihm darauf die Adresse der Wudide mitgeteilt und ihn gebeten, ihr zu schreiben, sie möge bei ihrer Vernehmung ausfragen, daß er, der Angeklagte, sämtliche Mächte, die in Frage kämen, bei ihr zugebracht habe. Der Zeuge heiße Max Wudewow. — Präsi.: Angeklagter, was sagen Sie dazu? — Angekl.: Daß ich gesagt habe, was er der Wudide schreiben soll, bestreite ich entschieden, aber gesprochen mag ich mit ihm haben. Es wird eben alles umgedreht, was man gesagt hat. — Präsi.: Herr Kriminalinspektor Braun, ist die Möglichkeit gegeben, daß die Verhafteten während des Transports im grünen Wagen sich unterhalten konnten? — Inspektor Braun: In den älteren Wagen sitzen sie in einem Raume neben einander, da ist die Möglichkeit wohl nicht ausgeschlossen. — Präsi.: Es ist sehr bedauerlich, daß schwere Verbrecher nicht gesondert transportiert werden. — Das Gericht beschließt darauf, den Zeugen Wudewow zu laden.

Es wird sodann der Schneider Maureschat vernommen, welcher im Hause Oranienstr. 89 unweit der Singerischen Wohnung gewohnt hat. Er hat in der fraglichen Nacht nichts Auffälliges wahrgenommen, weiß auch sonst nichts von Bedeutung zu bekunden.

Der Ausschrei.

Zeuge Schneidermeister Rudolf Zulauf wohnt dem Nordhause in der Oranienstraße gegenüber. Er ist in der Nordnacht um 2 Uhr nach Hause gekommen und schläft bei offenem Fenster. Er hat in der Nacht einen unheimlichen Schrei von einer Frauensstimme gehört, kann aber nicht sagen, ob dieser Schrei aus der Rüdelschen Wohnung oder von der Straße her kam. — Kriminalinspektor Braun giebt auf Befragen durch den Staatsanwalt die Möglichkeit zu, daß ein so großer Schrei in dem Hause gegenüber gehört werden könnte, obgleich die Fenster der Singerischen Stube geschlossen und verhängt gewesen seien. — Staatsanwalt Paschke: Diese Möglichkeit könnte unter Umständen von Wichtigkeit sein, da dieser Schrei der einzige Anhaltspunkt sei, um die Zeit, in welcher der Mord geschehen sei, zu bestimmen. — Medizinalrat Dr. Long giebt auf Befragen des Vorstehenden nochmals seiner Verzeugung Ausdruck, daß bei dem suchbaren „mustergültigen“ Schnitt die Ermordete gar keine Zeit zum Schreien mehr gehabt habe. Sie hätte vielleicht noch vor dem Aufschneiden schreien können, wenn sie das Messer in der Hand des Mörders vielleicht gesehen hätte. Zweifelloß habe der Mörder den Kopf seines Opfers nach hinten ziehen müssen, um den Schnitt auszuführen. — Gerichtsphysikus Dr. Siederm er schließt sich dieser Ansicht an. — Rechtsanwält Dr. Schwandt stellt durch Befragen des Zeugen fest, daß dieser an dem betreffenden Abend selbst auf das Schreien kein großes Gewicht gelegt habe, sondern daß ihm dasselbe erst am nächsten Tage unheimlich erschienen sei, als er von dem Mord hörte. — Der Staatsanwalt giebt anheim, wenn die Geschworenen Gewicht auf diesen Punkt legen und noch irgend welche Aufklärung darüber für nötig erachten sollten, über die Wirkung eines solchen Schreies an Ort und Stelle Versuche anzustellen.

Depeche.

Frau Gottschalk, die Schwester des Führers Wudide, der auch mit der Singer verkehrt und dieselbe noch kurz vor deren Tode besucht hatte, hat im vorigen Jahre auch im Frauengefängnis in der Barnimstraße gefessen und soll einmal einer anderen Gefangenen gegenüber Bemerkungen gemacht haben, die ihren Bruder verdächtigen könnten. Sie soll u. a. gesagt haben, der Mord müsse von zwei Personen ausgeführt worden sein, von denen der eine den Kopf zurückbeugen und der andere geschneidert haben müsse. Sie soll auch von einer Depeche gesprochen haben, die als eine Warnung für ihren Bruder zu betrachten sei, und als ihr Vorhalten gemacht worden, soll sie gesagt haben: Wenn er sich was eingebrocht hat, muß er es auch aushalten. — Diese oder ähnliche Aeußerungen werden von ehemaligen Mitgefängenen der Frau Gottschalk bestätigt, letztere erklärt, daß sie von der Kriminalpolizei gehört, wie die Leiche aufgefunden worden, und daraus geschlossen habe, daß zwei Täter beteiligt sein müßten. — Bezüglich der erwähnten Depeche wünscht die Verteidiger noch nähere Aufklärung. Der Vorsitzende stellt fest, daß die Depeche mit dem Inhalt „Hugo komme sofort“ irtümlich

an Frau Gottschalk abgegeben worden, gar nicht Frau Gottschalk betraf und mit der ganzen Nordafaire nichts zu tun habe. — Zwei ehemalige Mitglangene behaupten, die Gottschalk habe ihnen auch gesagt: sie begreife nicht, warum der Hugo bestreite, die Vertha Singer zu kennen; er habe doch mit derselben zusammen bei ihr gewohnt. — Frau Gottschalk bestreitet dies; sie habe nur gesagt, es sei ein eigenartliches Zusammenreffen, daß bei ihr einmal der Gutmann und auch einmal die Singer bei ihr gewohnt habe. — Der Zeuge Ehemann Gottschalk bestreitet entschieden, daß die Singer und der Angeklagte jemals zusammen bei ihm gewohnt haben. — Justizrat Dr. Sello läßt einen Zeugen Mill noch einmal vorfragen und fragt ihn, ob er einen Strohhut getragen habe. Der Zeuge erklärt, daß er allerdings einen Strohhut getragen, aber nur sonntags beim Nadeln aufgesetzt habe. — Der Angeklagte muß vorfragen und sich neben den Zeugen stellen, gegen den übrigen feinerlei Verdacht vorliegen kann, da sein Alibi bereits nachgewiesen ist. Der Zeuge hat eine große Ähnlichkeit mit dem Angeklagten, ist aber ein ganz Teil größer. — Es werden nun zwei Zeuginnen vorgelassen, die in der Nordnacht noch kurz vor der Nordtät die Singer in Begleitung eines Mannes auf der Straße gesehen haben. Es ist dies also der letzte Mann, mit dem die Singer lebend gesehen worden ist. Die beiden Zeuginnen mußten den Zeugen und den Angeklagten sorgfältig. Beide sind darin einig, daß der kleine (der Angeklagte) der Mann nicht gewesen sei, die eine meint, daß der Zeuge etwa dieselbe Statur habe, aber im Gesicht anders ausgesehen habe. — Ehe der folgende Zeuge,

Konditorgehilfe Koff's

bernommen wird, muß der Angeklagte wieder aus der Anklagebank herabsteigen, sich den grünlichen Ueberzieher anziehen und seinen grünlichen Hut aufsetzen. Der Zeuge Koff's erklärt: Er habe am Morgen des 5. Juni eine Reise angetreten und sei zwischen 3/4 und 1/2 Uhr mal vor die Thür getreten. Da habe er gesehen, wie ein Mensch, der eben aus der Thür des Hauses Oranienstr. 89 herausgetreten zu sein schien, die Thür noch gerade zumachte und sich die Hosen abklopfte. Der Mann sei ihm aufgefallen und er habe ihn etwas genauer angesehen. Dem Gesicht nach könnte der Angeklagte jener Mann wohl sein, der Ueberzieher stimme aber entschieden nicht, sondern sei viel heller gewesen, der Hut habe dunkler ausgesehen. Der Mann habe sich, nachdem er seine Hosen abgeklopft, rechts nach der Jerusalemer Kirche zugewandt. Der Mann habe etwas krumme Beine (sogenannte O-Beine) gehabt; auch der Angeklagte hat etwas krumme Beine. Der Wort des Mannes sei ihm dunkler vorgekommen, als der Wort des Angeklagten. — Ein Gefährterer erfuhr den Zeugen, doch auch die Geschichte mit dem Dienstmädchen zu erzählen und sagt erläuterte hinzu: er sei im Omnibus zufällig Zeuge einer Erzählung geworden, die der Zeuge einer anderen Person gemacht habe. Die Erzählung habe sich auf den Nord bezogen. Der Zeuge Koff's bekundet nunmehr: Ein Dienstmädchen in Schöneberg habe ihm erzählt, daß ein anderes Dienstmädchen namens Scholz, welches im Krankenhaus am Urban gelegen, von dem Morde getrocknet und gesagt habe: Gutmann sei es gewesen und er habe die Singer ganz genau gekannt.

Verlorenes Versteck.

Rechtsanwalt Dr. Schwindt meint, daß dies wieder nur beweis, was bei solcher Gelegenheit alles gesprochen werde. — Justizrat Dr. Sello macht darauf aufmerksam, daß Kriminalkommissar Braun bereits Nachforschungen nach den Dienstmädchen angestellt und das eine auch schon auf das Gerichtsgebäude bestellt habe. Er habe es aber wieder weggehen lassen, weil es absolut nichts Besondere habe bekunden können. Kriminalkommissar Braun bestätigt dies, er wird aber beauftragt, noch einmal Ermittlungen anzustellen. — Der Zeuge Buderow kennt den Angeklagten, der im Jahre 1897 mehrere Monate bei ihm gewohnt habe. Im Juli v. J. sei er (Zeuge) in eine Straffache verwickelt gewesen und sei auf dem Polizeipräsidium mit Gutmann zusammengetroffen. Als sie gemeinsam nach dem Untersuchungsarrest gebracht wurden, habe er von Gutmann erfahren, wessen dieser beschuldigt sei und ihn gefragt, ob er wirklich die That begangen habe. Er habe es bestritten und gesagt, daß er die Singer gar nicht kenne. Dann habe er hinzugefügt: wenn er (Zeuge) aus der Untersuchung herauskomme, dann solle er doch an die Witwe Widig nach Frankfurt a. O. schreiben und ihr sagen, daß sie bei ihrer Vernehmung sagen möge, Gutmann sei alle Nächte in ihrer Wohnung anwesend gewesen. — Angell: Ja, ja, das wird wohl wahr sein! Das wird am Ende jeder thun, wenn er in solche Lage kommt, wie ich. So wörtlich, wie der Zeuge bekundet, wird die Vernehmung wohl auch nicht gelaufen haben; da thut ja jeder immer etwas hinzu. — Kriminalkommissar Braun hat im Hause Oranienstr. 44 Nachforschungen nach einem Hugo Schulz angestellt. Bekanntlich hatte eine Zeugin behauptet, ein angeblich an Hugo Gutmann von der Singer gerichteter Brief sei tatsächlich nicht an diesen, sondern an einen Hugo Schulz, Oranienstr. 44, adressiert gewesen. Die Nachforschungen des Kommissars in jenem Hause sind völlig negativ ausgefallen. Kein Mensch weiß dort, daß jemals ein Hugo Schulz in jenem Hause gewohnt hat. Aber auch von Hugo Gutmann weiß niemand dort etwas. — Der Wirt aus der Kasse in der Dresdenstraße (die Singer soll bekanntlich gesagt haben, ihr Hugo sei Keller in einer Kasse in der Dresdenstraße) kennt keinen „Hugo“ der bei ihm Keller gewesen sei. Der Angeklagte sei positiv nie bei ihm Keller gewesen. — Es folgt dann noch die Vernehmung mehrerer Zeugen, die für die Sache ohne belang ist. Eine Aushalterin bekundet, daß sie einmal einem Janke zwischen der emordeten Thiele und der Singer beigezogen habe. Sie hat die Thiele sehr gut gekannt, den Angeklagten aber nie bei der Thiele gesehen. — Um 6 1/2 Uhr schließt die Sitzung. Am Freitag sollen noch einzelne Zeugen gehört, dann Schriftstücke vorgelegt und die Schreibfachverständigen vernommen werden.

Lokales.

Zu der Urania, Laubenstr. 48/40, veranstalten die Parteigenossen des ersten Reichstags-Wahlkreises am Sonntag Vormittag 10 Uhr eine Sondervorstellung, in der das Anschauungsstück „Das Land der Herde“ aufgeführt wird. Zu dieser interessanten Vorstellung sind Eintrittskarten zum Preise von 60 Pf., außer vorab an der Kasse noch an folgenden Stellen zu haben: Lätzerow, Amiensstr. 20; Wättner, Kellnerstr. 11; Boldt, Ranoverstr. 13, v. III; Wörschel, Jüdenstr. 35; Reher, Neue Friedrichstr. 1; Feigentreff, Dresdenstr. 35; Meyer, Oranienstr. 184.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute abend beginnt der Kursus in Geschichte. (Die deutsche Literatur in den letzten 50 Jahren); Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

Eine Arbeiter-Organisation, an der vielleicht auch das Internationales einigen Gefallen haben mag, ist der „Verein freier Steinträger“ zu Berlin. Von den Berliner Bauarbeitern, soweit sie auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, wird allem Anschein nach nicht mit Unrecht behauptet, daß der genannte Verein sich wesentlich aus Kolonnenführern zusammensetzt, die sich ein Gewerbe daraus machen, die Errungenschaften der gewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter zu vernichten und dem einig profitwolligen Internationales mit „Arbeitswilligen“ zu dienen. Mehrfach sollen sogar von Mitgliedern dieser Vereinigung Anzeigen an die Polizei ergangen sein in Fällen, wo die übrigen Bauarbeiter die Aufhebung aller solcher Mißstände verlangt haben. Unter dem Judenhause kann es natürlich gar kein Wunder nehmen, daß Polizei und Staatsanwalt derartige Anzeigen ausgegriffen und daraus Anklagen wegen Vergehens gegen den § 163 der Gewerbeordnung zu konstruieren gesucht haben. Daß derartige Erscheinungen wie der Steinträgerverein, in der Arbeiterbewegung, ist tief bedauerlich. Der Verständige aber sucht den Dingen auf den Grund zu gehen und nimmt auch hier an, daß die Angehörigen dieser Leute weniger in der Luft am Bösen, als in der Unbildung,

in dem mangelnden Verständnis für die Kämpfe der Gegenwart ihre Ursache haben. Daß der Mangel an Intellekt kein unwesentliches Kennzeichen des erwähnten Vereins ist, zeigt ein Einblick in das Statut, das die Bedauernswerten sich in unglücklicher Stunde zurechtgeschmiedet haben. Wir wollen einige Bestimmungen daraus wiedergeben und zwar, wie wir zweifeln gegenüber ausdrücklich hervorheben, genau dem Wortlaut entsprechend.

Schon der Umschlag des Statuts — Golddruck auf blauem Grunde — enthält die nicht absolut notwendige Erklärung: „Der Verein ist Organisiert“.

Der § 1 aber besagt: Zweck des Vereins ist, Beschaffung von Arbeit durch gebildetes Vorgesprochen und empfohlenes Betragen der früheren Arbeitgeber, sowie an die jetzigen Arbeitgeber.

Im § 2 werden wir darüber belehrt, daß Mitglieder unter 21 Jahren nicht aufgenommen werden.

Schwere Pflichten legt der § 4 auf: Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, seine Partei Agitationen, Politik oder religiöse Gespräche zu führen, ferner den Verein nicht in seinem Vorhaben schädigen, vielmehr die Interessen desselben in allen Angelegenheiten wahrzunehmen.

Die politische Tugendhaftigkeit des Vereins bekundet sich im § 5 des Statuts: Der Verein denkt zu Tagen mit Genehmigung des Präsidiums in jedem Monat 2mal.

Der § 6 ist nicht ganz klar: Als Verantwortlich des Vereins, sind folgende Unterzeichnete zu betrachten. (Namen fehlen.)

Wormend heißt es im § 8: Sollte ein Kollege das Mitgliedsbuch rechtswidrig vernichten oder Spoit mit treiben, so würde darüber abgesetzt und werden, um denselben auszustufen.

Auch der § 14 verleiht den Vöfen schlimme Strafen: Vorgesprochener, Rentant, Schriftführer, Beisitzer müssen gewählt werden. Diese müssen ehrenhafte und gewisse Leute sein, bei Unordnungen werden andere gewählt, eventuell große Unordnungen haben richterliche Entscheidung zur Folge.

Mit uns wird die Arbeiterschaft Berlins darin übereinstimmen, daß der im Statut offenbarte geringe Intellekt den Ruf als Helfershelfer des Unternehmertums, den die Leute des Vereins freier Steinträger genießen, einigermaßen erklärlich macht. An den Klassenbewußten Arbeitern wird es liegen, die Vorgesprochen von der Schädlichkeit ihres Strebens zu überzeugen und sie durch Beispiel und Ueberredung der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaftsorganisation zuzuführen.

Unser Parteigenosse Kasimir Thiel, der im polnisch-socialdemokratischen Parteivorstande das Amt eines Kassierers verwaltet hat, ist am 19. diesen Monats auf dem Central-Friedhofe zu Friedrichshagen bei Berlin zur letzten Ruhe gebracht worden. In der Friedhofshalle hielt Genosse Verjus am Sarge des im Alter von 32 Jahren verstorbenen Genossen eine tiefergreifende Rede, in welcher er seine Verdienste um die Partei, der er seit ihrer Gründung angehört, anerkennend schilderte. Die polnisch-socialdemokratische Partei hat durch den Tod des Dahingegangenen einen schweren Verlust erlitten, insbesondere aber verlieren die Emigranten und Flüchtlinge in dem Verstorbenen einen liebevollen Helfer in der Not. Kasimir Thiel, ein schlichter Schuttmachergehilfe, teilte mit seiner Familie und den Verfolgten stets sein letztes Stücker Brot, und viele seiner flüchtigen Landsleute werden sich der bei ihm genossenen Gastfreundschaft dankbar erinnern. Der Verband der polnisch-socialdemokratischen Emigranten in London ließ einen prächtigen Kranz auf dem Grabe niederlegen; zahlreiche andere Kranzspenden sind dem Dahingegangenen von fremden und hiesigen polnischen Vereinen gewidmet worden.

Die in der Siegesallee ausgehauenen Marmorfiguren haben schon ihren Dichter gefunden. In dem unter dem Titel „Unter dem Hüllennar“ in der Königl. Hof-Buchhandlung — natürlich! — von Alexander Dunder zu Berlin eben erscheinenden neuesten Dichtungen von Otto Franz Genischen befinden sich in einem „Berliner Mainacht“ betitelten Gedichte folgende Schönheiten: „Ging einst die deutsche Rufe von dem Throne — Des großen Friedrich schuldig, ungerührt, — Jetzt wurde ihr von einem Hüllennar — Der Kaisergrube höchste Huld besichert. — Ein wahrhaft augusteisch Alter blühte — Für sie empor, und freundlich, als je — Gelächert eines Mediciners Güte, — Strahlte ihr die Kaiserkrone an der Spree.“

So geht es weiter mit der Genieschichten Poesie, die an hervorragendem Gesinnung beinahe dem berühmten Siegesopetisch gleichkommt, um das sich die Marmorfiguren jener in weitesten Kreisen unbekanntem Fürsten gruppieren.

Wie ein unparteiischer Originalrespondent sich ihren kann. In der „Berl. Abendztg.“ (Nr. 60), einem Ableger des „Lokal-Anzeiger“, beschreibt ein Schmod die Feierlichkeiten in Rom bei der letzten Krönungsfeier des Papstes. Wenn Schmöde in Patriotismus oder Religion machen, dann kann man immer auf etwelche Schönheiten gefaßt sein. Die fehlen denn auch hier nicht; man lese nur:

„So schwebt Leo XIII. über der Menge, getragen von den starken Schultern seiner trottsdigen Kammerdiener, gefolgt von der Menge der Kirchenfürsten und vatikanischen Beamten. In allen Sprachen, vom deutschen „Hoch Leo“, bis zum englischen „Hip Hip Hurra“ dröhnt ihm der Jubel der Menge entgegen, als der Zug anlangt. Die sizilianische Kapelle setzt ein, und als der Papst unter dem Kronhimmel Platz genommen hatte, kann der Kardinal Mozella die Messe beginnen, welcher der Heilige Vater andächtig zuhört.“

Für die „einschneidende sizilianische Kapelle“ mühte Schmod eine Watschur als Belohnung erhalten: die sizilianische Kapelle ist nämlich — eine Kirche und kein Musikkorps!

Nach einer Bekanntmachung des Polizeipräsidiums ist auf dem hiesigen Central-Vieh- und Schlachthof bei Schweinen die Maul- und Klauenseuche festgestellt worden. Infolgedessen ist der Viehhof bis auf weiteres für den Antritt von Schweinen mit der Maggabe gesperrt, daß Schweine nur mittels der Eisenbahn und nach solchen Orten ausgeführt werden dürfen, die öffentliche Schlachthäuser besitzen und deren Polizeibehörden sich ein für allemal bereit erklärt haben oder sich auf vorherige Anfrage im Einzelfall ausdrücklich bereit erklären, Schweine von dem hiesigen Central-Viehhof zur sofortigen Abklärung anzunehmen.

Ein Zusammenstoß eines Zweiradfahrers mit einem Wagen der elektrischen Straßenbahn der Linie Kreuzberg-Gesundbrunnen fand gestern Abend in der Lindenstraße statt. Der Zweiradfahrer, Kaufmann B., kam aus dem Hause Lindenstr. 19 und versuchte, den Fuhrmann in schwäger Richtung nach der Markgrafenstraße kurz vor Anlauf des Sammlerwagens zu kreuzen. Der Wagenführer vermochte das Gefähr nicht mehr zum Stehen zu bringen; B. wurde von dem Akkumulatorenwagen erfasst, auf das Geleise geworfen und eine kurze Strecke mit fortgeschleift. Schwerverletzt wurde er nach einem Krankenhause überführt.

Der wegen angeblichen versuchten Gistmordes an seinen Eltern von der hiesigen Staatsanwaltschaft pedantisch verfolgte Arbeiter Stramm aus Marienwerder am Finowkanal wurde, wie aus Genthin bei Magdeburg gemeldet wird, durch den Groß-Wustrower Ortsgendarmen Richter verhaftet und dem Amtsgerichtsgefängnisse in Genthin zugeführt. Stramm, der sich vor einiger Zeit auf dem Gutshofe zu Großdenzin als Anecht verdungen hatte, wurde von seinem Dienstherrn erkannt und zur Anzeige gebracht. Der Festgenommene hatte im Hause seiner Eltern heimlich ein Gift, vermutlich Krefot, in einem Koffertopf geworfen, um seine Angehörigen aus der Welt zu schaffen. Er soll, wie es neuerdings heißt, übrigens infolge eines Schlags nicht im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte gewesen sein.

Ein festliches Jubiläum beging am gestrigen Tage ein Beamter der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft, der Expeditor Schreyer. Dieser versieht seit fünfundsiebenzig Jahren seinen Dienst, die Regelung und Ueberwachung des Wagenverkehrs, an derselben Stelle, auf dem

Boisdamer Platz und ist dadurch zu einer fast „Stadtbekanntem“ Persönlichkeit geworden. Dem Beamten wurde von der Direktion ein Monatsgehalt als Jubiläumsgabe überreicht. Auch empfing er mehrere Angebinde von seinen Kollegen.

Eine Schieerei, die im Hause Klopffstr. 25 einige Aufregung hervorrief und zu Gerüchten von einem Liebesdrama und Selbstmordversuche Veranlassung gab, hat durch die Kriminalpolizei eine harmlose Auflösung gefunden. Der Fabrikbesitzer Bergas hat seit dem 1. d. Mts. eine Köchin, die früher in dem Hause Kopalstraße 1 in Stellung war. Dort hatte die Köchin den Diener eines Grafen u. B. kennen gelernt. Der Diener ist seit einiger Zeit verheiratet, aber noch in seiner früheren Stellung. In seiner freien Zeit ist er ein eifriger Radler. Mittwoch fuhr er vor Antritt des Dienstes nach Moabit hinunter. Da sah er auf dem Balkon des Hauses Klopffstr. 25 seine Bekannte aus der Kopalstraße stehen. Um sie zu begrüßen und einen Augenblick mit ihr zu plaudern, stieg er ab und ging in die B'sche Wohnung hinauf. In der Küche traf er außer der Bekannten auch noch eine Amme. Seinen sogenannten Radfahrer-Revolver, den er mit hinaufgenommen hatte, legte er auf den Tisch. Hier fand ihn die Köchin, die nicht wissend, daß er geladen war, darum herumhantierte. Dabei ging ein Schuß los und die Angel verlor die Köchin an der Wange so erheblich, daß man sie in das Moabiter Krankenhaus bringen mußte.

Selbstmorde. Der schwächliche Arbeiter R. kürzte sich aus dem Fenster im vierten Stock des von ihm in der Pringen-Allee bewohnten Hauses auf den Hof hinab und fand auf der Stelle den Tod. — Am Gröbenwerder wurde vormittags die Leiche eines etwa 50 Jahre alten Schiffers in der Spree gelandet und nach dem Schauhause gebracht. Anscheinend liegt ein Selbstmord vor.

Einem guten Gang hat die Kriminalpolizei mit der Festnahme eines Schwindlers gemacht, der wahrscheinlich auch Dieb und Hehler ist. Es handelt sich um einen Konditorgehilfen Schmidt, der unter verschiedenen Namen aufgetreten ist und zahlreiche Schwindereien in Berlin und Umgebung verübt hat.

Den Wirkungen des Giftes erlegen ist der Führer des „Humboldthauses“, Oranienburgerstr. 67, Wilhelm Gebhardt, der, wie wir mitteilen, nach einjähriger Ehe infolge von Zwistigkeiten mit seiner Frau Sublimatpillen verschluckt und sich den Rettungsversuchen widersetzt.

Der französische Mimiker Séverin trat gestern im Metropolitan-Theater in einem neuen Stücke aus. „Nach dem Valle“, heißt diese Pantomime. Ihr Inhalt ist einfach. Pierrat erscheint als Naler. Er hat sich an eine Kette gebängt, die ihn ausbeutet und dann mit einem dahergelaufenen Platterhand davongeht. Auf einem Plattenball sieht er die Tealose am Arm ihres Liebhabers wieder; es kommt zum Streit, und das Ende ist ein Duell, in dem Pierrat umgebracht wird. Das Stück soll dem Künstler Gelegenheit geben, im Mienen- und Gebärdenpiel eine Scala aller möglichen Empfindungen zum Ausdruck zu bringen. Gewiß gelingt dies Herrn Séverin in seiner Art meisterlich. Aber um ihn in dieser Kunst würdigen zu können, bedarf es immer des Erinnerns daran, daß man eine Spezialität vor sich hat, die ihrer Originalität halber angekauft wird, um dann vergessen zu werden. Jedes Bemühen, diese Pantomimik als Zweig der ernsten Schauspielkunst zu würdigen, schlägt auch bei dem neuen Stück fehl, das dem Streben des Herrn Séverin um so unglücklicher liegt, als sein Inhalt nicht auf ganz grobe Effekte hinaus will. Im „Kleiderhändler“ konnten Nord, Ballettmeister und Gespensterjagd das Fehlen des gesprochenen Wortes vergessen machen; in dem gestrigen Stück hingegen, das den Pierrat gar nicht einmal im traditionellen Kostüm, sondern modern gekleidet zeigte, trat dem Zuschauer stets die Frage entgegen: Warum spricht der Mann nicht und warum hat er nur sein Gesicht mit weißer Farbe bestrichen? Eben weil Herr Séverin diesmal besonders hoch hinaus wollte, langweilte seine Kunst und sein Drama in mehr als einer Scene. Einige der ständigen Künstler am Metropolitantheater verstanden ganz vortrefflich, dem Gost im summen Spiel nachzuweisen. Besonders zeichneten sich Fräulein Robertine und Herr Gutberch aus.

Theater. Im Deutschen Theater sind die Proben zu den Schillerischen Einaktern „Die Geßlerin“, „Der grüne Kolobus“ und „Parcellus“ im Gange. Die Premiere dieser drei Stücke, welche den letzten Novembertag des Deutschen Theaters in dieser Richtung bilden werden, ist am Sonnabend, den 2. d. M., angesetzt. — Im Schiller-Theater wird die erste Aufführung des Volksschauspiels „Der Herrgottschneider von Ammergau“ am Dienstag nächster Woche stattfinden.

Urania. Heute, Freitag, wird Herr Dr. P. Spiel im Pörsaal der Urania einen Experimentel-Vortrag über das Thema „Eine tausendstel Schube“ halten und hierbei die Methoden der Messung kurzer Zeiträume und der Photographie schnell bewegter Gegenstände erläutern.

Aus den Nachbarorten.

In Rixdorf wird Sonntagmorgen ein Flugblatt verteilt werden. Die Parteigenossen werden ersucht, sich an folgenden Orten, nämlich 7 1/2 Uhr, einzufinden: O. Klein, Kaiser Friedrichstr. 238. B. Wäzger, Bergstr. 7. O. S. Jägerstr. 67. A. Pfeiler, Piesenstr. 69. Anders, Anseebachstr. 135. R. Hyle, Hermannstraße, Ecke Markgrafenstraße. L. Herrmann, Kirchhofstr. 1. Heilhaus, Hermannstr. 153. Ede Herfurthstr. — Die Waiseler findet Montag, den 1. Mai, im Apollo-Theater, Hermannstr. 49/50, statt. Alles Nähere durch Inferte und Anschlagzäulen. Der Vertrauensmann.

Die Bernische Broschüre kommt am Sonnabendabend im Arbeiter-Bildungsverein von Ober-Schönweide (Restaurant Oaserland) zur Besprechung.

In Johannisthal findet am 22. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Basian eine außerordentliche Generalversammlung des socialdemokratischen Vereins statt. L. O.: Statutenänderung. Die Mitglieder werden auf § 2 des Statuts aufmerksam gemacht. Der Vorstand.

Pankow-Nieder-Schönhausen. Den Mitgliedern des Arbeitervereins zur Nachricht, daß am Sonntag eine Parteifastnacht, Abfahrt 7 Uhr 57 Minuten vom Bahnhof Pankow-Schönhausen bis Buch, von da zu Fuß. Reges Betheiligung sieht entgegen Der Vorstand.

Parzellierung der „Flora“. Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin gemeldet worden ist, soll an zuständiger Stelle die Absicht vorhanden sein, das umfangreiche Terrain der Charlottenburger „Flora“ zu parzellieren. Man glaubt, daß die Stadt Charlottenburg einen Teil des Terrains zu städtischen Bauten erwerben werde.

Rixdorf. Die hiesigen Lokalblätter beschäftigten sich augenblicklich lebhaft mit der Frage, ob die Wahl derjenigen socialdemokratischen Stadtverordneten gültig sei, die als Hausbesitzer gewählt sind. Es ist nämlich bestritten worden, daß diese Parteigenossen wirkliche Eigentümer seien, und die Wahlprüfungs-Kommission ist zur Zeit dabei, die Berechtigung eines diesbezüglichen Wahlprotestes nachzuprüfen. Im Gegensatz zu der ziemlich bedeutungslosen „Rixdorfer Zeitung“ sucht das „Rixdorfer Tageblatt“ in einem sachlich gehaltenen Artikel nachzuweisen, daß gegen die Wahl der genannten Stadtverordneten selbst dann nichts einzuwenden wäre, wenn die Herren erst kurz vor der Wahl die Eigenschaft von Hauseigentümern oder Mitigentümern erlangt hätten. Der Artikel schließt mit den Worten: „Hiernach halten wir den Wahlprotest für völlig ausichtslos und können der Wahlprüfungs-Kommission nur raten, sich lediglich auf die Frage zu beschränken, ob der Gewählte am Tage der Wahl als Eigentümer oder Mitigentümer bei einem Hausgrundstück eingetragen war, und falls dies zutrifft, den Protest zurückzuweisen.“ Dieser Auffassung können wir durchaus zustimmen. Alles andere wäre nur Zeitverschwendung, denn jeder Ansturm gegen die Namen Rechtsmittel der socialdemokratischen Hausbesitzer in Rixdorf Stadtvertretung muß erfolglos bleiben.

Die Stadt Rixdorf hat auch im neuen Etatsjahr an den Magistrat von Berlin das Eruchen gerichtet, zu den Unterhaltungs-

Kosten ihrer Gemeindefchulen, die von den Kindern vieler in Berlin beschäftigten Arbeiter besucht werden, 93 000 M. beizuführen. Wegen der gleichen Forderung des vorigen Jahres, deren Erfüllung die Stadt Berlin abgelehnt hat, ist von der Gemeinde Kisdorf die Klage eingeleitet worden, die noch in der Schwebe ist.

In Untersuchungshaft wurde vom Amtsgericht Köpenick der Arbeiter Siegemund daselbst genommen, nachdem die Polizei zu der Überzeugung gelangt ist, daß S. im vollen Bewußtsein das gemeldete Eisenbahn-Attentat zwischen Sadowa und Köpenick ausgeführt hat. Der beschlagene Stein ist beinahe einen halben Centner schwer.

Landesverrat. Nach einer Meldung des „Schneidmüller Tageblatts“ ist der Feldwebel Albrecht vom 129. Infanterieregiment wegen Landesverrats von Bromberg nach Spandau gebracht worden.

Einen tödlichen Ausgang hat ein Unfall genommen, der vor kurzem der 58 Jahre alten Postkassiererin Auguste Walther geb. Müller aus der Veltensstraße zu Pankow zustieß. Die alte Frau fiel von der Treppe und wurde mit einem drohenden Oberarm nach Berlin in ein Krankenhaus gebracht. Der Unfall hatte sie in ihrer Gesundheit so erschüttert, daß sie nicht mehr aufkam. Gestern starb sie hier im Krankenhaus.

Marktpreise von Berlin am 19. April 1899. nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums. Tabelle mit 4 Spalten: Artikel, D.-Str., Preis, weitere Artikel.

Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner. f) Kleinhandelspreise. g) Brodmarken vom 20. April. Weizen wurde 1 M., Roggen 0,50 M. höher gehalten.

Käufer für Locomare auf, wodurch die Spekulation zu Ausgaben geneigter war. Angeblich waren 120 000 Liter der Ware, die mit 40,10 (-0,10 M.) Käufer fanden. Der Ware nicht zugeführt. Kartoffelfabrikate. Berlin, 20. April. Prima Kartoffelmehl per 100 Kg. 20,50 M. Prima trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. 20,50 M. Feuchte Kartoffelstärke per 100 Kg. 10,30 M. Eier: Bericht vom 20. April. Normale Eier je nach Qualität von 2,35-2,70 M. per Schock. Ausfortierte kleine Ware je nach Qualität von 2,10-2,15 M. per Schock. Tendenz: flau.

Soziale Rechtspflege.

Berechtigte Zurücknahme des Einverständnisses mit der Entlassung. Der Kellnerarbeiter D. war von dem Weinhändler Lachner plötzlich entlassen worden, weil er dessen Bruder grob beleidigt haben sollte. D. verklagte darauf Ledner beim Gewerbeamt wegen einer Lohnschädigung. Er bestritt den Bruder des Beklagten einen Kläger genannt zu haben und leistete auch einen dementsprechenden Eid. Rummer behauptete der Beklagte, D. wäre mit der Entlassung einverstanden gewesen, denn er habe erklärt, er nehme sie an. Beklagter giebt indessen zu, daß der Kläger beim Fortgehen geküßt habe, das Weitere werde sich finden, er werde klagen. Die Kammer VII des Gewerbeamtes verurteilte den Beklagten zur Zahlung von 36 M. und der Gewerbeamtler führte begründend aus: „Die letzte Äußerung des Klägers, daß sich das Weitere finden werde, lasse erkennen, daß er nicht mit der Entlassung einverstanden gewesen sei. Demgegenüber sei es belanglos, daß der Kläger kurz vorher sein Einverständnis mit der Entlassung kundgegeben habe. Es liege hier eine Sinnesänderung vor, die zulässig sei, weil sie innerhalb eines kurzen Zeitraumes erfolgt und zum Ausdruck gekommen sei, bevor der Kläger den Ort seines bisherigen Wirkens verlassen hatte.“

Was muß ein „Regelgast“ sich gefallen lassen? Gegen einen Lohnschädigungsanspruch des jugendlichen Hausdieners G. wandte der Restaurateur Mann vor dem Gewerbeamt ein, daß der Kläger die Arbeit selbst niedergelegt habe. Zum mindesten habe er sich geweigert, die ihm obliegende Pflicht zu erfüllen, indem er es nach einem Streit mit Regelgästen abgelehnt habe, weiter für sie die Regel aufzugeben. Der Kläger behauptete demgegenüber, er sei von den Regelgästen mit geweihten Schimpfnamen bedacht worden und habe lediglich deshalb das Regelaufgeben unterbrochen. Hierüber wurden in zwei Terminen eine ganze Reihe Zeugen vernommen. Ein Kollege des Klägers behauptete, daß ein Regelgast den Kläger durch eine gemeine Redensart beschimpft habe, während der betreffende Regelgast aus sagte, die „Jungens“ seien beim Regelaufgeben sehr laut gewesen und hätten fortwährend dumme Bemerkungen gemacht, so daß es ihm erschienen sei, als wäre der Kläger betrunken gewesen. Dieser Meinung

habe er, Zeuge, Ausdruck verliehen, worauf dann der Kläger das weitere Aufgeben verweigert und behauptet habe, er wäre grob beschimpft worden. Solches wäre aber nicht der Fall gewesen, wahrscheinlich habe Kläger eines der „beim Regeln üblichen Witworte“ irrtümlich auf sich bezogen. Auf Vorhaltungen des hinzugelommenen Wirtes habe G. dann erklärt, er höre überhaupt auf. Die Kammer VI des Gewerbeamtes sprach dem Kläger nur 3,22 M. rückständigen Lohn zu und wies seinen Anspruch auf Lohnschädigung wegen unberechtigter Entlassung ab, weil erweisen sei, daß G. die Arbeit ohne Grund selbst niedergelegt habe.

Vermischtes.

Wie der „Eibinger Zeitung“ gemeldet wird, wurde am Sonntagabend am Gutshof des Herrn Pohlmann in Kagnaje im Kreise Marienburg die etwa 50jährige Arbeiterfrau Koslowki ermordet aufgefunden. Die Mordthat soll ein junger Mann, angeblich ihr Schwiegersohn, verübt haben, welcher die Frau nach Hause begleiten wollte, ihr unterwegs aber einen Messerstich in der Nähe des Herzens beibrachte.

In das Amtsgerichtsgefängnis zu Genthin wurde der städt. Brieflich verfolgte Mörder Stramm eingeliefert. Stramm, der aus Sprohnen gebürtig ist, hat seinen Vater vergiftet und seine Mutter zu vergiften versucht. Er hatte sich als Knecht auf dem Gutshofe in Großdemsin verdungen und wurde von dem Besitzer erkannt, dem nun die ausgelegte Belohnung von 2000 M. ausgezahlt worden ist.

In Wien brach Mittwoch gegen 10 Uhr abends in dem isolierten Kratte der Reiterkaserne im Bezirk Josefstadt ein Dachfeuer aus. Die alarmierte Mannschaft des 15. Husaren-Regiments arbeitete gemeinsam mit der Feuerweh, welche sämtliche Dampfmaschinen in Thätigkeit setzte, ohne des Brandes Herr zu werden, bis schließlich gegen 1 Uhr die Lokalisierung gelang. Die Gefahr war wegen der Nähe großer Heu- und Strohvorräte sehr groß. Verletzungen waren bis nach 1 Uhr nicht gemeldet.

Aus New-York wird berichtet: Der amerikanische Konsul zu Pointe-à-Pitre (Guadeloupe) meldet, daß bei der Feuerbrunst, welche die Stadt heimgesucht, 31 Personen und Leben genommen und 2000 Personen obdachlos geworden seien. Man glaube, es liege Brandstiftung vor. Unter der Bevölkerung Guadeloupes herrsche große Unruhe.

Wetter-Prognose für Freitag, den 21. April 1899. Etwas kühler, zeitweise heiter, vielfach wolkig mit leichten Regenfällen und schwachen nördlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Am 18. April starb nach langen, schweren Leiden im 48. Lebensjahre unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Theodor Sigmund. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Hedwigs-Kirchhofes in Weikensee, Wörtherstraße, aus statt. [15345] Das Personal der H. S. Hermannssohn Buchdruckerei.

Am 19. April starb nach langem Leiden unser Kollege Willy Knopf. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Vorkirchhofs, Bergmannstraße, aus statt. [28428] Die Kollegen der Pianofabrik H. Hansen.

Cris-Krankenkasse der Sattler. Am Montag, den 17. d. M., starb plötzlich am Herzschlag das Mitglied Friedrich Mertsch im Alter von 38 Jahren (Beschäftigt bei Robert Reichelt). [28426] Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 21. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von dem Leichenhause, Hannoverstraße, aus nach dem Nikolafriedhof, Prenzlauer Allee 7. J. A.: R. Dittbarn, Rentant.

Danksagung. Für die Gemilde treuer Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters, Kasimir Thiel, spreche ich allen Freunden und Verwandten hierdurch meinen herzlichsten Dank aus. [28258] Die trauernde Wittwe: Johanna Thiel nebst Sohn.

147. B. 871. 98 - 9. Im Namen des Königs! In der Privatklage des Schankwirts Karl Blaudod hier, vertreten durch Rechtsanwalt Roh zu Berlin, Petzoldstraße, gegen 1. den Maurer Wilhelm Frisch zu Schöneberg, 2. den Maurer Wilhelm Schulze zu Charlottenburg, 3. den Maurer Wilhelm Schulz zu Berlin, 4. den Maurer Emil Gröppler zu Berlin, 5. den Maurer Karl Panzer zu Schöneberg, Angeklagte, Vertreter Rechtsanwalt Dr. Dersfeld hier, wegen Verleumdung, hat das Königlich-Schöffengericht I zu Berlin, St. 147, in seiner Sitzung vom 21. März 1899, an welcher teilgenommen haben 1. Assessor Dr. Karsten als Vorsitzender, 2. Wärdmeister Venz, 3. Kaufmann Winter als Schöffen, Akteur Strömer als Gerichtsdiener, für Recht erkannt: Die Angeklagten werden wegen öffentlicher Verleumdung verurteilt und zwar Angeklagter Karl Panzer zu einhundert Mark Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle zu zwanzig Tagen Gefängnis, die Angeklagten Wilhelm Frisch, Wilhelm Schulze, Wilhelm Schulz und Emil Gröppler je zu dreißig Mark Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle zu je sechs Tagen Gefängnis. Auch werden ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt. Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, den verurteilten Teil dieses Urteils binnen 4 Wochen seit Zustellung des rechtskräftigen Urteils einmal auf Kosten der Angeklagten in einer der Zeitungen Berlins bekannt zu machen. Gründe pp.

Die Richtigkeit der Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt. Berlin, den 6. April 1899. B a 11 a, Gerichtsschreiber des Königl. Amtsgerichts I, Abteilung 147.

Achtung! Parteigenossinnen u. Genossen. Achtung! Montag, den 24. April, abends 8 Uhr, im großen Saale des Herrn Keller, Koppenstraße Nr. 29: Volks-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin Klara Zetkin-Stuttgart über: „Wie stellen sich die Genossinnen und Genossen zu der Bernsteinschen Schrift?“ 2. Diskussion. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Vertrauensperson.

Achtung! MAURER. Achtung! Sonntag, den 23. April 1899, vormittags pünktlich 10 Uhr: General-Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins u. Umgegend im „Englischen Garten“, Alexanderstraße Nr. 27 c. Tages-Ordnung: 1. Kassen- und Revisionsbericht. 2. Bericht des Vorstandes und des Ausschusses. 3. Wahl des Vorstandes, Ersatzwahl der Revisoren und des Ausschusses. 4. Vereinsangelegenheiten. Vant Besuch wird die Versammlung pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. J. A.: Franz Schulze.

Achtung! Sänger. Tüchtigen 1. Tenor und 2. Bass sucht neugebild. Quartett-Sängergesellschaft. Offerten unter „Sänger“, Postamt Schlei, Bohndorf. 28309

Achtung! Radfahrer! Die Produktiv- und Einkaufs-Genossenschaft für Radfahrer läßt ihren Mitgliedern gute u. billige Anzüge in eigener Werkstatt herstellen. Geschäftsstelle: Markthausstr. 17, v. 7-9 Uds.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler etc. (Zingelstr. 11/12, Hamburg) Verwaltung Berlin D. Roadit. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Zahlstelle II von der Güttenstraße nach der Kottbuserstr. 12 bei May verlegt ist. 182/3 Die Cris-Verwaltung.

Bereine und Gewerkschaften! Empfehle mein Weis- u. Bairisch-bier-Vokal nebst franz. Bilsand und Vereinszimmer für 40-50 Personen, auch geeignet für Jubiläen. Reich Schmidt Kottbuser Damm 33 (früher Ritterstr. 49) Allen Genossen, Freunden und Bekannten empfehle mein Weis- und Bairisch-bier-Vokal. Für gute Speisen und Getränke ist best. geforgt. Auch ist ein Vereinszimmer, 40 bis 50 Personen fassend, zu vergeben. 14702* Max Jahnwald, Waidauerstr. 36.

Achtung! Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich Drantendurgstr. 87 ein Lokal eröffnet habe. Dasselbe eignet sich zur Jubiläen und für Vereine. Franz Kleinert, Brauer. Großes Vereinszimmer zu verg. Sander, Köpenickerstr. 158. [28319] Nur 3 Mk. Messe, sehr groß, zu Anbenaussagen, Nehe zu Herrenausgaben, schöne Küster 7-10 M. Für 12 M. 8. Genotat, auch Raumgarne, Paletot und Sockenreste, so lange der Vorrat reicht im Riesenstofflager 14. Krausenstr. 14, 1 Et., Klein Laden. [1520L*]

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Seuthstr. 20-21: Sitzung der Ortsverwaltung. Achtung! Zimmerer. Achtung! Am Montag, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Herrn Cohn, Seuthstraße Nr. 20: Mitglieder-Versammlung der Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer (E. S. 2 Hamburg). Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom I. Quartal 1899. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 250/3 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Quittungsbuch legitimiert. Der Vorstand. J. A.: A. Gruss, Barnimstr. 41a.

Centralverband der Zimmerer (Zahlstelle Berlin). Sonntag, den 23. April, vormittags 10 Uhr, im Lokal „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20: General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung. 2. Berichterstattung von der 13. General-Versammlung. 3. Neuwahl des Ausschusses. 4. Verschiedenes. 254/14 Um zahlreiches Besuch bittet Der Vorstand.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter und Berufsgenossen Berlins und Umgegend. Am Sonntag, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Rautenberg, Oranienstraße Nr. 180: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Paul Jahn über: „Das bürgerliche Recht und die heftigen Klassen.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden nochmals aufgefordert, mit den Nachschick-Billets abzurechnen, widrigenfalls die Namen veröffentlicht werden. 141/13 Der Vorstand.

Achtung! Brauereiarbeiter! Am Sonntag, den 23. April, nachmittags 1 Uhr, im Lokal des Herrn Eichert, Andreasstraße 21: Deffentliche Versammlung der Brauer, Böttcher und Hilfsarbeiter. Tages-Ordnung: 1. Moderner Rechtsstaat und Justizausbaugebiet. 2. Die Antwort der Brauereiarbeiter. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird dringend ersucht. Der Saal steht nur bis 4 1/2 Uhr zur Verfügung. Die Agitations-Kommission. Verantwortlicher Redacteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glode in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Verband der Sattler und Tapezierer. (Zentrale Berlin D.) Sonnabend, den 22. April, abends 9 Uhr, im Lokal „Englischer Hof“, Neue Rossstr. 3: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn A. Hoffmann über: „Auf was wir stolz sind.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 156/11 Der Vorstand.

Schmiede! Freitag, den 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27 c: Oeffentl. Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag und Diskussion. 2. Der Streit der Schmiede Dresdens. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen der Berliner Schmiede ersucht Der Vertrauensmann. 176/2

Achtung, Bauarbeiter! Sonntag, den 23. April, nachmittags 2 Uhr, in Feuersteins Hof (oberer Saal), Alte Jafobstr. 75: Oeffentliche Versammlung der Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarbeiter Berlins u. Umg. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Delegierten von der Berliner Gewerkschaftskommission und Neuwahl derselben. 2. Wahl einer Agitationskommission. 3. Bericht der Delegierten vom Bauarbeiterkongress. 4. Verschiedenes. Die vorjährige Lohnkommission ist insbesondere zu dieser Versammlung eingeladen. 30/8 Um rege Beteiligung ersucht Die Lohnkommission.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend. Sonntag, den 23. April, vormittags 10 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27 c. Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom ersten Quartal 1899. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Um recht zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Stralau-Rummelsburg. Sonntag, den 23. April, nachmittags 2 Uhr, im Lokal des Herrn Weigel, Goethe- und Türschmidstrassen-Ecke: General-Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins für Stralau-Rummelsburg und Umgegend. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Die Geschichte der Erde.“ 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom letzten Quartal. 4. Bericht des Bibliothekars. 5. Neuwahl eines Beitragsamtmanns. 6. Vereinsangelegenheiten. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. 8/3 Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwartet Der Vorstand.

Prima Schnitzel 26125 a Pfd. 1 M. Rückenfest a Pfd. 50 Pf. Linsen a Pfd. 45 Pf. Bringen C. Schubert, Krahe 25.

allerlei Anzeigen. Gäddestillation mit kleinem Saal, gutgehendes älteres Geschäft, ist preiswert zu verkaufen. Offerten unter H. 1 in der Expedition dieser Zeitung.

Restoration von Oswald Klein, Vaußherweg 8, sind noch Montag u. Mittwoch Vereinszimmer für 60-80 Personen, mit Planitz, zu vergeben. 28395 Seifengeschäft, gutgehend, verzuglos, halber Mißg. verg. täglich Campbaurstr. 15. 56/2 Blättgeschäft billig zu verk. [28356] Scholz, Kanthstr. 101. Blätterei sofort verkauft 28309 Scholz, Kanthstr. 101. Wasch- und Plattenstalt mit guter Randschaft, ist mit Emil Utensilien fruchtlos halber (so) zu verk. Friedena u, Grandstr. 60. [28338] Ein fast neuer Kinderwagen billig zu verk. Bading, Vaußstr. 56, p. IV. Fahrrad billig zu verkaufen Badingstr. 70/71, Radhelferamt im Keller. 27926

Meine Hantung und Kautskys Deutung.

Von Ed. Bernstein.

2. Oekonomischer und gesellschaftlicher Zusammenbruch. Taktik und Programm.

Kautsky beginnt seine zweite Widerlegung meiner Beurteilung der Zusammenbruchstheorie mit einem erneuten Ansturm auf meine Angaben über die Zunahme der Besitzenden.

Den Satz, daß die Gewerbestatistik eine reichere Zunahme der kapitalistischen Geschäfte als der Lohnarbeiter nachweist, erklärt er für unhaltbar. Die von mir angeführten Zahlen der Gewerbestatistik bezogen sich auf die beschäftigten Personen, zu denen aber auch die Arbeiter der Kleinbetriebe und die Besitzer der kleinsten Betriebe gerechnet würden, deren Zahl abgenommen habe.

Das letztere ist richtig und auch von mir in meiner Schrift (S. 59 und 60) festgesetzt worden. Nur kann ich die Arbeiter oder „Besitzer“ von Kleinbetrieben nicht als Besitzende in dem Sinne anerkennen, wie das Wort durchgängig von mir gebraucht wird, als Leute, die kraft ihres Eigentums höheres Einkommen beziehen. Ihrer Klassenlage nach gehören sie zur Arbeiterklasse, wie sie auch vielfach in den sächsischen und schlesischen Zeitungsartikeln, am Rhein) die ersten Rekruten der sozialistischen Armee gestellt haben. Wenn Hausarbeiter oder Zigarrenhandwerker in größerer Nähe Fabrikarbeiter werden, so ändert sich die Situation nicht der arbeitenden Klasse, aber nicht ihr Zahlenverhältnis zur besitzenden Klasse.

Mit dieser Bemerkung erledigt sich zugleich die Antwort auf Kautskys Witz, daß ich alle Volksschichten sozietär zurechnen lasse als die Gesamtbevölkerung. Er reduziert sich auf eine Wortklaubererei. Nachdem ich auf S. 59 festgesetzt hatte, daß die Zigarrenbetriebe absolut und relativ zurückgehen, war es doch klar, daß, wenn ich auf S. 65 von einer allseitigen Zunahme der Mittelglieder der Betriebskategorie spreche, ich die Zigarrenbetriebe nicht zu ihnen rechne, wie dies meines Wissens überhaupt kein Oekonom oder Statistiker thut.

Und nun zur Zunahme der Besitzenden. Für Kautsky sind meine Feststellungen in dieser Hinsicht nur beweismindernde Indicien. Ich gebe auf seine Einwände, so sehr es mich dazu reizt, hier nicht näher ein, sondern stelle nur fest, daß, wie ich in meinem Buch S. 50 gezeigt habe, die Zahlen der Vermögensstatistik in Preußen meinen Satz, daß die große Masse der Empfänger hoher Einkommen auch Besitzende, das heißt Eigentümer von Grund- oder Kapitalvermögen, sind, durchaus bekräftigen. Den 347 328 Besitzern mit über 3000 M. Einkommen (für 1897/98; in diesem Jahre sind es 368 884) stehen 385 000 Besitzern mit über 32 000 M. Nettovermögen gegenüber.

Kautsky meint dann, das Aktienwesen vermehre nicht die Zahl der Besitzenden, wohl aber die Zahl der mäßigen Besitzenden. Wenn der „Alleinbetrieb“ den Besitzenden macht, so könnte das wohl stimmen. Im übrigen, was soll diese Gegenüberstellung von Besitzenden und mäßigen Besitzenden? Hat sie bloß den Zweck, mir nachzusagen, daß mich die durch das Aktienwesen bewirkte Entwicklung der Kapitalistenklasse in Preußen „nicht interessiert“? Wie zutreffend diese Behauptung ist, dafür eine Belegstelle aus meiner Schrift: „Ob das gesellschaftliche Mehrprodukt von 10 000 Personen monopolistisch aufgeschlüsselt oder zwischen einer halben Million in abgestuften Mengen verteilt wird, ist für die neun oder zehn Millionen Familienhäupter, die bei diesem Handel zu kurz kommen, prinzipiell gleichgültig. Ihr Streben nach gerechterer Verteilung oder einer Organisation, die eine gerechtere Verteilung einschließt, braucht darum nicht weniger berechtigt und notwendig zu sein. Im Gegenteil... Nicht das „Kapital“, die Arbeiterklasse selbst hat die Mission, die parasitären Elemente der Wirtschaft aufzulösen.“ (S. 51/52.)

Warum hebe ich die Vermehrung der Kapitalisten — denn mäßige Besitzende sind so gut Kapitalisten wie nicht mäßige — in der gegenwärtigen Wirtschaft hervor? Niemand wird behaupten wollen, daß es zu schönfärberischen Zwecken geschieht. Ebenowenig eines sozialpolitischen Reizes wegen, das ich an den Mann zu bringen wünsche. Meine Untersuchung gilt der Entwicklung und Abschätzung der objektiven und subjektiven Widerstände, mit denen die Sozialdemokratie in ihrem Kampf für die erstrebte Gesellschaftsordnung zu rechnen hat. Daß eine Unterschätzung dieser Widerstände sehr verhängnisvoll werden kann, wird mir Kautsky nicht bestreiten können, wie sehr er auch im Augenblick den Himmel voller Geigen erbliden mag. Er wird auch ferner nicht bestreiten können, daß in dem Maße, als die Zahl der Besitzenden sich vermehrt, der ökonomische Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sich verlangsamt, eine auf ihn rechnende Taktik hinsichtlich würde.

Aber die marxistische Zusammenbruchstheorie, behauptet er, ist die Theorie des gesellschaftlichen und nicht des geschäftlichen Zusammenbruchs. Es handle sich um die ökonomische Notwendigkeit des gesellschaftlichen Zusammenbruchs vom Standpunkt des Historikers und nicht des Kaufmanns. Solche Notwendigkeit liege auch dann vor, wenn die ökonomischen Verhältnisse mit Notwendigkeit politische und ethische Kräfte erzeugen, welche auf den Zusammenbruch des Bestehenden hinwirken.

Und darum Mörder und Räuber? Ja, wo ist es mir denn eingefallen, die Erzeugung solcher Kräfte zu leugnen? Aber so wurden die Fragen nicht gestellt, auf welche ich die von Kautsky bemängelte Antwort gab. Da hieß es, wer die Unvermeidlichkeit des ökonomischen Zusammenbruchs leugnet, giebt die materialistische Begründung des Sozialismus auf. Inbes befinden wir uns offenbar im Reiche der Dialektik, wo die Begriffe „stehen“ in einander übergehen, neben ihrer alltäglichen noch eine Sonntagsgedankens-Bedeutung haben. Da ich keine Lust verspüre, mich in einem Wortstreit zu verlieren, so begnüge ich mich mit der Erklärung, daß Kautskys Definition eine andere Zusammenbruchstheorie formuliert als die, welche ich als irreführend belämpfe.

Zur Begründung meiner Auffassung des Begriffs „ökonomische Notwendigkeit“ hier ein Zitat aus Engels' „Umwälzung“: „Nur in dem Maße, daß die Produktions- oder Verkehrsmittel der Zeitung durch Aktiengesellschaften u. dgl. entfallen sind, daß also die Verstaatlichung ökonomisch unabwendbar geworden, nur in diesem Maße bedeutet sie, auch wenn der heutige Staat sie vollzieht, einen ökonomischen Fortschritt.“ (3. Aufl. S. 299, Note.)

Ob im marxischen Satz über den Zusammenbruch die Stelle, die von wachsender Zahl, Vereiningung und Schulung des Proletariats spricht, mit wachsender Klasse und Macht des Proletariats überfetzt werden kann, hängt davon ab, wie man diese letzteren mit der zunehmenden Entartung und Knechtschaft desselben Proletariats vereinigen kann. Es liegt mir gewiß fern, kleinliche Wortklaubererei zu treiben, aber ich kann nur sagen, daß für mich bei solcher Voraus-

setzung zwischen wachsender Zahl, Vereiningung und Schulung — die doch hier vornehmlich als politische Schulung zu verstehen ist — und wachsender Klasse und Macht noch ein großer Unterschied besteht, ein Unterschied, wie er dem zwischen zeitweiligem Siegen und dauernder Herrschaft entspricht.

Wechnlich wie mit der Stelle bei Marx steht es mit den Engels'schen Citaten, auf die Kautsky zurückkommt. Daß Engels sich an den Wahlerfolgen der Partei in Deutschland begeisterte, ist natürlich genug, das hat wohl jeder von uns gethan. Ob er jedoch ihren sozialpolitischen Judiziationswert nicht etwas überschätzte, ist eine andere Frage. Der tatsächliche Verlauf der Dinge hat jedenfalls seine Berechnungen als viel zu optimistisch erwiesen, und schon dieser Umstand verbietet es, seine Bemerkungen über das „Recht auf Revolution“ etc. gegen mich auszuspielen. Für mich sind solche Verweise unter den heutigen Verhältnissen reine Konjaren. Wenn die sozialistischen sächsischen Arbeiter, als man ihnen das Landtagswahlrecht nahm, von jenem Recht (das ich in meiner Schrift S. 165 als ungeschriebenes Recht bezeichne, das kein Gesetzbuch der Welt prohibieren kann) keinen Gebrauch machten, so mußten sie doch wohl gewußt haben, warum. Das sittliche Recht wäre in diesem Falle sicher auf ihrer Seite gewesen. Was ich damals über diesen Gegenstand geschrieben habe, ist auch heute noch mein Standpunkt.

Die Sätze aus Lagardelles Artikel, die mit Kautsky entgegenhält, entkräften nicht die symptomatische Bedeutung der von mir citierten Sätze Lagardelles. Die ersteren sind Zulustionsurteil, die letzteren bezogen sich auf die Gegenwart. Was in Bezug auf diese gesagt wird, ist aber das entscheidende. Zudem haben in Frankreich, das Republik ist und dessen ökonomische Verfassung eine sozialistische Umwälzung auf eine gute Weile hinaus noch sehr unwahrscheinlich macht, Hinweise auf das Recht der Revolution nur den Wert einer Huldigung an die nationale Tradition. Solche Dinge muß man bei Beurteilung der Publikationen anderer Länder in Abzug bringen.

Neberbauart kann man nicht aus Vorgängen des einen Landes schlechweg auf ein anderes Land oder andere Länder exemplifizieren. Man muß da das allgemeine Moment vom speziellen abtrennen. Der Klassenkampf zwischen Arbeitern und Kapitalisten ist international, aber in der Art seiner Führung herrschen doch in den verschiedenen Ländern sehr große Unterschiede. Es ist mir denn auch unbegreiflich, wie z. B. Bebel in der Bildung der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Jürich eine Widerlegung meiner Ausführungen erblicken kann. Wie wenig gerade sie dies ist, zeigt die Antwort, die das Organ der Jüricher Sozialisten, das „Volkserbe“, der „Neuen Jüricher Zeitung“ auf die von Bebel diesem konservativ-liberalen Blatt entnommene Jubelnotiz gab:

Die reinliche Scheidung zwischen demokratischer und sozialdemokratischer Partei schließt das taktische Zusammengehen beider Parteien nicht aus; im Gegenteil, sie schafft erst die Grundlage, auf der ein für beide Parteien demütigendes oder sonstwie unangenehmes Zusammengehen möglich wird.

In der That sind denn auch bei den soeben erfolgten kantonalen Wahlen die „reinlich geschiedenen“ Parteien an verschiedenen Orten Hand in Hand gegangen.

Rebels Auffassung, daß mit dem Fortschritt der Entwicklung notgedrungen in allen Ländern die politischen Kämpfe in denselben Formen sich abspielen müssen wie in Deutschland — ich sollte fast sagen, in Norddeutschland — wird durch die politischen Verhältnisse der meisten vorgeschrittenen Länder widerlegt. Kämpfe giebt es überall, das hat noch kein Mensch bestritten, aber sie spielen sich je nach der Geschichte und den Einrichtungen des Landes, dem Temperament und Charakter seiner Bevölkerung unter sehr verschiedenen Formen ab. Dies gilt insbesondere für die Stellung der Sozialisten zu den bürgerlichen Parteien. Bebel unterschätzt u. a. den Einfluß der Ueberlieferung und die Wirkung demokratischer Erziehung. Die Welt ist nicht nur von Stiefbütern bewohnt.

Was Kautsky mir hinsichtlich der Frage der Taktik vorhielt, ist so unbestimmt, daß es mir schwer wird, darauf zu antworten. Er wirft mir vor, ich verlangte von der Partei, sie solle die Vereinigung reformierender Thätigkeit und revolutionärer Propaganda aufgeben, die sie in den jetzigen Jahren vollziehen habe. Daraus frage ich, was versteht er unter revolutionärer Propaganda? Heißt es Vorbereitung der Köpfe für den Sozialismus, Aufklärung der Arbeiter über ihre Klassenlage und Klasseninteressen, so wird er mir nicht nachweisen können, daß ich davon nichts wissen sollte. Heißt es Vorbereitung der Köpfe auf eine bevorstehende revolutionäre Katastrophe, so ist das zu keiner Zeit Taktik der Partei gewesen, und so bleibt — da weder Kautsky selbst noch die Partei je Propaganda im Sinne der berühmten revolutionären Kriegswissenschaft kultiviert hat, — höchstens etwa noch die Pflege der Vorstellung von einer im gegebenen Moment summo-risch vorzunehmenden allgemeinen Expropriation. Ich will Kautsky das nicht unterstellen, jedenfalls aber hat die Partei eine derartige Propaganda weder in den jetzigen Jahren, noch in der folgenden Epoche betrieben. Ihre ersten Programme waren sehr viel bescheidener. Die Zusammenbruchstheorie wurde erst unter dem Socialistengeist populär, das Wort von der revolutionären Diktatur des Proletariats erst durch die Veröffentlichung des marxischen Programmbriefes in Kurs gesetzt. Soll dies das Kriterium sein, so gestehe ich gern, daß ich eine unter diesem Motto geführte Propaganda nicht für erprießlich halte. Die Partei ist groß und stark geworden als sozialdemokratische Partei, durch Betonung ihres demokratischen Charakters, als Demokratie der Arbeiter, und das reicht meines Erachtens auch heute noch für ihren Kampf vollständig aus. Wenn Kautsky diese Erklärung nicht genügt, so mag er seine Frage genauer formulieren, und ich werde die Antwort nicht schuldig bleiben.

Beiläufig. Der Stern in Stuttgart, der mir in der Schwäbischen „Tagwacht“ und im Hamburger „Echo“ auf Grund meines Buches die Rationalisiertheorie aberkannt hat, erklärt im zweiten der Artikel, die das Erkenntnis begründen, ich gäbe dem Wort Diktatur eine ganz falsche Deutung. Es bedeute gar nichts so Fürchterliches, sondern nur eine Evolution des schon heute ausgeübten Einflusses der Arbeiterklasse. Das heißt, er schlägt mich, indem er das Wort beibehält, ihm aber den Sinn dessen zuzuschreiben, was ich vertrete. Nach seiner Erklärung ließe Diktatur des Proletariats — demokratische Arbeiterpolitik. Das „vernichtet“ mich in der That.

Auf Kautskys Frage, welcher von den ersten sechs Absätzen des theoretischen Teils des Parteiprogramms noch mit meinen jetzigen Anschauungen stimme, antworte ich gerade heraus: in der jetzigen Redaktion nur der sechste, und selbst an ihm würde ich die Worte „kann nur“ in „muss in erster Linie“ abändern. Die übrigen Sätze veralgemeinern in viel zu apodiktischer Weise, um meiner Ueberzeugung vom tatsächlichen Verlauf der Dinge zu entsprechen. Der Verfasser der „Agrarfrage“ wird selbst kaum behaupten wollen, daß

man z. B. bezüglich der Bauern generell von wachsender Zunahme des Glends, des Drucks, der Knechtschaft usw. sprechen kann.

Ich würde also den sechs Artikeln eine andere Form geben. Und wenn Kautsky es für nötig hält, bin ich mit Vergnügen bereit, ihm mit Bezug auf jeden Punkt genaue Auskunft zu geben.

Aber von mir aus halte ich es nicht für notwendig, eine Aenderung des Parteiprogramms vorzuschlagen. Das Programm ist in seinem theoretischen Teil ein Markstein ihrer ideologischen Entwicklung, aber keine Dogmentafel. Die Partei verlangt von ihren Mitgliedern Anerkennung ihrer Ziele und Forderungen — Unterschreibung des Programms obloos, stellt ihnen aber nicht die Gewissensfrage: wie denkst Du über das Verfehlen von Kleinbürgern und Bauern? Falsch handelt sie darin nicht anders wie eine Reihe sozialistischer Parteien des Auslandes, die sich im Programm damit begnügen, das allgemeine Ziel und die praktischen Forderungen festzustellen, die theoretische Begründung aber der Parteiliteratur überlassen.

Ich denke, ich habe mit diesen Ausführungen meinen Standpunkt klar genug bezeichnet. Ich bin sicherlich kein Verächter der Theorie, aber gerade weil ich sie hochhalte, bin ich der Ansicht, daß sie im Programm einer Aktionspartei nicht an ihrem Platze ist. Sie wird dann immer, wenn man sich nicht, wie das französische Minimum-Programm, auf wenige allgemein gefasste Sätze beschränkt, die die Tendenz kennzeichnen, in der einen oder andern Weise zu kurz kommen.

Zum Schluß noch eine persönliche Bemerkung. Wer im öffentlichen Leben steht, muß sich Kritik gefallen lassen und muß es auch zu ertragen wissen, daß seine Ansichten falsch dargestellt werden. Ich habe nicht die Zeit und auch nicht die Lust, mich in eine Pressfehde mit denjenigen Recensenten meines Buches in der Parteipresse einzulassen, deren Besprechungen Unrichtigkeiten hinsichtlich seiner enthalten, sehr mich vielmehr genötigt, mich auf die Auseinandersetzung mit Kautsky im „Vorwärts“ und „Neue Zeit“ zu beschränken. Sie wird, denke ich, vollaus genügen, das klarzustellen, was überhaupt noch klarzustellen ist.

Verfassungen.

Die Maurer der lokalen Richtung hielten am Dienstag eine öffentliche Versammlung in den „Vormis-Sälen“, Adlerstraße, ab. Den Bericht über den Verlauf des Kongresses der durch Vertrauensmänner centralisierten Gewerkschaften Deutschlands erstatteten F. Federel und H. J. H. Nach einer kurzen Diskussion, in der die Mitglieder bemängelte, daß auf dem Kongress nicht die gesamte Geschäftsleitung gewählt worden ist, gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammelten mit dem Verhalten der Delegierten und den Beschlüssen des Kongresses in Braunschweig einverstanden erklärten und in der alle auf dem Boden der Vertrauensmänner-Centralisation stehenden Maurer verpflichtet werden, für die Durchführung der Beschlüsse einzutreten. Ueber die Konferenz der lokalorganisierten Maurer Deutschlands, die gleichfalls in Braunschweig tagte, berichtete Kaufmann. Nachdem Weiersdorf und Kater auf die Bedeutung der gefassten Beschlüsse, die von der Versammlung insgesamt gutgeheißen wurden, hingewiesen hatten, wurde als erster Vertrauensmann, der als Geschäftsleiter der lokalorganisierten Maurer Deutschlands fungiert, K. Knöppchen und als Stellvertreter J. G. J. gewählt. Zu Redirektoren wurden Kaufmann und H. J. H. bestimmt. Den Bericht über die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission gab der Delegierte Mehlke. Der Berichterstatter wendete sich in seinen Ausführungen, nachdem er die Neueinteilung der Vertrauensleistungen für das Gewerkschaftsbureau erläutert hatte, insbesondere gegen den geplanten Abstimmungsmodus in der Gewerkschaftskommission, wonach in Zukunft die Abstimmung nach der Mitgliedszahl stattfinden soll bezw. wonach die Gewerkschaften ihrer Stärke entsprechend, eine größere Anzahl Stimmen erhalten. Dadurch würden die 9 größten Gewerkschaften im Grunde sein, die 72 anderen Gewerkschaften, die in der Kommission außer dem vertreten sind, stets zu majorisieren, weil sie infolge ihrer Mitgliederzahl mehr Stimmen als die letzteren in die Bagatelle werfen können. Nachdem der Redner sich gegen die partiellischen Arbeitsnachweise ausgesprochen und das Verhalten der Arbeitervertreter im Kuratorium für den Zentral-Arbeitsnachweis kritisiert hatte, beschwor er die Bewilligung der festgelegten Beitragshöhe von 200 M. pro Jahr in der Voraussetzung, daß in der Gewerkschaftskommission unparteiisch auch der lokalen Organisationsrichtung gegenüber, was nach seiner Meinung in der letzten Zeit nicht der Fall, in Zukunft verfahren wird. In der hierauf folgenden Diskussion, an der sich Weiersdorf, Kelling, Corpaß, Kaufmann, Kater und Knöppchen beteiligten, wurde allgemein das Verhalten der Gewerkschaftskommission kritisiert und von mehreren Rednern als eine überflüssige, kostspielige und für einen Teil der Gewerkschaften sogar schädliche Einrichtung bezeichnet. Unter anderem wurde ausgeführt, daß die Kommission nicht unparteiisch ist, sondern die Interessen der Centralverbände vertritt, daß auch nur der geplante Abstimmungsmodus, der einiger central organisierter Gewerkschaften die Möglichkeit giebt, die Bestrebungen der anderen Gewerkschaften zu unterdrücken, sich gegen die kleinen insbesondere lokalorganisierten Gewerkschaften richtet. Während von einigen Rednern die Zurückziehung des Delegierten von der Kommission befohlen wurde, gewünscht wurde, daß die in Betracht kommenden schwächeren Vereine direkt von den Maurern beziehungsweise durch die Geschäftsleitung der lokalen Gewerkschaften unterstützt werden, wurde von anderen Rednern es als wünschenswert erachtet, daß der Delegierte vorläufig in der Kommission verbleibe und versucht wird, eine Besserung der Verhältnisse in der Kommission herbeizuführen. Ein Antrag, mit den Delegierten der anderen Gewerkschaften lokaler Richtung in Verbindung zu treten, um ein gemeinsames Vorgehen gegenüber der Gewerkschaftskommission zu veranlassen, wurde als erledigt betrachtet, nachdem mitgeteilt worden war, daß eine derartige Besprechung bereits anderaumt ist. Hierauf wurde beschlossen, die Diskussion über diesen Punkt zu vertagen und in der nächsten Versammlung, in der über den Verlauf der Besprechung berichtet wird, fortzusetzen. Nach einem ausführlichen Bericht Katers über die Ursachen und die Situation der Lohnbewegung der Maurer in Braunschweig und nach einer kurzen Diskussion, in der das Vorgehen der Braunschweiger Maurer als richtig anerkannt wurde, wurde die Lohnkommission ermächtigt, die Ausständigen auskömmlich mit Geldmitteln zu unterstützen. Außerdem ist die Kommission beauftragt, die Ausständigen in Blankenburg, wenn es nach vorheriger Information angebracht erscheint, ebenfalls zu unterstützen. Zum Schluß wurden einige Vorkommnisse auf den Bauten erörtert und sodann zur regen Beteiligung an der am Sonntag, den 21. d. M., stattfindenden Generalversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend aufgefordert.

Advertisement for 'Schmerzloses Zahnziehen ohne Narkose!' (Painless tooth extraction without anesthesia). It features the name 'Linde, Köpnickersstrasse 76' and 'Eingang Brückenstrasse'. The ad includes testimonials from Frau Rentier J. and Herr Ingenieur P. praising the painless procedure. It also lists 'Specialität: Plattenloser Zahnersatz' and 'Künstl. Zähne, brauchbar von 2,- Mk.' and 'Plomben, schmerzlos von 1,50 Mk.'. The contact information is 'Sprechzeit 9-6' and '(1531)'. There is a small graphic of a hand pointing to the text.

Nur den Inhalt des Inserates übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 21. April.
Spernhaus. Der Prophet. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Wilhelm Tell. Anf. 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Moritur. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die große Glocke. Anfang 8 Uhr.
Urania. Die Erziehung zur Ehe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Raim. Anf. 7 1/2 Uhr.
Reichshaus. Der Schlafwagen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Eine Liebesheirat. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Nach dem Ball. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weiten. Der Wildschütz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Emil amüsiert sich! Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Feuer. Anfang 8 Uhr.
Velle-Miliane. Die Rosa Dominica. Anfang 8 Uhr.
Freiburg. Wilhelm Tell. Anf. 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Lebensmänner von Berlin oder: Der Klud der Harmonien. Anfang 8 Uhr.
Wiener Volkstheater. Kampactogebund. Anf. 8 Uhr.
Circus. Die Bulgaria. Anf. 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshaus. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Neu-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstrasse 48-49. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller-Theater. (Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Die große Glocke. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Maria Stuart. Sonntag, abends 8 Uhr: Die große Glocke.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Die große Glocke. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Maria Stuart. Sonntag, abends 8 Uhr: Die große Glocke.

Offend-Garl Weig-Theater.

Gr. Brautruferstrasse 132. Jan 20. Male: "Die Bulgaria." Sensationelles Ausstattungsspiel mit Gesang (Wahrheit und Dichtung) in 3 Akten (10 Bildern) von Hans Buchholz. Musik von W. Hall. Gesangstexte von J. Hill. Anfang 8 Uhr. Vorzugsbillets haben Vorrang.

Central-Theater

Die Puppe (La Poupée) Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ordonneau u. Sturges. Musik von Ed. Kubran. Morgen und folgende Tage: Die Puppe (La Poupée). Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Der lustige Krieg. Operette in 3 Akten von Johann Strauß.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Gastspiel Emil Thomas. Emil amüsiert sich! Schwant in 3 Akten von O. Walther u. A. Stein. Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Metropol-Theater.

Seite, Freitag, zum 3. Male: Nach dem Ball. Fantontine in 3 Bildern v. Söberin. Pervot. Anf. 7 1/2 Uhr. Anfang der Pantomime 1/10 Uhr. Vorher 1/2 Uhr.

Die eiserne Jungfrau.

Soubrette in 3 Akten. Musik v. Barnes. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage. Direction: Richard Winkler. Täglich mit stürmischem Jubel! Endlich allein!

Mr. James Thomas.

Juggler on the wire. Wochentags Entree frei! Sonntags 30 Pf.

Urania

Taubenstrasse 48/49. Im Theater: Das Land der Fjorde. Im Hörsaal: Dr. Spies: "Eine tausendstel Sekunde." Invalidenstr. 57/62: Tägl. Sternwarte. Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Nur noch kurze Zeit! Das Riesentw. Die schöne Latowitz. Von 6 1/2 Uhr: Theatre varié. Excelsior, dargestellt von 500 künstl. Menschen. Mittwoch, Sonnabend, Sonntag 4 Uhr: Kindervorstellung.

Castan's Panopticum.

Ecke Friedrich- u. Behrenstrasse. Neu umgestaltet und verschönert! Rumänische Original-Zigeuner-Kapelle im Konzertsaal.

Apollo-Theater.

Ne. et Nr. Bianca-Desroches Robert Steidl Maria la Bella

Ein Abenteuer im Harem

Nur noch wenige Tage! Ein Abenteuer im Harem im Harem. Burleske v. W. Mannstädt, Musik von Paul Lincke. Anfang 7 1/2 Uhr. In Vorbereitung Frau Luna.

Frau Luna.

Vorverkauf täglich im Theater und beim „Kunstlerdank“, Unter den Linden 63.

Reichshaus.

Stettiner Sänger. Jeden Freitag: Neues Programm. (Wienf.). Victor, Britton, Ziehl, Aronc, Schneider und Schrader.)

Britton als Vank.

Der Stolz vom Regiment. Anfang präc. 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Numerierter Balkon 75 Pf., Balkon-Loge 1 Mk., Orchester-Loge 1.50 Mk. Fremdenloge 2 Mk. Tageslosse 11-1.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22. Abends um 8 1/2 Uhr das hochinteressante aktuelle Berliner Gefangs-Vollzugsführer Henschel.

Zuhermann Henschel.

Zuhermann Henschel: Direktor Wilhelm Henschel. Seine Tochter, Helene Hof. Dazu 1. erfolgreiche ersteinstufige Spezialitäten-Programm.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direction: J. M. Holt. Täglich: Konzert- und Spezialitäten-Vorstellung. Auffreten von höchstem 1. Rang. Jeden Sonnabend und Sonntag nach der Vorstellung Tanzfränzchen.

Mr. James Thomas.

Juggler on the wire. Wochentags Entree frei! Sonntags 30 Pf.

Victoria-Brauerei

Jeden Sonntag, Montag u. Freitag Humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger. (Fuhrmann, Horst, Walde). Anfang: wochentags präc. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Entree 50 Pf.

W. Noack's Theater

Brannenstr. 16. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: Theater-Vorstellung. Der Wildschütz. Schwant mit Gesang in 3 Akten von A. Kogelbein. Vorher: Gringoinc. Schauspiel in 1 Aktung v. O. Randolf. Nach der Vorstellung: Tanzfränzchen.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48. Nur noch 3 Vorstellungen vor Abbruch des Hauses Hoffmanns Quartett-Humoristen. Letzte Fahrt, Niederpiel. Italiano Berolina, Voffe.

30 Mark!!

elegante Herren-Anzüge nach Mass. 30 Mk. hochfeine Sommer-Paletots nach Mass. 16200. Für 10 Mark hochelegante Bekleidung nach Mass, guter Stoff, tadelloser Sitz, Riesenstofflager 14 Krausenstrasse 14, 1 Tr. Kein Laden, 1 Tr.

Uhren u. Goldwaaren

neueste Muster, billigste Preise. Goldene Damen-Uhren v. 10, 20, 25 M. etc. Silberne, Nickel, Stahl-Uhren 9, 12, 15 M. Regulator 9, 14, 20 M. etc.

G. Wagner

Schützstr. 126, nahe Kothl. Thor. Reparaturen gut u. schnell.

Fahrräder

Stets großes Lager erstklassiger Fabrikate auf 14120. Teilzahlung ohne Verleibung zu den billigsten Zahlungsbedingungen. Ratlos gratis. Wenig gebrauchte Räder für Herren u. Damen zu billigen Preisen unter Garantie.

Adomeit & Landau

Lothringersstr. 48 I. Dicht am Rosenthaler Thor. Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik. Gutes Bettg. Berlin. Preisung 46, verdient gegen Konkurrenz. Preisung 46, verdient gegen Konkurrenz.

Sophaitoffe

aus Resten in Rips, Damast, Crepe, Phantase, Gobelins und Plüsch. Proben franko! in allen Qualitäten zu Habituieren.

Emil Lefèvre, Berlin S.

Möbel, einleiten wie in ganzen Wohnungen-Einrichtungen, gen. solid und billig. Gebrauchte u. vertilgen gemessene Möbel zu besonders niedrigen Preisen je 1 7/2 1/2. Creuzburgerstr. 91 im Laden.

W. Schmerberg

Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 127. Uhrmacher u. Goldarbeiter. Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu ausd. bill. Preisen. Cyrtische Artikel. 160929. Ohrlöcher werden schmerzlos gebohrt.

FrISChe FISChe, gute FISChe!

Riesige Fänge unserer Dampfer ermöglichen uns Schellfische in allen Größen per Pfund 12-15-18 Pfg. Grosse im Ausschnitt 20-22 Pfg. Gabeln zum Kochen wie 14 Pfg., im Ausschnitt 18 Pfg. pro Pfd. Seelachs do. 25 do. 28-33 Austernfisch, sehr fein 25 do. 35-40 Seeaal, sehr fein, 25 do. 30 Rotzungen, bester Ersatz für Seezungen, 35-40 Schollen (Goldbutten) sehr fein, 30 35 Bratflundern 20-25 während dieser und kommender Woche in unseren Verkaufsstellen abgegeben.

Geräucherter Schellfische 30 Pf., Roche - bester Ersatz für Stör - 60 Pf., Seelachs 50 Pf., Seeaal 60 Pf., Flundern 60 Pf. per Pfund.

Marinaden: Delikatess - Fischkoteletts

- gebraten und marinirt - in Blechdosen v. 17 Pfd. Mk. 3.75, kleinere 8-Pfd.-Dosen Mk. 2.20. Delikatess-Bratschellfisch (wie vor.) 17-Pfd.-D. Mk. 3.75, 8-Pfd.-Dose Mk. 2.20. Seeaal in Aspik 8-Pfd.-Dose Mk. 3.50, Fischstülze 8-Pfd.-Dose Mk. 3.25. Deutsche Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee“.

Haupt-Filiale: No. IV.

Berlin C. 22, Bahnhof Börse, ImSchlesischen Bahnhof, Bogen 9-10. No. II. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 10/11, am Wilhelmplatz. No. V. Berlin N. (Wedding), Reinickendorferstr. 1, Eingang Schulendorferstrasse. No. III. Berlin NW., Linsbuergerstrasse, Ecke Paulstr., zwischen Moritzplatz und Stadtbahnhof 38-9 (Centralbahnh.) No. VI. Prinzstr. 30, zwischen Moritzplatz und Ritterstrasse.

Seefisch-Kochbücher erhalten Käufer umsonst.

Seefisch ist das billigste und beste Nahrungsmittel, ersetzt das Fleisch vollständig und ist überaus wohlschmeckend, nahrhaft und bekömmlich.

Feste Preise!



Oscar Arnold Hut-Engrosgeschäft.

Dresdenerstr. 116, am Oranienplatz. (Kein Laden.) Einzelverkauf fehlerfreier Waare in grosser Auswahl: Herrenhüte, weiche von Mk. 1.25-4.-, da. st. von Mk. 2.00-4.-, da. f. Haarhüte von Mk. 4.50-7.-, Cylinderhüte von Mk. 4.00-11.-, Chapeaux elegants von Mk. 8.00-12.-. Kinderhüte von Mk. 0.75-2.-, Caschmirhüte von Mk. 1.00-3.-, Herren-Mützen von Mk. 0.40-1.50, Kinder-Mützen von Mk. 0.40-1.50, Lederhüte, Jagdhüte, Reishüte etc. Sehr vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer! Bitte ohne Firma zu beachten, da ich keine Zweinröschäfte habe.

Herren-Garderoben

Sommer-Paletots, Elegante Anzüge in den neuesten Farben, in schwarz u. neuesten Modefarben. Jünglings-Anzüge in schwarz, blau, Kammgarn, Cheviot und neuesten Modefarben. Berufskleidung für alle Gewerke. In schwarz, blau, Kammgarn, Cheviot und neuesten Modefarben. In schwarz, blau, Kammgarn, Cheviot und neuesten Modefarben. In schwarz, blau, Kammgarn, Cheviot und neuesten Modefarben.

Julius Lindenbaum

Große Frankfurterstrasse 139, an der Fruchtstraße. Spezialität: [15332] Anfertigung nach Mass. Zuschneider im Hause. Für streng reelle Bedienung bürgt der langjährig bekannte gute Ruf meines Geschäftes. Abonnenten dieser Zeitung erhalten 5 pCt. Rabatt.

Möbel-Kaufhaus

166^{II} Oranienstr. 166^{II} am Oranienplatz. Beste Bezugsquelle für Möbel, Spiegel und Polsterwaren zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Zu Sommerfesten!

Naturgarben mit prachtvollem Laubengang, 100 Vert. fassend, vollständig neu eingerichtet, Elektrische Beleuchtung, sind 153029. Sonnabende u. Sonntage frei. Flora Säle, B. Nielt, 17 Weberstrasse 17. Zur Winter-Saison Sonnabende und Sonntage noch frei. Dr. Simmel, Moritzplatz, 1. Hand u. Aachinger 2 Treppen rechts. Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Friedrich Lange, gepr. Heilgehilfe

Chorinestr. 18, empfiehlt sich auf Grund nachweisl. 20jährig. prakt. Erfahrung zu allen i. Haus schlagend. Dientlich, besond. antiseptischer Wundbehandlung.

Unsere geehrten Inserenten

bitten wir, grössere für die Sonntags-Rummer bestimmte Inserate bis Freitag, nachmittags 4 Uhr in unserer Expedition abgeben zu wollen, da wir nur in diesem Falle deren sichere Aufnahme garantieren können.

Ich bin nach der Frankfurter Allee 87 vorzogen. Dr. Gustav Heymann.

Wer

sich im Hinblick auf die sanitäre-Berücksichtigung über die Grundzüge und Fortschritte des Nationalen Sozialismus im Originaltext unterrichten will, lese die Broschüre: „Ist zur Durchführung des Sozialismus die Gründung einer neuen socialdemokratischen Partei notwendig?“ Wiedererklärer werden überall gef. (wegen Einbringung von 35 Pf. in Brief direkt zu beziehen von 28346) A. Pönnert, Leipzig-Gottewitz.

Bejohlanhalt, Wedding-Strasse 7.

Vermietungen.

Zimmer. Junger Mann f. N. möbl. Zimmer, 80 oder 8. Offerten mit Preisangabe Restaurant Brangestr. 115. 28416

Schlafstellen.

Wasser 21/22, Querspr. IV, möbl. Schlaf. f. d. 1er. Curh. 28166

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!

Bei Holz, Kranstr. 53, stehen die Kollegen im Streit. Zugang ist ferngehalten. In der Bauhilfserei von W. Richter, Popststraße 4, haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.

Achtung, Drechsler!

In der Bildhauerei von H. Wolff, Reichbühlstrasse 14, haben sämtliche Drechsler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. 79/14 Zugang fernhalten.

Achtung! Stockarbeiter!

In der Celluloidwaaren-Fabrik von J. u. S. Gumbold, Alexandrinenstr. 22, haben sämtliche Arbeiter im Streit. Zugang fernhalten. 175/20 Der Vorstand.

Stellenangebote.

Ent geführter Arch.-Gefangenenfachrichtigen für Dienstan. Gefällige Offerten unter N. 2. 22 Postamt 33. 28409. Einen selbständigen Sattler u. einen Schmiedegesellen verlangt dauernd Gustav Kesslau, Wagenfabrik, Potsdam. 28268

Tüchtige Silberarbeiter

werden gesucht 15282. Badische Silberwarenfabrik Pforzheim Bär & Deibele. Fertigmacher, speziell Nötler, werd. bei gutem Lohn für dauernde Stell. in Berlin gesucht. Adr. unt. R. 543 befördert die Exp. der „Volks-Zeitung“, Kronenstr. 46. 28296

Cigaretten-Arbeiter.

Gefährliche und erlösende Arbeiter erhalten dauernde und lohnende Beschäftigung. Ausführliche Details schriftlich J. Kraus, Leiter der Cigaretten-Abteilung bei Stephen Mitchell & Son, 36 St. Andrew Square, Glasgow (Schottland). M 57/13. 2 Zimmiergehilfen auf Grabdenkmäler und 1 Zehlfert sofort gesucht. 28145. Panche, Wend. Buchholz bei Halbe.

Tüchtige Graveure

auf Schwarzdruck finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei 18339 R. Auerbach, SO., Oranienstr. 17. Nordmänner auf grün verli. 28376 Frau Feyerabend, Ritzdorf, Prinz Hausbergstr. 39.

Zuschneider

sucht Karion-Fabrik Gustav Fränkel, Kottbusser-Allee 79. Ein erfahrener und unbeschäftigter Werfführer wird für eine renommierte Kronenfabrik bei hohem Gehalt u. Pension gesucht. Derselbe muss bereits eine gleiche Stellung in erster Fabrik befüllt haben. Offerten unter O. 10 an die Exped. d. Blattes. 21245

Geübte Kartonarbeiterinnen

finden sofort dauernde und lohnende Beschäftigung. 15352. Kartonfabrik Markstr. 50. Blumen-Arbeiterinnen auf mittlerem und bestem Gehalt, sucht Louis Ascher, Alexandrinenstr. 43, 2 Tr. 27276. Engros - Export.